Nummer 8 — Stuttgart, 24. Februar 1906 — 24. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röteſtraße 16b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltenen Kolonelzeile 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **281000 EXEMPLAREN** erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die erste Februarwoche war ereignisreicher als die zweite. Am 2. Februar stiegen die Eisenpreise auf der Düsseldorfer Börse, auf der New Yorker Börse hingegen fielen sie, ein ganz unerwartetes Ereignis, das wieder auf die Berliner Kurse der deutschen Hüttenaktien nicht ohne ungünstigen Einfluß blieb. Eine „Erleichterung der Eisennot" ist in Amerika offenbar eingetreten, aber als ein Symptom von größerer Bedeutung für den so ängstlich zu beobachtenden Zustand des sogenannten Wirtschaftsorganismus ist das wohl nicht aufzufassen, es dürften vielmehr irgend welche Spekulationen die kurze Schwankung in New York veranlaßt haben. Wir in Deutschland bleiben auf alle Fälle recht protzig in unseren Äußerungen, wenigstens die Industriellen der schweren Industrie zeigen dies Verhalten. Die Börse verharrt in Unruhe, sie weiß nicht recht, was sie angesichts der neuen Handelsverträge tun soll und besonders gegenüber der Tatsache, daß mit den Vereinigten Staaten noch kein neues Abkommen zustande gekommen ist, obwohl der 1. März vor der Türe steht. Dazu haben wir noch das gefährliche diplomatische Narrenspiel der Konferenz von Algeciras, die der Phantasie Gelegenheit zur Betätigung gibt.

Man hat sich in den letzten Jahren daran gewöhnt, die Güte der Konjunktur nicht nur der eisenverarbeitenden Industrie, sondern selbst der ganzen Wirtschaft nach der schweren Eisenindustrie zu beurteilen. Weil das Barometer der schweren Eisenindustrie so deutlich zeigt, alle Ziffern rasch und vollständig aufzeigt, ist man versucht, es auch für Dinge anzuwenden, die es gar nicht messen kann. Es ist daher am Platze, auf eine Rede des Vorsitzenden Klöckner, des Aufsichtsrats des Hasper Eisen- und Stahlwerkes, hinzuweisen, in der er sagt, daß nach seiner Meinung die neuen Handelsverträge den Markt der Walzwerkerzeugnisse kaum beeinflussen dürften. Denn bei den Handelsverträgen handle es sich namentlich um Fertigerzeugnisse, Maschinen u. s. w., für die zwar auch die Walzwerkerzeugnisse gebraucht werden; „diese Ware schlägt aber als Menge nicht durch und kann auch schon deswegen besonderen Ausfall nicht bedeuten, weil gerade in diesen Arbeiten sowohl vom Inland als auch vom Ausland außerordentlich viel zu tun ist. Unsere augenblickliche Marktbewegung beruht auf anderen Dingen. Sie beruht, neben dem Verbrauch des Inlandes, hauptsächlich auf dem kolossalen Bedarf, welchen Amerika, England, Südafrika und Ostasien nach wie vor entwickeln; solange die Bestellungen dieser Länder andauern, werden wir mit günstiger Marktstimmung rechnen dürfen." Diese Auffassung der Lage ist in der Tat ganz richtig. Wie aber, wenn die starke Nachfrage im „In- und Ausland" nachlassen wird? Wir möchten sogar so weit gehen, zu sagen, daß selbst die Fertigindustrie die Erschwerung der Ausfuhr unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht sehr spüren wird. Aber was später?

Da ist es recht bemerkenswert, daß eine Woche nachdem Herr Klöckner seine Aktionäre beruhigt, die Rheinisch-Westfälische Zeitung seit langer Zeit zum erstenmal einen ungünstigen Bericht aus Exporteurkreisen veröffentlichte. Es sei jetzt „ersichtlich weniger Lebhaftigkeit" vorhanden; die großen Bestellungen auf Schiffbaumaterialien gingen zu Ende; Rußland bestelle zu wenig; Halbzeug sei schwer zu haben. Zu alledem seien die überseeischen Käufer wenig geneigt, die Preiserhöhungen anzuerkennen, die die europäischen Werke in den letzten Monaten verhängten. Das alles klingt nicht sehr erbaulich, aber man muß noch weiteres abwarten, bevor man sich eine Meinung bildet.

Im Gegensatz zu der sonstigen Flauheit der Börse wurde in den beiden letzten Wochen eine Aufwärtsbewegung der Kurse der elektrischen Industrie bemerkbar. Dies ist damit zu erklären, daß die großen Gesellschaften recht günstige Nachrichten veröffentlichten, sowohl auf dem Gebiet des Starkstroms als des Schwachstroms. Für den Starkstrom sind noch immer die Berg- und Hüttenwerke das Zentrum. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft rüstet jetzt für solche einige Motorenanlagen mit je 10000, 12000 und 13000 Pferdekräften aus und es wird nicht mehr lange dauern, so wird die Statistik der elektrischen Berg- und Hüttenanlagen eben solche Ziffern ausweisen wie die Statistik der städtischen Straßenbahnen und Lichtzentralen. Die Hamburg-Altonaer Bahn, an deren Elektrisierung die sämtlichen drei großen Gruppen, Felten & Guillaume-Lahmeyer, Siemens-Schuckert und die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft arbeiten, beschäftigt andauernd die Phantasie der Börsenleute. Dazu kommen noch die Arbeiten Siemens-Schuckerts an den Berliner und Warschauer Bahnen, auf dem Schwachstromgebiet Millionenlieferungen desselben Unternehmens für das Staatstelephon 2c.

Nicht minder interessant ist die Konzentration der Stromerzeugung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die eben doch unaufhaltsam in der Richtung zum Monopol weitergeht. Ob die sämtlichen großen Gemeinden und die Landkreise, denen das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk die Beteiligung und billigen Strompreis anbot, um sie am Köder sicher zu haben, dieses Angebot annehmen werden oder nicht, ist nicht einmal von so einschneidender Bedeutung. Denn die Gesellschaft Thyssen und Stinnes versteht es, auch auf anderem Wege ihre Bedeutung auszudehnen. Dieser Tage schloß das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk mit der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin einen Vertrag, durch den Aktien von Elektrizitätswerken im Nominalwert von mehr als zehn Millionen in seinen Besitz übergehen. Es handelt sich um das Elektrizitätswerk Berggeist in Brühl (eine Überlandzentrale), das bergische Elektrizitätswerk in Solingen sowie um Beteiligungen an der Duisburg-Düsseldorfer Kleinbahn, der Kreis Ruhrorter Straßenbahn und der Krefelder Straßenbahn. Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen übernimmt fünf Millionen des Kaufpreises in neu auszugebenden Aktien des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, den Rest erhält sie in bar. So saugt das zukünftige Monopolwerk Rheinland-Westfalens alle in sich auf, die privaten Werke sowohl als die städtischen. Vor einem Monat schrieb die Rheinisch-Westfälische Zeitung bei Erörterung der Frage, ob die Stadt Dortmund dem Vorschlag der Vereinigung ihres Elektrizitätswerkes mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk zustimmen solle oder nicht: „Außerdem begünstige die Zentralisierung der Elektrizitätserzeugung die Gefahren einer umfassenden Lahmlegung des Produktionsprozesses im Industriebezirk im Verlauf einer Arbeiterbewegung. In letzter Linie arbeite das Vereinigungsprojekt nur einem später leicht zu verwirklichenden Staatsmonopol für Starkstrom vor, alles unerquickliche Aussichten eines bestenfalls mäßig rentierenden Experimentes." Dies waren, nach Angabe des Blattes, die Argumente der Gegner der Vereinigung. In Wirklichkeit kann sich eben heute niemand mehr dem Eindruck entziehen, daß der Kapitalismus auf allen Gebieten den Weg zum Sozialismus wandert, wenn auch über die Etappe Staatskapitalismus. Nebenbei müssen wir aber bemerken, daß auch die Konzentration der Stromerzeugung gewisse Hindernisse hat — das Kapital ist eben selbst in seiner besten Rolle als sein eigener Totengräber von mittelmäßiger Tüchtigkeit —; denn die riesigen Elektrizitätswerke für die großen Gruben und Hütten werden selbst in Rheinland-Westfalen solange unabhängig vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk bleiben, als nicht allesamt in einen Riesentrust verschmolzen sind. Sogar hiervon sind wir nicht allzuweit entfernt. Die Gruben- und Hüttenmagnaten Thyssen und Stinnes sind maßgebende Besitzer des Werkes und erst vor kurzem hat die Gelsenkirchener Gesellschaft einen Anteil daran erworben. Die Entwicklung unseres größten Industriezentrums ist aber vorbildlich für alle anderen und deshalb knüpft sich an sie mehr als ein lokales Interesse. Wir haben in Oberschlesien ähnliche Dinge und Ansätze dazu auch anderwärts.

Die Vergrößerung der Bedeutung des neuen Außenseiters der elektrischen Fabrikationsindustrie, der Elektrotechnischen Fabrik Max Schorch & Co., Aktiengesellschaft, in Rheidt, war im Jahre 1905 nicht gerade überwältigend. Der Jahresabschluß weist nach 70546 Mk. (im Vorjahr 63481 Mk.) Abschreibungen einen Reingewinn von 136682 Mk. (143033 Mk.) auf, welcher sich zuzüglich des letztjährigen Vortrags von 23995 Mk. auf 160676 Mk. erhöht. Der am 3. März stattfindenden Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, denselben wie folgt zu verteilen: 15000 Mk. (10000 Mk.) zu Reserve, 5000 Mk. (5250 Mk.) zum Unterstützungsfonds, 100000 Mk. gleich 5 Prozent (87500 Mk. = 7 Prozent) Dividende auf $1\frac{1}{4}$ Millionen Mark Aktienkapital, 18000 Mk. (16238 Mk.) als Tantieme und 22176 Mk. als Vortrag auf neue Rechnung.

Die Versprechungen, die Ehrhardt, der Konkurrent Krupps, in der letzten Generalversammlung der Rheinischen Metallwarenfabrik in Düsseldorf machte, sind in Erfüllung gegangen, den Aktionären wird zum erstenmal seit Jahren ein Reingewinn präsentiert. Wir leben jetzt eben in einer Hochkonjunktur des Militarismus. Der Reingewinn für das Jahr Oktober 1904 bis 1905 beträgt 299633 Mk. (gegen 946079 Mk. Verlust im Vorjahr). Derselbe ergibt sich wie folgt: der Bruttofabrikationsgewinn beträgt 2368398 Mk. (727898 Mk.). Von dieser Summe sind zu decken: die Abschreibungen mit 959575 Mk. (488566 Mk.), Handlungsunkosten, Steuern, Zinsen und Provisionen 1079189 Mk. (1125551 Mk.), Verlust auf Effekten mit 30000 Mk. (60000 Mk.), zusammen 2068764 Mk. (1674117 Mk.), so daß ein Reingewinn verbleibt von 299633 Mk. (946079 Mk. Verlust). Um diesen Betrag verringert sich die aus den Vorjahren vorgetragene Unterbilanz von 1490793 Mk. auf 1191160 Mk. Die Verwaltung erwartet die baldige Tilgung der Unterbilanz. Das Werk ist voll und rentabel beschäftigt und vieles steht noch in Aussicht. Im Berichtsjahr wurde der Feldgeschützauftrag für die Vereinigten Staaten vollendet. Für Deutschland fabriziert Ehrhardt noch immer nicht, die Militärbehörde hat seinem Unternehmen aber Lizenzen für patentierte Konstruktionseinzelheiten des Rohrrücklaufgeschützes zu hohem Preise abgekauft. Während des Geschäftsjahres 1904 bis 1905 beschäftigte die Fabrik durchschnittlich in ihren sämtlichen Abteilungen 3094 Arbeiter, die an Löhnen 3738474,98 Mk. verdienten; demnach wurden pro Mann und Schicht, jugendliche und weibliche Arbeiter eingeschlossen, 3,58 Mk. bezahlt.

Der Dieselmotor setzt sich doch durch — allerdings laufen die Patente schon in wenigen Jahren ab. Die Allgemeine Gesellschaft für Dieselmotoren in Augsburg, die mit der Diesel-Motorenfabrik Aktiengesellschaft Augsburg nicht in Zusammenhang steht, befaßt sich nicht mit dem Bau der Motoren, sondern als Rechtsnachfolgerin des Herrn Ingenieurs R. Diesel lediglich mit der Veräußerung von Patenten und Lizenzen sowie Vereinnahmung der mit den Patentkäufern und Lizenznehmern vereinbarten Taxen. Der Bericht für 1905 konstatiert weitere Fortschritte in der Anwendung des Dieselmotors, namentlich als Schiffsmaschine. Beklagt wird die unzureichende Zollermäßigung in den neuen Handelsverträgen für Motorentreiböl. Eine Lizenz für Italien hat die Firma Gebrüder Sulzer in Winterthur erworben, so daß ihr neben der Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg Aktiengesellschaft das Ausführungsrecht für dieses Land zusteht. Am Schlusse des Geschäftsjahres waren in Ausführung und dem Betrieb übergeben rund 2900 (im Vorjahr 1900) Motoren mit 130000 (80000) Pferdestärken. Nach den Berichten der im Diesel-Konzern stehenden Firmen sind die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr günstig. Eine Dividende wird auch in diesem Jahre nicht verteilt.

Durch die Scharfmacher zugrunde gerichtet wurde die Metallwarenfabrik Schuster & Baer Aktiengesellschaft in Berlin. In der außerordentlichen Generalversammlung berichtete der Vorstand, daß der Metallarbeiterstreik vom Jahre 1903, der im Oktober begann und erst im Dezember beendet wurde, die Gesellschaft in ihren finanziellen Mitteln schon schwer geschädigt hatte. Indes hätte sich das Geschäftsjahr 1904 gut angelassen, da bei seinem Beginn größere Aufträge zu angemessenen Preisen vorgelegen hätten. Es sei aber im September 1904 ein neuer Streik ausgebrochen, der bis zum März 1905 gedauert habe. Hierdurch seien der Gesellschaft große Verluste und eine hohe Schuldenlast erwachsen. Der Vorstand sei zu der Überzeugung gekommen, daß das Weiterarbeiten in der bisherigen Weise zu nichts führen könne und die Liquidation der einzige Weg sei, wie die Gläubiger zu ihrem Gelde kommen könnten. Die Bilanz für 1905 werde erst in zwei bis drei Wochen fertig werden können, da die Aufnahme der Bestände viel Zeit erfordere. Die ordentliche Generalversammlung werde daher voraussichtlich in etwa vier bis fünf Wochen erst stattfinden. Nach der pro 31. Dezember 1904 aufgemachten Bilanz betrugen bei 176536 Mk. Debitoren die Bankschulden 339643 Mk. und die Kreditoren 88365 Mk. Außer dem Aktienkapital von 460000 Mk. (ursprünglich 1 Million) hatte die Gesellschaft noch eine Hypothekenschuld von 560500 Mk. Der Verlust aus 1903 mit 39270 Mk. wurde durch Zuzahlung von 41022 Mk. getilgt. Die beantragte Liquidation wurde mit 221 gegen 46 Stimmen angenommen. Ja, ja, das kommt davon!

Die Berliner Heimarbeitausstellung.*

II.

Seit wir unseren letzten Bericht schrieben, ist nun die Ausstellung allmählich vollständig fertig geworden. All die kleinen Nebenarbeiten, die sich erst nach Aufstellen und Einordnen der vielen Gegenstände als notwendig erweisen, sind erledigt. Leider fehlt noch eines der wichtigsten Dinge: Der Katalog. Aber mir wurde versichert, daß mit Hochdruck gearbeitet wird, damit er noch während der Ausstellung erscheinen kann. Freilich ist es sonst wohl bei Herausgabe von Ausstellungskatalogen Sitte, daß sie gleich zu Beginn der Ausstellung den Besuchern zur Verfügung stehen, um ihnen manchen nützlichen Wink zu geben und das Verständnis zu erleichtern.

Auch ein weiteres wäre zu berichten: Die Frau des deutschen Kaisers, unsere Landesmutter, hat die Ausstellung besucht. Die Kaiserin hat hier gewiß mit eigenen Augen und Ohren manches sehen und hören können, das in den höfischen Kreisen sonst als böswillige „Sozialistenhetze" hingestellt wird. Und wenn die Berichte der bürgerlichen Blätter wahr sind, soll sie ganz überrascht gewesen sein ob der Stundenverdienste von 3, 4, 5 u. s. w. Pfennige, die die armen Heimarbeiterinnen in mühsamer Arbeit erzielen. Das ist sehr nützlich und wir glauben auch, daß ihre Überraschung eine wahre gewesen ist. Das geflügelte Wort von der „vollen Kompottschüssel" läßt darauf schließen, daß man in jenen Kreisen, von denen die Kaiserin umgeben ist, derartige Einkommen, wie sie in der Heimindustrie üblich sind, bis dahin als sozialdemokratische „Phantasien" betrachtet haben wird. Die lügenhaften Entstellungen der Unternehmerpresse, das seichte Geschwätz der Generalanzeiger- und Provinzkäseblätter von den Wohltaten, die dem deutschen Arbeiter beschert, den Opfern, die der Unternehmer für ihn bringe, besagen genügend. Man weiß ja, woher der Wind in Deutschland weht.

Nach diesen kleinen Abschweifungen kommen wir nunmehr zur Vervollständigung unseres Berichtes in Nr. 5 der Metallarbeiter-Zeitung. Wir wenden uns zunächst der Konfektion zu, die einen breiten Raum in der Ausstellung einnimmt. Die Uniformschneiderei in Berlin und Kiel zeigt uns da sogleich ein nettes Bild. Die Uniformröcke der Postbeamten bringen einen Arbeitslohn von pro Stück 3 Mk., abzüglich 30 Pf. für Zwirn, Garn, Seide 2c., die der Arbeiter selbst liefern muß. Arbeitszeit pro Stück 10 Stunden, gleich einem Stundenverdienst von 27 Pf. Die Schneiderei für die Marine in Kiel zeigt uns einen Stundenverdienst von 28 Pf. bei der Herstellung von Stiefelbeuteln; bei Hosen werden 21 Pf. die Stunde erzielt, das weiße Marinehemd bringt 25 Pf. die Stunde, das blaue 21 Pf. und der schöne Paradekragen 21 Pf. Für die leinenen Hemden aber werden ganze $6\frac{2}{5}$ Pf. pro Stunde bezahlt.

Die Hosenschneiderei ist in der Konfektion überhaupt eine Schinderei. In Berlin wird für Uniformhosen nur ein Stundenverdienst von $21\frac{1}{4}$ Pf. erzielt. In München notieren wir Hosen für gewöhnliche Menschen $14\frac{5}{6}$, in Nürnberg 13 Pf., in Breslau $9\frac{3}{11}$ Pf., in Stettin und Aschaffenburg nur ganze 9 Pf. Stundenverdienst. Die Korsettfabrikation in Ölsnitz bringt einen Maximalstundenverdienst von 16 Pf. — Ein Rührmichnichtan ist ferner die Kinderkleiderfabrikation. In M.-Gladbach wird für einen Knabenanzug 48 Pf. Arbeitslohn bezahlt, Arbeitszeit $2\frac{1}{2}$ Stunden, gleich einem Stundenverdienst von $19\frac{1}{5}$ Pf. Für einen anderen Knabenanzug wird am gleichen Orte bei dreistündiger Arbeitszeit 54 Pf. bezahlt, gleich einem Stundenlohn von 18 Pf. In Stettin werden für gleiche Anzüge nur 8 Pf., in Berlin $15\frac{5}{7}$ Pf. Stundenverdienst erzielt.

Die Wäschekonfektion zeigt uns ebenfalls recht eigenartige Illustrationen zu der vollen Kompottschüssel. Stundenlöhne von 8 Pf. an, in Breslau $10\frac{5}{8}$ Pf., in Herford 20 Pf., werden hier notiert. Hemdennäherei wird in Darmstadt mit 6 Pf., in Breslau mit $10\frac{1}{4}$ Pf. bezahlt. In Leipzig, der schönen Pleißestadt, bringen Kinderschürzen $8\frac{1}{5}$ Pf. pro Stunde Arbeitslohn u. s. w.

Ein nettes Bild, Gefühlsroheit oder Unverstand, vielleicht beides, liefert eine kleine Episode, die uns bei der Ausstellung der christlichen Heimarbeiterinnen erzählt wurde. Sie bringen Männeranzüge, in Berlin bei einem Stundenverdienst von 7 Pf. hergestellt. Für einen ganzen Anzug gibt es 70 Pf. Eine Direktrice der Firma Martin & Flatow in der Kurstraße, die die Ausstellung besuchte, wunderte sich gar über den hohen Preis, ihre Firma zahle nur 65 Pf. für dieselbe Arbeit. So dient die Ausstellung womöglich noch

* Vergl. Nr. 5.

der kapitalistischen Kalkulation! Die Dienerseelen werden hingesandt, um zu sehen, was die Konkurrenz für Schundlöhne zahlt, und ärgern sich, falls sie zufällig höhere Löhne antreffen als ihre werten Auftraggeber sie zu zahlen belieben.

Wir wandern weiter und finden allerliebste **Papierarbeiten**. Es ist ja schon notorisch, daß die Papierservietten bei der allbekannten Firma zur Verbreitung geistiger Getränke (Aschinger in Berlin), den Arbeitern erbärmliche Schundlöhne einbringen. Aber die Ausstellung zeigt uns noch traurigere Bilder. So zum Beispiel werden für die Herstellung von Papierketten zur Verschönerung **patriotischer Feste** ganze 3 Pf. Stundenlohn bezahlt. Für Tütenkleben in Frankfurt a. O. wird pro Tausend 2,25 Mk. bezahlt, gleich einem Stundenlohn von 15 Pf. Lampenschirme bringen in Halle a. S. die Stunde einen Arbeitslohn von 8 Pf. ein. Wir sahen weiter einen Wandsegen mit künstlerischer Stickerei und einer Anzahl Bibelsprüche. Darauf stand unter anderem in großen Buchstaben der bekannte Spruch Kaiser Friedrichs: „Lerne leiden ohne zu klagen!“ Er wirkt wie blutiger Hohn: Die Arbeit bringt 12 Pf. Stundenlohn ein.

Aus der **Tabakindustrie** zeigt uns die Ausstellung Stundenlöhne von 5 Pf., 8½ Pf. in Halle a. S., in Werter 12½ und 20 Pf. In der Zigarettenfabrikation werden in Dresden Stundenlöhne von 13, in Berlin von 18 Pf. erzielt.

Die Ausstellung des Zentralverbandes der **Schuhmacher** zeigt uns Stundenverdienste von 13 Pf. im Frankenwald, 15 Pf. in Neumark i. Schl., 18½ Pf. in Beischau i. d. L., 19 Pf. in Zwickau. Der Höchstverdienst wird in Berlin für feine Ballschuhe erzielt mit 50 bis 55 Pf. die Stunde. Sonst werden für Schuhwaren in der Berliner Heimindustrie 35, 37 Pf. die Stunde notiert, ja, für Arbeitsschuhe gar nur 19 bis 23 Pf.

Der Textilarbeiter-Verband notiert Stundenverdienste aus dem Erzgebirge von 3½ und 4 Pf. Für feine Spitzen, die einen Fabrikverkaufspreis von 70 Pf. pro Meter bringen, werden 8 Pf. pro Meter bezahlt. Die Krefelder Textilindustrie ist vertreten mit Stundenlöhnen von 16½, 17½ und 18 bis 19 Pf. Kunstvolle farbige Webereien in **Barmen** notieren einen Arbeitslohn von 31 Pf. die Stunde. Aber auch Stundenlöhne von 20, 22 Pf. werden bezahlt. Noch krasser wirken die von dem Bureau für Sozialpolitik ausgestellten, meisterhaft hergestellten Seidenschals, die Ladenpreise bis zu 26 Mk. erzielen, an Arbeitslohn aber den horrenden Stundenverdienst von 13 und 14 Pf. einbringen.

Die **Luxuspapierindustrie** zahlt für Gratulationskarten, großartige Aufmachung, die Ladenpreise bis zu 1 Mk. zweifelsohne erzielen, 10 bis 11 Pf. die Stunde an Arbeitslohn.

Die **Rahmenvergolder** erzielen in der Berliner Heimindustrie 30 Pf. Stundenverdienst.

Die **Portefeuiller** in Nürnberg sind mit Taschenspiegeln vertreten, die ganze 5½ Pf. Stundenverdienst einbringen. Für die Herstellung von Geldbeuteln erzielt in Offenbach eine vierköpfige Familie 20 Pf. die Stunde, in Alzenau (Bayern) 12 Pf., aus grauem Wildleder 14 Pf.

Die **Sattlerei** notiert in Görlitz für Schulmappen Stundenverdienste von 15 Pf., Handtaschen 10½ Pf. und für Frühstückstaschen für Kinder 8 Pf. die Stunde. Der Maximalverdienst wird in der Kofferfabrikation erzielt mit 24 Pf. die Stunde.

Die **Handschuhmacher** in Nord- und Mitteldeutschland sind auf der Ausstellung mit Stundenlöhnen von 6 bis 9 Pf. vertreten. Maximalverdienst 25 Pf. die Stunde.

Die Industrie **künstlicher Blumen und Blätter** in Sebnitz und Neustadt zeigt uns Wachsblumen, für deren Herstellung 7, 8 bis 10 Pf. die Stunde bezahlt werden. „Frauenhaar“ bringt gar nur 5 bis 8 Pf. Stundenverdienst, künstliche Blätter, teilweise ausgezeichnete Imitationen, ganze 4½ Pf. In Dresden werden in dieser Branche 4½, 5 und 8 Pf. die Stunde verdient, Höchstverdienst 20 Pf. Selbst Berlin notiert Stundenverdienste von 6 Pf. für Federarbeiten, für Blumenarbeiten 7 Pf. Wenn man diese Blumenarbeiten auf den Hüten der Modedamen sieht, mögen sie leidlich scheinen, in der Ausstellung, mit der Angabe des Arbeitslohnes, erfüllt uns bei deren Anblick ein Grausen.

Und es ließen sich noch Spalten unseres Blattes füllen mit Notizen aus dem überaus reichhaltigen Material der Ausstellung. Es möge aber mit dem Gesagten genug sein. Nur möchten wir auch heute einige photographische Darstellungen erwähnen, und zwar zwei krasse Gegensätze. Eine Abbildung zeigt uns das Innere einer Steinschleife in Oberschlesien. Die Arbeiter liegen bei ihrer ohnehin ungesunden und schweren Tätigkeit den ganzen Tag auf dem Bauche. „Brust-, Lungenleiden sind typisch“, lautet der kategorische Vermerk unter der Photographie.

Dagegen zeigen uns eine Anzahl Photographien der englischen Konsumvereine, wie durch **genossenschaftliche Eigenproduktion** dem Schwitzsystem energisch zu Leibe gegangen werden kann. Das Innere einer Anzahl Maschinen- und Arbeitssäle (Mäntelfabrik, Hemdenfabrik, Korsettfabrik, Kleider-, Stiefel-, Tabakfabriken) ist photographisch dargestellt worden. Was an diesen Bildern am meisten imponiert und absticht von den Photographien der deutschen Heimindustrie, ist, abgesehen von den geräumigen, hellen Arbeitssälen, das gute gesunde Aussehen der Arbeiterinnen. Keine abgemagerten müden Gestalten, sondern gesundheitstrotzende, lebensfrohe Frauenbilder sind das, die uns hier aus den Fabriksälen der genossenschaftlich organisierten englischen Arbeit entgegenschauen. Das gibt uns in Deutschland, die wir so große Theorien aller Art pflegen, über die wir erst jahrelang streiten müssen, ob das Prinzip dies und jenes auch wirklich zuläßt, bevor wir etwas praktisch unternehmen, ja, die wir selbst erst die Revolution und ihre Kampfesmittel jahrzehntelang theoretisch ergründen müssen, doch ein wenig zu denken. Auf dem Wege des genossenschaftlich organisierten Konsums ist hier zweifelsohne ein gutes Stück praktischer Selbsthilfe zu leisten. Der Gedanke steigt einem beim Anblick der englischen Bilder unbedingt auf.

Selbstverständlich ist auf dem Wege nicht das schreiende Elend der Heimindustrie **abzuschaffen**. Hier kann nur die **Gesetzgebung** erfolgreich Wandel schaffen. Und das zu beweisen ist ja gerade der Zweck der gegenwärtigen Aktion. Und man sollte meinen: Gegenüber dem erdrückenden, ja, niederschmetternden Bilde, das die Berliner Heimarbeiterausstellung den Augen eines jeden, der **sehen will**, entrollt, müßte es keiner Worte mehr bedürfen. „**So kann das nicht mehr weitergehen**“, soll die Kaiserin ausgerufen haben, als sie das Elend sah. Nein, so kann das wirklich nicht mehr weitergehen, nämlich daß man von der „vollen Kompottschüssel“ und der „gesicherten Existenz“ **redet**, während Hunderttausende des werktätigen Volkes im Elend verkümmern, sondern hier muß die Gesetzgebung energisch eingreifen, je eher, je besser. J.

Über die Arbeiterverhältnisse in der Großeisenindustrie

hat, wie wir in voriger Nummer mitteilten, Genosse Hue am 6. Februar im Reichstag eine hochbedeutsame Rede gehalten, mit deren Abdruck wir heute nach dem amtlichen stenographischen Bericht beginnen. Der Reichstag konnte sich den Darlegungen Hues nicht entziehen und beschloß in einer späteren Sitzung, die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Resolution auf Vornahme einer Enquete über die Arbeiterverhältnisse in der Großeisenindustrie dem Reichskanzler zu überweisen. — Hue führte aus:

Meine Herren, wie steht es nun mit der Arbeiterschaft, auf deren Arbeit mit in erster Linie die industrielle Entwicklung Deutschlands ruht? Der Herr Graf Posadowsky sprach so schön und interessant über den Vorzug einer geistig gut entwickelten Arbeiterschaft; er betonte, was mich insbesondere sehr gefreut hat, daß unser Volksreichtum doch in erster Linie auf den Arbeitern beruhe. Ich erwähne, daß ich den Begriff „Arbeiter“ nicht allein auf die Handarbeiter, sondern auch auf die Kopfarbeiter ausdehne. Wie sieht es nun aber aus mit den Verhältnissen der Arbeiter in den **Hütten**, in den **Hochofenbetrieben**, in den **Stahl- und Eisenbetrieben**, in den **Walzwerken** und in der **sonstigen Metallindustrie**? Hier arbeiten 1½ Millionen Arbeiter, und ich kann nur sagen, die bisherige sozialpolitische Debatte hat meines Wissens noch nicht mit einem Wort der Verhältnisse dieser eben genannten Arbeiterschaft gedacht. Demnach besitzen wir noch ein ungeheures, unbekanntes Land für die Sozialpolitik, dessen Beackerung zunächst einmal vorgenommen werden muß, bevor wir von einer wirklichen Sozialpolitik sprechen können.

Zunächst möchte ich mich mit meinen engeren Berufsgenossen beschäftigen, deren soziale Besserstellung mir sehr am Herzen liegt, mit den

Feuerarbeitern,

die in den Hütten und an Hochöfen, in den Stahl- und Eisenwerken jeden Tag in einer unerhörten quälerischen Arbeit ihr Leben verbringen müssen. Es **bestehen allgemeine gesetzliche Vorschriften über die Arbeitszeit für die Eisen- und Stahlarbeiter überhaupt nicht.** Es sind nur einzelne Verordnungen, beispielsweise für die jugendlichen Arbeiter in Walzwerken, erlassen. Wie sie aber befolgt werden, werde ich mir die Ehre geben, Ihnen mitzuteilen. Es bestehen weder allgemeine Vorschriften über die Arbeitszeit der Hüttenarbeiter, noch über das Sanitätswesen, noch über die Teilnahme der Arbeiter an der Unfallverhütung, speziell auch nicht über das Versicherungswesen der Hüttenarbeiter. Das ist aber ein Punkt, den ich bei dem Titel „Reichsversicherungsamt“ behandeln werde. Infolgedessen, weil unsere Sozialpolitik diese große Kategorie von Arbeitern, auf deren Arbeit doch wohl der wesentlichste Teil der Entwicklung der Industrie Deutschlands beruht — Eisen und Kohle sind ja die Grundelemente unserer Industrie —, vernachlässigt, besteht noch so zu sagen eine

unbeschränkte Arbeitszeit.

Man darf wohl sagen, daß die Werkstättenarbeiter, die **Schlosser**, die **Dreher** u. s. w. eine zehnstündige Arbeit haben, aber das ist **nur in einigen großen Werken der Fall.** Dagegen finden sich in den kleineren, etwas weiter von der Heerstraße abliegenden Werken tägliche Arbeitszeiten auch für die Werkstättenarbeiter von 12, 13, 14, 15 Stunden. Diese kleinen Betriebe, weitab von der Heerstraße liegend, betreiben eine **unerhörte Schmutzkonkurrenz** durch Ausbeutung der Arbeiter, und wenn man so häufig von unlauterem Wettbewerb und ähnlichen Dingen redet, so wird es Zeit, darauf hinzuweisen, daß die Reichsregierung allen Anlaß hat, durch eine Regelung der Arbeitszeit insbesondere für diese Eisen- und Stahlarbeiter die Schmutzkonkurrenz, den unlauteren Wettbewerb einzudämmen, damit diejenigen Arbeitgeber, die die notwendige Humanität besitzen, nicht durch die Schmutzkonkurrenz behindert werden, das zu tun, was Gemüt und Verstand schließlich auch ihnen sagen. Die Arbeiter an den Hochöfen, den Puddel- und Schweißöfen, den Bessemerwerken, an den Martins- und Siemensöfen, in den Walz- und Hammerwerken, wo eine ungeheure Hitze herrscht — jetzt im Winter über 40 Grad, und im Sommer ist es die reinste Hölle —, die Arbeiter in dieser **reinsten Hölle** müssen täglich ohne Pausen 12 Stunden arbeiten. (Hört! hört! links.)

Damit nicht genug; wo Doppelschicht nicht eingeführt ist, da dauert die Arbeitszeit

13, 14, 15, 16, 17 Stunden.

Sie sehen, solche **unmenschlichen** Arbeitszeiten noch dazu in dieser unerhörten Hitze, wo den Leuten einfach die äußere Haut vom Gesicht heruntergebrannt wird, wo, wenn die Leute acht Tage den Schweißkittel anhaben, die blaue Farbe durch den Schweiß aus dem Kittel ausgebrannt ist! Wenn Sie einen Menschen aus einer Gegend mit der Eisen- und Stahlindustrie mit hochrotem Teint, verbrannter Gesichtsfarbe sehen, schwören Sie darauf, das ist ein Armer, der täglich 12 bis 15 Stunden in der Gluthitze vor einem Schmelzofen zu stehen hat und in ganz unbarmherziger Weise ausgenutzt wird. Eine lange Arbeitszeit von 12 Stunden mit Doppelschichten haben der **Bochumer Verein**, die **Königs- und Laurahütte**, die **Wittener Gußstahlfabrik**, die **Donnersmarckhütte**, der **Hörder Verein**, die **Schalkerhütte**, die **Gute Hoffnungshütte**, die **Werke im Saargebiet u. s. w. u. s. w.** Die Regel ist also eine **mindestens zwölfstündige Arbeitszeit**, sie wird aber teilweise ausgedehnt bis dort hinaus, weil absolut keine allgemeine Beschränkung der Arbeitszeit besteht; es fehlt sogar an der geringsten Verordnung, durch die es den Unternehmern verboten wäre, in einer unbeschränkten Zahl von Überstunden und Überschichten die Arbeiter auszunutzen. Das sind geradezu

grauenhafte Zustände.

Ich habe von meinen Kollegen und Berufsgenossen, ich habe aus ganz Deutschland ein derartiges riesenhaftes Material bekommen, daß, wenn ich es vortragen wollte, ich 3 bis 4 Stunden allein mit Bezug auf die Arbeitszeit reden könnte. Ich muß mich beschränken auf die Eisen- und Stahlwerke, wo täglich 2 bis 5 Stunden **übergearbeitet** wird, so daß täglich eine Arbeitszeit von **14 bis 17 Stunden** herauskommt; auch teilweise im Feuerbetrieb — in der Regel aber ist es in den Betriebsabteilen, wo die Reparaturen gemacht werden — dauert die Sonntagsschicht für Feuerarbeiter oft von morgens um 6 Uhr bis Sonntag morgens 6 Uhr, also 24 Stunden, in dieser Gluthitze ohne Pause, was ich noch hinzufügen will! Ein solcher Zustand ist mir als üblich mitgeteilt worden aus **Wittener Gußstahlwerke**, **Eisenhüttenwerk Thale im Harz**, da hatten die Reparaturarbeiter im Feuerbetrieb manchmal **30 bis 36 Stunden** Schicht. Auf dem **Dillinger Hüttenwerk** ist es üblich, insbesondere für Reparaturarbeiter, **24 und 36 Stunden hintereinander zu arbeiten**, auf der **Gelsenkirchener Gußstahlhütte** ist es nicht viel besser, bei **Hösch in Dortmund** — und da hören Sie, woher die angeblich „hohen Löhne“ der Hüttenarbeiter kommen, wovon immer so viel geredet wird — bei Hösch in Dortmund, dessen Direktor gleichzeitig, nebenbei gesagt, Direktor der Unglücksgrube „Borussia“ ist, hat im Februar vorigen Jahres ein Arbeiter nicht weniger als 42 Schichten à 12 Stunden gearbeitet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Monat Februar hatte — ich habe das ausgerechnet — 696 Stunden; von diesen 696 Stunden hat der Arbeiter

504 auf dem Werk zugebracht!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sehen Sie, Herr Staatssekretär, wenn man diese Zustände kennt, ist es selbstverständlich, daß man als fühlender Mensch von einer Zufriedenheit gar nicht erzählt werden kann. In der **Zinkhütte in Letmathe** — insbesondere die Zinkhütten, für die meines Wissens eine Verordnung besteht, sind ja außerordentlich gesundheitsgefährlich für die Arbeiter — müssen die sogenannten dritten Männer vor dem Zinkofen, wo eine ganz unbeschreibliche Hitze herrscht, häufig **24 Stunden** arbeiten! Sonntagsruhe — „o Sonntagsruh“ sagt man bei uns, wenn man über die Sonntagsruhe der Eisen- und Stahlarbeiter spricht, „o Sonntagsruh, wo bist du hin?“ Sonntags wird auf den Eisen- und Stahlwerken zurzeit — überhaupt während der letzten Jahre — häufig in einer geradezu beispiellosen Weise gearbeitet. Es gibt heute Stahl- und Eisenwerke, wo fast

jeden Sonntag

gearbeitet wird, wo die Reparaturarbeiter genötigt sind, Monate, halbe Jahre lang Sonntag für Sonntag auf dem Werk zu liegen; von einer Sonntagsruhe ist keine Rede! Und da wundern sich Herr Stöcker und seine Kollegen darüber, daß das religiöse Gefühl in dem Sinne, wie er es meint, den Leuten schwindet! Die Leute haben ja gar keine Gelegenheit mehr, sich ihr religiöses Gefühl wieder auffrischen zu lassen! Sie können gar nicht in die Kirche; sie haben im höchsten Fall die Berechtigung, die Frühmesse zu besuchen, morgens vor 6 Uhr; denn um 6 Uhr müssen sie zur Schicht sein.

Welche Zustände herrschen, geht ja auch einigermaßen aus den Gewerbeinspektionsberichten hervor. Auf einem Puddelwerk im Regierungsbezirk Köln ist fünf Sonntage hintereinander gearbeitet worden, und als dann der Gewerbeinspektor die Arbeitsverzeichnisse untersuchte, fand er, daß jedesmal der zweite Sonntag nicht eingezeichnet war. Es ist also eine Fälschung der amtlichen Verzeichnisse hier vorgenommen (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), um die Mißstände auf den Eisen-, Stahlwerken u. s. w. zu vertuschen. Ebenso ist auch in einem Zinkhütten- und einem Martinswerk in Oberschlesien gröblichst gegen die Sonntagsruhe verstoßen worden, wie aus dem Gewerbeinspektionsbericht hervorgeht.

Meine Herren, **Pausen!** Man redet von Pausen —; gewiß: wie der Betrieb es mit sich bringt! Der Herr Abgeordnete

Dr. Beumer

hatte auch einmal im Reichstag die Freundlichkeit, von Pausen im Eisenhüttenbetrieb zu sprechen. Ja, ich weiß nicht, wie lange Herr Dr. Beumer schon in einem Puddel- und Walzwerk gearbeitet hat, oder wie lange er schon in einem Bessemer- oder in einem ähnlichen Werk gearbeitet hat. Wenn er darin gearbeitet hat, muß er wissen, daß von regelmäßigen Pausen in den Feuerbetrieben überhaupt keine Rede ist. Das Essen wird einfach so im Vorbeigehen hinuntergeschluckt; man hängt sich — insbesondere ist das in den Walzwerken der Fall — den „Henkelmann“ — so nennt man bei uns das Eßgeschirr — an den Walzenständer oder sonstwo hin, und während der glühende Stab durch die Walze hin- und herrauscht,

schnappt der Arbeitsmann löffelweise seine Suppe

oder sein Gemüse, um es rasch zu verschlingen. Manchmal fällt ihm der „Henkelmann“ mit dem Essen in den Walzenkanal; manchmal fressen die Ratten das Essen fort, wie es mir mitgeteilt wurde vom Wittener Gußstahlwerk, und dann hat der arme Teufel gar nichts zu verzehren! Bei solcher Arbeitsmethode, wo einem der Schweiß, ich möchte fast sagen, in Strömen vom Körper rinnt, kann man sich gar nicht wundern, daß man, wenn man nicht regelmäßig und nicht recht kräftig essen kann, andere Reizmittel versucht, und so ist denn der **Alkoholmißbrauch** in manchen Arbeiterkreisen sehr leicht verständlich. Steht man allerdings auf dem Worte der Sittenprediger, die niemals „Schweißblumen“ im Kittel gehabt haben (sehr gut! bei den Sozialdemokraten), dann freilich kann man über die „verderbte Welt“ eine große Salbaderei anstimmen. Wir aber, die wir es mitgemacht haben, wissen, woher es kommt, daß so mancher Arbeiter, weil er nichts oder unregelmäßig zu essen bekommt, zum elenden Fusel greift, um seine Lebensgeister wieder etwas anzufrischen.

Unter diesen Umständen werden in solchen Betrieben in Deutschland sogar noch Frauen und Kinder ausgebeutet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da soll man sich bekennen als begeisterten Anhänger der Sozialpolitik! Es ist doch amtlich nicht unbekannt, daß in den Eisen- und Stahlwerken **Frauen und Kinder** beschäftigt werden. Ich meine, es wäre das allererste Gebot einer Sozialpolitik, die Mütter des Volks, den Nachwuchs zu schützen. Was geschieht aber? Meine Herren, in den Gewerbeinspektorenberichten ist zum Beispiel von einem badischen Eisenwerk erwähnt, daß dort

verbotswidrig,

aber tatsächlich, der Hüttenbesitzer **Arbeiterinnen** täglich **16 bis 17 Stunden** ausgebeutet hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, da muß man doch wirklich fragen: wie kann man da von einer Sozialpolitik reden, wenn derartiges noch möglich ist? — Ich werde gleich noch auf die Gewerbeinspektoren zu sprechen kommen. Da werden Sie hören, wie es mit der **Werkskontrolle** aussieht. In der besprochenen Industrie waren 1904 11 500 Mädchen von vierzehn bis sechszehn Jahren beschäftigt. Es waren sogar 5600 Arbeiterinnen in **Hüttenwerken**, in **Walzwerken** und in **Zinkhütten** beschäftigt (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), also in den denkbar gefährlichsten Betrieben. Selbst in den Zinkhütten beschäftigt man noch Arbeiterinnen, und ich kann nicht unterlassen, darauf hinzuweisen: hier trifft unsere **rheinisch-westfälischen Unternehmer**, überhaupt die **westdeutschen Unternehmer** kein Vorwurf. Ich will anerkennen, daß unsere rheinisch-westfälischen Unternehmer keine Frauen ausbeuten. Der Hort der Frauenausbeutung, und insbesondere in diesen gefährlichen Zinkhütten, ist Oberschlesien! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Oberschlesien ist es, wo die ungeheuer patriotischen und allerchristlichsten Werksbesitzer bekanntlich sitzen. Diese Zinkhüttenarbeiterinnen, die gerade so gut von der Zinkkrätze und der Krebskrankheit befallen werden wie die Arbeiter, sind dann auch die Fortpflanzerinnen des Menschengeschlechtes, und was da für ein Nachwuchs entsteht, wenn man Arbeiterinnen in Walzwerken, in Hüttenwerken, in Zinkhütten u. s. w. beschäftigt, das brauche ich wohl nicht erst näher darzulegen.

Meine Herren, es sind sogar 363 Mädchen **unter vierzehn Jahren** (hört! hört! bei den Sozialdemokraten) noch in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigt! Ist denn das Sozialpolitik? Herr Graf Posadowsky — ich bin dieser Überzeugung — würde, wenn er Fabrikbesitzer wäre, allerdings eine solche Ausbeutung nicht mitmachen. Aber darauf kommt es nicht an. Ich weiß auch, daß, wie ich schon hervorhob, eine ganze Anzahl Werksbesitzer eine Frauen- und Kinderausbeutung nicht dulden. Aber wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß gerade durch die Frauen- und Kinderausbeutung den besseren, humanen Werksbesitzern Schmutzkonkurrenz gemacht wird (sehr richtig!), und ich meine, da wäre es an der Zeit, hier kräftig einzugreifen und die Beschäftigung von Frauen und Kindern und von weiblichen Arbeitern überhaupt in der Stahl- und Eisenindustrie gänzlich zu verbieten.

Meine Herren, damit Sie nun sehen, wie es in den besten Werken aussieht, will ich Ihnen kurz mitteilen, wie es auf den

Kruppschen Fabriken

mit den Hüttenarbeiterverhältnissen aussieht. Bei Gelegenheit des Marineetats oder eines anderen Etats werde ich die Kruppschen Arbeiterverhältnisse speziell behandeln müssen; denn was dort augenblicklich vorgeht, kann uns als Mitgliedern des Reichstags, die zu befinden haben über die Ausgaben des Reiches u. s. w., nicht gleichgültig sein. Hat doch die Firma Krupp ganz wesentlich ihre Aufträge von dem Deutschen Reiche, von dem preußischen Staate u. s. w. Auch bei der Firma Krupp **müssen die Feuerarbeiter regelmäßig zwölf Stunden ohne Pausen arbeiten** (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), im Schmelzbau sogar teilweise vierzehn Stunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im **Martinswerk I** insbesondere müssen die Hilfsarbeiter viele Überstunden machen, 3, 4, 5, 6 Überstunden täglich, je nachdem ihr Lohn gestellt ist, worauf ich noch komme. Im **Preßbau** ist das Überstundenwesen verschiedentlich geradezu grauenhaft ausgebildet, ebenso im **Schienenwalzwerk**. Im **Bandagenwalzwerk** kommen

36-stündige Schichten

an den schwersten Arbeiten vor. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

An die behördlichen Bestimmungen betreffend **Sonntagsruhe** braucht sich die Firma Krupp auch anscheinend nicht zu kehren. Am 7. Januar zum Beispiel ist das **Bandagenwalzwerk** bis Sonntags morgens 7 Uhr rund gegangen. Im **Fahrzeugbau**, in der **Kesselschmiede**, im **Martinswerk** u. s. w., also zum Teile schon nicht mehr im Feuerbetriebe, sind Arbeitszeiten bis zu 36 Stunden für Reparaturarbeiter u. s. w. an der Tagesordnung, und in der siebten mechanischen Werkstätte hat ein Arbeiter im November vorigen Jahres

48 Stunden hintereinander

gearbeitet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine, meine Herren, da müßte die Gesetzgebung doch entschieden eingreifen. Der **Mann muß sich ja kaputt machen.** Wenn er es selbst nicht einsieht, muß er zur Einsicht gezwungen werden. 48 Stunden hintereinander, wer kann da arbeiten? — fragt man sich.

Das **Überstundenwesen** ist allerdings zum Teile auf das freiwillige Verlangen der Arbeiter zurückzuführen. Das kommt aber daher, **weil insbesondere die Hilfsarbeiter einen viel zu geringen Lohn haben**, als daß sie bei den teuren Verhältnissen dort auskommen könnten. Durch Überstunden müssen sie ihren Lohn aufbessern. Aber es kommt auch daher, meine Herren, daß etliche Meister in verschiedenen Werkstätten Überstunden geradezu verlangen. Wer keine Überstunden macht, **wird mit schlechter Arbeit bestraft** und soll sich melden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Überstundenmachen wird also gewissermaßen als zur regelmäßigen Schichtdauer gehörig gerechnet.

Die **Sonntagsarbeit** ist in verschiedenen Betrieben derart an der Tagesordnung, daß die Arbeiter schon in einer Reihe von Ver-

sammlungen, freiorganisierte, christliche und Hirsch-Dunckersche gemeinschaftlich, gegen die Sonntagsarbeit und das Überschichtwesen protestiert haben. Meine Herren, wenn sich die Arbeiter weigern, haben sie zu erwarten, daß sie in irgend einer Weise geschädigt werden, allerdings nicht in allen Betrieben. So hat zu meiner großen Freude in der vergangenen Woche der Herr Ressortchef Körner gegenüber einer Abordnung von Arbeitern, die sich zu ihm wegen des Überstundenwesens begeben hatten, erklärt, er sehe auch ein, daß das Überstundenmachen nicht nützlich sei; wenn ein Arbeiter täglich seine zehn, zwölf Stunden gearbeitet habe, habe er vollständig seine Pflicht getan, und was darüber hinausginge, würde doch nicht mehr so geleistet, wie es nötig sei. Diesen sehr vernünftigen Standpunkt möchte ich allen Werksbesitzern wünschen. Ich weiß es aus Erfahrung: wenn jemand die Woche drei-, viermal Anderthalbschicht, also täglich fünfzehn Stunden gearbeitet hat, ist er einfach nicht mehr fähig, seine volle Kraft anzuwenden, dann geht er schnell in seiner Arbeitskraft retour, und wenn die Werke, anstatt die Arbeiter zwei, drei Stunden täglich oder gar fünf Stunden dreimal die Woche Überstunden machen zu lassen, ihnen den derart verdienten Lohn als Normalschichtlohn in zehn Stunden auszahlen würden, die Leute würden, weil sie dann mehr Ruhezeit hätten, gerade so viel und noch mehr leisten können als in der viel größeren Zahl von Schichten.

Eine solche Arbeitsmethode — und das ist das Wichtigste für uns —, wie ich sie geschildert habe, kann auch nicht ohne Einfluß auf die Qualität der Leistung sein, und es kann uns nicht gleichgültig sein, ob ein Arbeiter in der langen Schichtzeit marode geworden ist, ob er seine Arbeit nicht mehr qualitativ vorzüglich machen kann; denn die Lieferungen, die der Staat verlangt, sollen in erster Linie sehr vorzüglich ausgeführt sein. Über die Frage werde ich ja bei anderen Etats noch sprechen können.

Meine Herren, es fehlt in den meisten Eisen- und Stahlwerksbetrieben

an jeglicher Ventilation.

Die Leute kommen um in einem stickigen, qualmigen Raum. Ich habe hier Fälle aufgezeichnet, wo die Leute ohnmächtig wurden im Rauch. Es findet kein Abzug statt. Von der Firma Krupp habe ich einen Fall, der recht charakteristisch ist für die Sorgfalt, mit der heute die Gesundheit der Arbeiter bewacht wird. Im Kruppschen Preßbau werden die Panzerplatten für die Schiffsbepanzerung u. s. w. gehärtet in einem Ölbassin, in welchem das Öl schon jahrelang steht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Immer werden die Platten darin eingetaucht. Diese Prozedur verbreitet einen so ungeheuren Gestank und so furchtbaren Qualm, daß wiederholt Leuten übel geworden ist. Ich meine, es wäre das allereinfachste, entweder einen besonderen Raum für das Härteverfahren herzustellen oder eine Ventilation einzurichten, damit der Qualm Abzug hat. Die Schmiedeorganisation hat eine Statistik neuerdings aufgenommen, die sich auf 3180 Betriebe erstreckt; davon hatten 86 Prozent keinerlei Ventilation. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da kann man wirklich von zufriedenstellender Sozialpolitik nicht reden. Ferner fehlen in den allermeisten Eisen- und Stahlwerken

Wasch- und Badeanstalten.

Für die Körperpflege der Arbeiter wird besonders in Oberschlesien und in Mitteldeutschland so gut wie gar nichts ausgegeben. Rühmliche Ausnahmen sind selbstverständlich vorhanden. Es gibt Werke, die die Erfahrung gemacht haben, daß durch Körperpflege mit regelmäßigem Waschen und Baden die Leistungsfähigkeit der Arbeiter zunimmt; es gibt Werke, die aus humanitären und wirtschaftlichen Gründen gute Wasch- und Badeanstalten eingerichtet haben. Das erkenne ich gerne an, und ich weiß, daß auch die Arbeiterschaft es anerkennt. Aber in der erwähnten Schmiedestatistik wird festgestellt, daß 63 Prozent der erfaßten Betriebe überhaupt ohne Wasch- und Badeanstalten sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In vielen Hüttenwerken ist nicht einmal ein Raum vorhanden für die Arbeiter, um sich die Hände zu waschen. Herr Graf Posadowsky sprach vorhin von den Malern, Tapezierern u. s. w., die so unvorsichtig mit Bleifarben umgehen. Ich stimme ihm da zu. Da er sich dafür zu meiner Freude interessiert, so möchte ich ihn auch darauf aufmerksam machen, daß in einer ganzen Reihe von Hüttenwerken, wo mit ähnlichen giftigen Stoffen wie Blei umgegangen wird, es an jeder Wasch- und Badeeinrichtung fehlt, so daß die Leute mit mit dickem Dreck, mit Blei- und anderem Metallstaub behafteten Händen ihr Brot und ihr Mittagessen einnehmen müssen.

Es fehlt meist an Räumen,

wo die Arbeiter essen können. Inmitten des Rauches, inmitten des Dreckes, inmitten der metallischen Dämpfe und der chemischen Absonderungen müssen die Leute ihr Brot und ihr Mittagessen verzehren. Das ist geradezu unerhört. Ich möchte die Herren, die wissen wollen, was es heißt, in solchem Raum zu essen, nur bitten, mal in solches Werk zu gehen und zu sehen, welche Schweinerei dort üblich ist. Einige Werke haben ja gute Wasch- und Badeanstalten; aber charakteristisch ist, was ein Lothringer Hüttendirektor zu einem Gewerbeinspektor gesagt hat, als dieser Waschanstalten forderte, nämlich, es sei besser, die Arbeiter säuberten sich gar nicht, denn wenn sie sich säuberten, gingen sie auch in das Wirtshaus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

So betrachtet man den Arbeiter einfach als Arbeitstier; er soll nicht seinem persönlichen Genuß, seinen persönlichen Vergnügungen nachgehen, nicht ins Wirtshaus gehen. Eine derartige Äußerung ist geeignet, uns Hunderte und Tausende Anhänger mehr zu schaffen.

Gutes Trinkwasser,

das Allernötigste für die Erfrischung des Körpers, fehlte in einer Reihe von Eisen- und Hüttenwerken. Auch hier sind einige Werke bahnbrechend vorangegangen; aber in den meisten Werken ist von Nachahmung nichts zu spüren. — Wenn ich Ihnen von den

Aborten,

den Bedürfnisanstalten erzählen wollte, würden Sie einen Ekel bekommen. In einer ganzen Reihe von Hüttenwerken sind, wie mir mitgeteilt ist, die Aborte in der Weise hergerichtet, daß man einfach einen Pfosten über zwei Pfähle schlägt, und damit ist die Geschichte fertig; außerdem werden diese Pfosten noch

scharfkantig

gemacht, damit der Arbeiter ja nicht Gelegenheit hat, sich einige Minuten auf diesem wunderschönen Abort ausruhen zu können. Er muß sich am hinteren Körperteil verwunden, wenn er sich längere Zeit darauf aufhalten wollte, was überhaupt nicht möglich ist wegen des ganz unglaublich ekelhaften Zustandes der meisten Aborte. Ich meine, da braucht man wirklich keine großen Ausgaben zu machen, um diese Mißstände zu beseitigen, um Wasch- und Badeanstalten, um Trinkwasser und Ventilation zu beschaffen. Zweifellos kommen solche sanitären Einrichtungen nicht nur dem Körper des Arbeiters zu gute, sondern

dem Werke selbst;

denn ein gesunder Arbeiter ist selbstverständlich leistungsfähiger als ein ungesunder.

Meine Herren, die Worte, die der Herr Staatssekretär vorhin über die Bedeutung der Arbeiterschaft gesprochen hat, treffen insbesondere zu auf die Eisen- und Stahlarbeiter. So ist zum Beispiel die Eisenproduktion, auf die sich die gesamte Industrie, kann man wohl sagen, aufbaut, in dem letzten Jahrzehnt in Deutschland von fünfeinhalb auf fast elf Millionen Tonnen gestiegen. Jeder Arbeiter der Roheisenindustrie hatte im Jahre 1896

einen Wert von 13000 Mk.

erzeugt und im Jahre 1905 einen Wert von **17000 Mk.**, also mehr im Vergleich zu 1896 **4000 Mk.** Darum ist auch sehr leicht begreiflich, daß es kaum eine Industrie gibt — vielleicht die chemische ausgenommen —, die eine derartig hohe Kapitalverzinsung aufweist wie die Stahl- und Eisenindustrie. Im Jahre 1870, wo ja auch schon eine ziemlich gute Prosperität der Eisen- und Stahlindustrie herrschte, betrug die Durchschnittsdividende der Bergwerks- und Hüttengesellschaften 9,24 Prozent, im Jahre 1900 **18,87 Prozent.** Das sieht gar nicht aus nach einer unerträglichen Belastung dieser Industrie. Die Eisenindustrie hat im Jahre 1870 eine Durchschnittsdividende von 5,19 Prozent herausgebracht und im Jahre 1900 von 13,90 Prozent. Auch das sieht nicht aus nach einer unerträglichen Belastung der Industrie. Bei einer solchen Dividendenausschüttung könnte man sehr wohl für die Hebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft und für die Sicherung ihrer Gesundheit mehr tun.

Meine Herren, ich habe mir auch eine ganze Anzahl von Werken notiert bezüglich der Dividenden, die sie in den letzten Jahren verteilt haben. Ich werde Sie nicht damit belästigen; es würde zu weit führen. Ich will nur einiges mitteilen, damit Sie sehen, wie unwahr es ist, wenn hier von der Tribüne des Reichstags gesagt wird: die Industrie wird immer stärker belastet, sie bricht fast unter den Lasten zusammen u. s. w. Ich habe hier 27 der größten und der kleinsten Werke zusammengestellt, die in den letzten zehn Jahren eine Dividende verteilt haben von

72 Prozent bis 500⅔ Prozent.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Beispielsweise haben die Donnersmarckhütte, die Schlesische Zinkhütte, der Bochumer Verein, die Oberhausener Gute-Hoffnungshütte, die Schalker Hütte, die Rote Erde-Aachen, die Ilsener Hütte alle über 100 bis 500 Prozent Dividende in den letzten zehn Jahren verteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da können doch die Arbeiter mehr verlangen für ihre Gesundheitsförderung, auch wenn andere nicht auf dem Standpunkt stehen, daß die Arbeiter in erster Linie berechtigt sind, die Erträge ihrer reichen Arbeit zu genießen.

Meine Herren, was bekommt nun — darauf weist man immer rühmend hin — der Stahl- und Eisenarbeiter für einen „hohen" Lohn? Ist er wirklich seiner schweren Arbeit angemessen? Entspricht er den Erträgen der Industrie? Keineswegs! Der Durchschnittslohn in der Eisen- und Stahlindustrie betrug im Jahre 1904

noch nicht einmal 4 Mk.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als höchsten anrechnungsfähigen Lohn gibt die Rheinisch-westfälische Walzwerk- und Hüttenberufsgenossenschaft im Jahre 1904 an pro Kopf 1366 Mk., das wären etwas über 4,50 Mk., auf 300 Arbeitstage berechnet, für eine Arbeit, wie ich sie schilderte. Die Nordöstliche Eisen- und Stahlindustrie gibt bloß 1066 Mk. an, die Südwestdeutsche nur 1140 Mk. Schlesien — natürlich hat Schlesien immer die Vorhand — hat einen Durchschnittslohn von nur 858 Mk. (hört! hört! bei den Sozialdemokraten) für Eisen- und Stahlarbeiter. Vornehmlich in der oberschlesischen Walzwerksindustrie sind ja auch nur noch Arbeiterinnen beschäftigt; würden sie dort verschwinden, brauchte man sich mit der Sache recht bald nicht mehr zu befassen. Vielleicht veranlassen diese Ausführungen diesen oder jenen der Herren, Einfluß auf die Werkverwaltungen auszuüben, damit die Frauenarbeit in diesen schweren Betrieben recht bald beseitigt wird. In Oberschlesien betrug der Durchschnittslohn der erwachsenen, verheirateten Walzwerksarbeiter im Jahre 1900 930 Mk., also eben über 3 Mk. für die Schicht, im Jahre 1903 nur noch 918 Mk.; er war also gefallen. Die weiblichen Walzwerksarbeiter in Oberschlesien — darin liegt das Geheimnis, warum dort Arbeiterinnen beschäftigt werden — erhielten im Jahre 1903 nur noch einen Lohn von 323 Mk. (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), also nur etwas über 1 Mk. pro Schicht; er war gegen das Jahr 1900 noch gefallen. Dagegen war die Produktion in der Walzwerksindustrie um 52000 Tonnen gestiegen, die Arbeiterschaft um 1400 Köpfe gefallen. Ich konstatiere also gerade aus dem gelobten Lande Oberschlesien: geringere Löhne, Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft, Erhöhung der Arbeitsleistung. Daraus mache man sich selbst den Vers auf die Sozialpolitik oberschlesischer Auslese.

Meine Herren, ich kann aus den Lohnlisten des Gußstahlwerkes in Witten, der Westfälischen Stahlwerke in Bochum, der Stahlwerke in Meiderich, des Phönix in Ruhrort, des Bochumer Vereins, von Hoesch u. s. w. nachweisen, daß der Lohn im Jahre 1903 bis 1904 niedriger stand als 1899 bis 1900, daß er zum großen Teile nicht einmal an 4 Mk. heranreichte pro Schicht, und daß er im Jahre 1903 bis 1904 auf verschiedenen Werken, beispielsweise der Union-Dortmund, sogar niedriger stand als in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und bei Krupp, meine Herren — das soll ja ein Musterwerk sein —, betrug der Durchschnittslohn 1904 4,78 Mk., das heißt er war von 1900 um ganze 10 Pf. pro Schicht gestiegen.

(Schluß folgt.)

Die Solinger Wirren.

II.

§ Aber wir sehen auch ein klein wenig in die Zukunft. Wir sehen die Fabriken in immer größerem Umfang entstehen und rechnen mit einem Fabrikproletariat, dessen Interessen mit denen der Heimarbeiter in „Gleichklang" gebracht werden müssen. Es gibt nun zwei Möglichkeiten. Die Fabrikarbeiter stehen entweder in Tage- oder in Wochenlohn, oder sie arbeiten in Akkord. Im ersten Falle fällt die Qualitätsfrage, und zwar deshalb, weil es dem Arbeiter gleich bleiben kann, welche Ware er in Lohn herstellt. Die Festlegung der Lohnsätze tritt hier an die Stelle des Qualitätsverzeichnisses. Und bei einer gut organisierten Arbeiterschaft ist das Lohnsystem nach Tagen, Stunden oder Wochen noch lange nicht das schlechteste. Im zweiten Falle, bei Akkordarbeit, bleibt das Qualitätsverzeichnis bestehen, das heißt es wird nach der Arbeit, die an der einzelnen Ware geleistet wird, auch der Preis festgestellt. Eine Unterschätzung der Heimarbeit im Kreise Solingen würde von denselben unheilvollen Folgen begleitet sein wie die Nichtachtung der Fabrikarbeit durch die Heimarbeiter, die leider zu spät einsehen müssen, daß vieles von ihnen vernachlässigt worden ist. Nicht zu unterdrücken gibt es irgend eine Kategorie, sondern zu verbinden und die Zwistigkeiten zwischen Fabrik- und Heimarbeitern zu beseitigen. Das die Aufgabe der Arbeiterschaft in der nächsten Zukunft. Das liegt ganz besonders im Interesse der Heimarbeiter. Wie weit die Degenerierung in einzelnen Kreisen der Heimarbeiter fortgeschritten ist, wie elend und miserabel sie zum Teil bezahlt werden und dadurch auf den Lohn der Fabrikarbeiter drücken, das zuzugeben ist für den „Solinger" gewissermaßen eine „Preisgabe seiner selbst" und eine „Verhöhnung" seiner Heimat. Trotz des Bestehens der Fachvereine seit einem Menschenalter gibt es hier also noch Anschauungen, die Zeugnis davon ablegen, daß die Tätigkeit der Fachvereine nicht vermocht hat, das Fühlen und Denken so zu fördern, daß es mit der großen Masse der Arbeiter „da draußen" auch nur einigermaßen in Einklang stände. Nach Lage der Umstände, wie in den Fachvereinen die Absperrung erfolgte, kann es auch gar nicht anders sein. Da kam der Deutsche Metallarbeiter-Verband und brachte im Laufe der Jahre die Fachvereine mehr und mehr zur Beachtung der Öffentlichkeit und zur Stellungnahme zu den allgemeinen wirtschaftlichen Tagesfragen. Geschah dies auch widerwillig, so geschah es aber doch. Je mehr der Verband aber Fuß faßte, um so mehr wurde Widerspruch laut und wurden Verdächtigungen gegen die Führer und den Verband erhoben. Dann wieder hieß es, der Verband könne nichts leisten, er sei bankerott. Sogar aus Anlaß der Hammesfahrschen Differenzen scheute man sich nicht, damit hausieren zu gehen, zu gleicher Zeit, als man vom Verband die Solidaritätserklärung verlangte.

Wir übergehen diesen den Unternehmern sehr willkommen gewesenen Akt der lokalpatriotischen Hetze. Auch die Gründung der „gelben Infanterie" (der „31er") ist auf dieses Konto zu setzen. Eins muß aber unverwischbar in den Köpfen der denkenden Arbeiter zurückbleiben, wenn man es auch gern vergessen möchte: Das ist der Ausspruch des Messerschleifers Langenberg, der nach den bürgerlichen Blättern der beste Kenner der Solinger Gewerkschaftsbewegung sein soll. Dieser Mann erkühnte sich, ohne daß er Widerspruch gefunden hätte, in seiner Schleiferorganisation zu erklären: „Die 31er seien die Grundlage für die Bildung eines Industrieverbandes der Arbeiter Solingens." Die Messerschleifer ahnten in ihrer naiven Gutmütigkeit und Anhänglichkeit sicher nicht, welches Armutszeugnis ihnen dieser Mann ausstellte, als er sie für würdig erklärte, die Genossen von „Arbeitswilligen" zu spielen. Doch Langenberg sprach vom „Industriearbeiter-Verband für den Kreis Solingen". Das soll das Allheilmittel gegen die „Oberherrschaft" des Metallarbeiter-Verbandes werden. Mit den Unternehmern im Kreise Solingen hat es ja keine Not! Das beweist der Streik der Messerschläger, respektive deren Aussperrung. Mit dem Industrieverband ist man im Kreise Solingen immer schwanger gegangen, wenn die Arbeiterschaft zugeben mußte, daß die Zeit für die Fachorganisation vorbei sei, wenn besondere Verhältnisse drückten. So lange jedoch die Messerschleifer im Frieden lebten, da war die Verwunderung bei ihnen groß, wenn jemand von einem anderen Organisationsplan sprechen wollte. Doch allmählich kam die Zeit, wo man aus der Zurückhaltung heraus mußte. Und so haben wir denn jetzt die Genugtuung, daß die Gründung des Industriearbeiter-Verbandes vor der Tür steht. Ob uns daraus ein zweites Iserlohn erblühen wird, ist nach den Lehren, die wir dort empfangen haben, gewiß fraglich. Nichtsdestoweniger dürfte es aber doch interessant sein, einmal die neueste Gründung unseren Kollegen im Bilde zu zeigen. Im Bilde insofern, als wir die Einrichtung und Verfassung, die man sich dafür zurecht gelegt, schildern wollen.

Nach dem uns vorliegenden Entwurf führt die Vereinigung den Namen: „Solinger Industriearbeiter-Verband", sein Sitz ist Solingen. Zweck des Industrieverbandes ist, nach Möglichkeit die Interessen der angeschlossenen Mitglieder zu wahren und zu fördern. Bei einer genügenden Anzahl von Leuten aus einem Beruf kann eine Berufsgruppe gebildet werden. Gesellen und Lehrlinge sind ebenfalls beim Vorstand anzumelden. Mitglieder über 18 Jahre zahlen wöchentlich 50 Pf. Beitrag, unter diesem Alter 25 Pf. 50 Prozent der Beiträge verbleiben der Berufsgruppe, 50 Prozent müssen an die Hauptkasse abgeführt werden. Da die Gründer hoffen, daß bei ihnen die Streiks eine Seltenheit sein werden, so können sie es sich auch erlauben, vorläufig eine etwas erhöhte Streikunterstützung zu gewähren. Man will zahlen: Unverheirateten über 18 Jahre 12 Mk., Verheirateten 15 Mk. und für jedes Kind 1,50 Mk. die Woche. 21 Mk. dürfen nicht überschritten werden. Unter 18 Jahren soll es geben bei 14 bis 15 Jahren 6 Mk., 15 bis 16 Jahren 7 Mk., 16 bis 17 Jahren 8 Mk., von 17 bis 18 Jahren 9 Mk. die Woche. Die Arbeitslosenunterstützung stellen wir der des Metallarbeiter-Verbandes gegenüber. Es wird gezahlt im Metallarbeiter-Verband 20 Wochen lang: bei 52 geleisteten Wochenbeiträgen 6 Mk. nach siebentägiger Arbeitslosigkeit, bei 104: 7 Mk., bei 156: 8 Mk., bei 208: 9 Mk., bei 260: 10 Mk. Im Solinger Industrieverband 6 Mk. nach zehntägiger Arbeitslosigkeit 6 Wochen lang bei 52 geleisteten Wochenbeiträgen. Für die weitere Zugehörigkeit keine Erhöhung. Bei Krankheitsfällen zahlt der Industrieverband wie wir nach der ersten Woche 6 Mk., aber nur 13 Wochen lang. — Neben einem Vorstand von 6 Personen hat man auch einen Aufsichtsrat zur Kontrolle der Geschäfte und des Vorstandes in Aussicht genommen. Jede Berufsgruppe hat zwei Vertreter in die Verbandssitzungen zu entsenden, für jedes hundert mehr einen weiteren Delegierten. Vorsitzende der Berufsgruppen sind zur Teilnahme an den Sitzungen berechtigt. Streiks und Differenzen unterliegen der Beratung des Vorstandes. — So sieht der neue kommende Verband aus, der in Solingen Wunder wirken soll. Die Unternehmer haben in einem Geheimzirkular schon Stellung genommen und rufen heraus auch dem Industriearbeiter-Verband den Krieg erklären lassen, noch ehe er aus der Taufe gehoben ist.

Mit Widerwillen ging man hier daran, aus dem Kreise des Fachvereins herauszutreten — doch die Notwendigkeit zwang dazu und wird noch mehr dazu zwingen. Zunächst können wir als Metallarbeiter-Verbändler mit dem Gange der Dinge vollkommen zufrieden sein. Die Erhöhung der Beiträge, die bis jetzt immer noch in den einzelnen Vereinen außer Frage gestellt wurde, wird in den Vordergrund gedrängt. Das ist aber für hier das beste, um der Entwicklung freie Bahn zu schaffen. Bisher hielt die Niedrigkeit der Beiträge in den einzelnen Fachvereinen die Arbeiter vom Metallarbeiter-Verband zurück. 50 Pf. pro Monat, 15, 20 bis 30 Pf. die Woche galt hier als eine sehr hohe Summe für Vereinszwecke und man hielt es kaum für möglich, höhere Beiträge zu erheben. Der Traum ist nun zu Ende. Ob die einzelnen wollen oder nicht, die Entwicklung geht über sie hinweg. Diese Situation kann für uns nur nützlich sein. Auch die Annäherung der Branchen untereinander, wie sie programmatisch ins Auge gefaßt worden ist, wird nicht zu unserem Nachteil ausschlagen. Verschwindet doch dadurch auch die Arroganz, die „Erhabenheit" einzelner „aristokratisch" angehauchter Kreise, die im Vollgefühl der Wichtigkeit ihrer Person die Bewegung nach ihrem Willen, ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse, glaubten leiten zu können. Als merkwürdig wird von unseren auswärtigen Kollegen gewiß der Umstand betrachtet werden, daß man hier bisher dem Deutschen Metallarbeiter-Verband verbieten wollte, Mitglieder aufzunehmen, für die ein „Mutterverein" vorhanden war. Als Mutterverein dachte man sich nicht etwa den Deutschen Metallarbeiter-Verband, sondern die alte lokale Form der Organisation. Auch diese Auffassung wird jetzt bald fallen durch — die „Konkurrenz". Denn auf diese hat man „bekanntlich" nach Ansicht der lokalen Führer nur wenig Rücksicht zu nehmen. Und da ein Teil der Solinger „Lokalorganisierten" schon lange mit uns nicht bloß sympathisiert, so bedarf es nur geringer Anläße und die alte Form der Organisation mit samt der „neuen" wird an den Tatsachen scheitern. Ehe es jedoch so weit kommt, werden kleinstädtischer Skandal und Nörgelsucht mit einander wetteifern, lieber die Organisation in einen Trümmerhaufen zu verwandeln, als sich mit den veränderten Verhältnissen abzufinden. Das Unternehmertum, hinter dem sich ein Teil der führenden „Lokalisten" verschanzt, reibt sich die geschäftsgewöhnten Hände.

Inzwischen haben ja auch unsere Kollegen aus der Nr. 5 der Metallarbeiter-Zeitung ersehen, wozu hiesige „einsichtige" Gewerkschaftsführer fähig sind. Mit einer von dem Unternehmertum tendenziös zusammengestellten Statistik sind sie zu den bürgerlichen Blättern gelaufen, um den Kampf der Schlägereiarbeiter als aussichtslos hinzustellen, damit sie von der Arbeitslosigkeit verschont bleiben. Das blieb den Führern der Messerschleifer vorbehalten. Nicht umsonst haben sich bürgerliche Blätter herbeigelassen, den Gewerkschaftsführern 5 Pf. für die Zeile zu zahlen, wenn sie von den internsten Vorgängen der Arbeiterbewegung Mitteilungen erhalten. Zwei Volksversammlungen nahmen zu diesen Dingen Stellung und es wurde unter allgemeiner Zustimmung folgende Resolution angenommen: „Die .... Volksversammlung erklärt nach Kenntnisnahme von der Mitarbeit der Vorstandsmitglieder des Messerschleifer-Schleidervereins an bürgerlichen Blättern diese Handlungsweise als so schofel und eines organisierten Arbeiters so unwürdig, daß der gesamten organisierten Arbeiterschaft des In- und Auslandes davon Kenntnis gegeben werden soll."

Damit haben indes diese Leute noch nicht genug geleistet. Es gelüstet sie nach neuem Ruhm. Mit einem Unternehmer, einem Gießereibesitzer, sind sie in Verbindung getreten, der die Organisation verbieten will. Führer einer lokalen Arbeiterorganisation mit einem wütenden Bekämpfer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in engster Bundesgenossenschaft! Da muß doch sicher etwas schönes dabei herauskommen. Niemand braucht darüber lange im Zweifel bleiben. Durch ihre Verbindung mit dem genannten Herrn waren diese Führer in die „glückliche Lage" versetzt, folgendes Schriftstück der Öffentlichkeit unterbreiten zu können:

„Erklärung. Folgendes Schreiben wurde uns von der Firma Nippes & Schmidt übergeben: Wir bestätigen hiermit den Herren Emil Witte, Wilhelm Langenberg und Karl Eickhorn, daß der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Herr Max Sendler, in Gesellschaft des Herrn Hugo Schaal aus Solingen bei der unterzeichneten Firma im Monat Juni 1905 vorstellig geworden ist, zwecks Unterbringung von Gußordres für Velberter Firmen, welche zur Zeit des Formerstreiks in Velbert und Heiligenhaus nicht ausgesperrt hatten. Wir bestätigen ferner, daß ersterer (Herr Sendler) versuchte, die Preise zu drücken, nachdem dies scheiterte, frug er: Wie viel Provision fällt denn für uns ab? Wesner, Rheinland, den 2. Februar 1906. Nippes & Schmidt. — Wir bemerken ausdrücklich, daß Herr Schaal völlig unbeteiligt ist. Erwarten aber von Herrn Sendler, daß er nunmehr gegen obige Firma oder aber gegen die Unterzeichneten gerichtlich vorgehen wird. Emil Witte. Karl Eickhorn. Wilhelm Langenberg."

Mit dieser Erklärung glaubte man dem verhaßten Führer der Metallarbeiter eines ausgewischt zu haben, damit aber auch zugleich dem Fabrikantenverein Liebesdienste zu erweisen. In dem Wunsche,

den Geschäftsführer Sendler von hier fortzuintrigieren, stimmen die Messerschleifer mit den Unternehmern und auch mit dem Herrn Landrat Lukas überein. Ob es jetzt wohl werden wird?

Bei der „Provisionsreise" nach dem Weyer war nun, wie ersichtlich, auch der Kollege Schaal dabei, der als der große Unparteiische hingestellt wird, der aber nichtsdestoweniger diese Geschichte bis jetzt verschwiegen hat. Warum, entzieht sich unserer Kenntnis. Doch haben wir Grund anzunehmen, daß er an dem Vorgang, dem er von Anfang bis Ende beigewohnt, nichts ehrenrühriges erblickt haben kann. Doch weil die Führer der Schleifer auch mit den „Christen" in Verbindung stehen und diesen Agitationsmaterial liefern, ist es unsere Aufgabe, den Kollegen die Möglichkeit zu geben, etwaige Vorwürfe zurückweisen zu können. Deshalb hier eine kurze Darstellung der Sache: Velberter Firmen, die nicht ausgesperrt hatten, brauchten Guß, dessen Nichtbeschaffung weitere Entlassungen zur Folge haben konnte. Die betreffenden Herren waren bei uns im Bureau und wir bemühten uns um Ersatz. So kamen wir auch zu Herrn Nippes, der aber so exorbitant hohe Preise forderte, daß man wohl sagen konnte, Nippes wollte sich die Notlage zu Nutzen machen. Kurz vorher waren wir bei der Firma Daarmann, die einen Vertrag mit der Velberter Firma Heimendahl & Rademacher geschlossen hatte, wo der Preis für den zu liefernden Guß auf 45 Pf. pro Kilo festgelegt war. Dieser Preis wurde im Auftrag der Firmen, für die wir vermittelten, auch dem Herrn Nippes geboten. Wenn nun die Firma Daarmann die Übernahme von Guß zu den Tagespreisen annahm und höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen garantiert als Nippes, so ist nicht zu begreifen, daß Nippes den Guß nicht auch hätte liefern können. Doch des Pudels Kern treffen wir wohl, wenn wir sagen: Nippes glaubt augenblicklich gegen den Verband einen Trumpf ausspielen zu müssen, um sich noch mehr als bisher den Einwirkungen der Organisation entziehen zu können. Und nun die „Provision"! Nippes schreibt selbst, daß aus dem Geschäft nichts geworden ist. Wozu also der Vorwurf. Wer damit hausieren geht, zeigt nur, daß er persönlich verunglimpfen will. Natürlich erschien die „Erklärung" ebenfalls in bürgerlichen Blättern. Die auswärtigen Kollegen ersehen daraus, wie man hier Staatsaktionen gegen uns inszeniert. Es scheint aber, als wenn die Gimpel, die auf den Langenbergschen Leim kriechen, am Aussterben wären. Da vorauszusehen ist, daß die hiesigen Arbeitgeber, die bisher schon schlauer als die Arbeiter operiert haben, auch weiter so handeln werden, so rücken wir einem Konflikt immer näher, der den rückständigen Ansichten in der hiesigen Arbeiterschaft den letzten Stoß versetzen wird. Deshalb verdient aber aus der Geschichte der Solinger Arbeiterbewegung besonders festgehalten zu werden, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der für mehr als eine Viertelmillion Arbeiter die Interessenvertretung übernommen hat, von den Solinger lokalen Gewerkschaftsführern für unfähig erklärt wird, jetzt schon die Interessen der Solinger Arbeiterschaft vertreten zu können. Damit sollen vorläufig die Akten über die Solinger Wirren geschlossen sein.

Zur Aussperrung in Rostock.

In den letzten Tagen haben die Leiter der an der Aussperrung beteiligten Organisationen Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen gepflogen. Verhandlungen mit den Vertretern der Organisation wurden abgelehnt. Da nun die Schiffbauer bekanntlich die einzig Streikenden, alle anderen aber Ausgesperrte sind, haben die Schiffbauer eine Kommission von drei Mann zu den Verhandlungen gewählt. Die Kommission wurde empfangen und ihr mitgeteilt, daß alle Schiffbauer, mit Ausnahme von zwei Mann, wieder eingestellt werden sollen. Es solle jedoch alles schriftlich abgemacht werden.

Zunächst nun haben in einer Schiffbauerversammlung die zwei Kollegen erklärt, daß sie auf ihre Wiedereinstellung verzichten. Es war also der erste Boden für die Beilegung gegeben. Man erwartete also jetzt zunächst die schriftlichen Mitteilungen der Direktion. Diese enthielten jedoch so gut wie nichts. Es wurde deshalb ein Schreiben an die Direktion gerichtet, in welchem Aufklärung über verschiedene Punkte verlangt wurde. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Tit. Direktion der Neptunwerft, Rostock.

In Erwiderung Ihres gefälligen heutigen Schreibens teilen wir Ihnen mit, daß wir augenblicklich noch nicht in der Lage sind, die in Ihrem Schreiben gewünschte Erklärung betreffend Wiederaufnahme der Arbeit durch die Schiffbauer abzugeben. Es bedarf noch einer vorherigen Verständigung über folgende Fragen:

1. Es sollen alle in Ihrem Betrieb beschäftigt gewesene Arbeiter (mit den zwei Ausnahmen) wieder eingestellt werden. Sollte dies aus technischen Gründen jetzt noch nicht in vollem Umfang möglich sein, so soll die Einstellung doch in einem bestimmten kurzen Zeitraum erfolgen, und sollen Leute, die früher im Betrieb nicht gearbeitet haben, werden nicht eingestellt werden.

2. Die Lohn- und Akkordverhältnisse dürfen in keiner Branche gegen den früheren Zustand verschlechtert werden. Es wäre im Gegenteil eine Verbesserung derselben dringend erwünscht.

3. Maßregelungen aus Anlaß der Differenzen oder wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden.

Aus Vorstehendem ergibt sich erneut die Notwendigkeit einer Aussprache mit den Vertretern der Organisation. Wir ersuchen wiederholt, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, da die Arbeiterschaft die Ablehnung desselben als eine Nichtanerkennung der Organisation ansehen würde, und neue Schwierigkeiten entstehen könnten.

Da die Wiederaufnahme der Arbeit nicht ohne Zustimmung der Bezirksleiter erfolgen kann, so ersuchen wir die Regelung der ganzen Sache noch heute vorzunehmen, da sonst unliebsame Verzögerung entstehen könnte.

Der Einreichung einer Liste derjenigen, welche jetzt wieder eingestellt werden können, steht nichts entgegen.

Ihrer baldgefälligen Entscheidung entgegensehend

zeichnet hochachtungsvoll

Die Kommission.

Jedermann wird und muß zugeben, daß dieses Angebot für die Direktion durchaus annehmbar war. Es ist in der Tat von irgend welcher Forderung keine Rede. Wenn an Stelle der früheren dreizehn Maßregelungen jetzt deren zwei stehen, und die Arbeiter mit diesen mehr als minimalen Zugeständnissen sich bescheiden, so ist damit in der Tat alles getan, was nach Lage der Sache von der Arbeiterschaft geschehen konnte.

Anders denkt die Direktion der Neptunwerft. In ihrem noch am selben Tage eingegangenen Antwortschreiben erklärt sie:

1. Es ist uns absolut unmöglich, alle früher in unserem Betrieb beschäftigt gewesene Arbeiter wieder einzustellen, da wir insgesamt nur zirka 1600 Mann beschäftigen können.

2. Wir beabsichtigen, die Lohn- und Akkordverhältnisse im allgemeinen vom Beginn an lassen, müssen uns aber vorbehalten, einige Akkorde, wie zum Beispiel derjenigen der Tischler und Zimmerer, welche verhältnismäßig höher sind als bei den Konkurrenzwerften (zum Beispiel Lübeck), entsprechend zu regeln. Eine Erhöhung der Leistungen wie auch der Akkorde ist jedoch in Anbetracht des erlittenen Schadens ausgeschlossen.

3. Es entzieht sich unserer Beurteilung, was Sie unter dem Ausdruck „Maßregelung aus Anlaß der Differenzen" verstehen, und wir können Ihnen darauf keine Antwort geben. Eine Zugehörigkeit zur Organisation ist kein Hinderungsgrund für die Einstellung.

An diesem Schreiben ist zunächst interessant, daß nur 1600 Mann beschäftigt werden können. Es steht aber fest, daß die Zahl der jetzt Arbeitenden und der Ausgesperrten gar keine 1600 Mann ausmachen! Es könnten also alle früher im Betrieb beschäftigt gewesenen Arbeiter wieder eingestellt werden. Wenn denn also die Direktion erklärt, „unmöglich" alle wieder einstellen zu können, so erscheint die vorgespiegelte Unkenntnis des Begriffes „Maßregelung" in einem recht fragwürdigen Lichte. Man will maßregeln, es aber hinter der „Unmöglichkeit", alle wieder einzustellen, verstecken.

Dieser Punkt wäre nun noch nicht einmal Grund zu der Ablehnung des Angebots der Werftdirektion gewesen. Das waren einzig die angedrohten Abzüge von den Akkordsätzen der Holzarbeiter und Schiffszimmerer. Diese beiden Branchen hatten im Gegensatz zur Ankündigung der Direktion Forderungen auf Erhöhung der Akkordsätze gestellt! Danach ist nun der Direktion die Ablehnung ihres Angebots durch das nachstehende Schreiben mitgeteilt worden:

Tit. Direktion der Neptunwerft, Rostock.

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß die Schiffbauer es abgelehnt haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ursache dazu bietet in erster Linie die in Ihrem werten Schreiben vom 10. dieses Monats angekündigte Absicht, bei den Schiffszimmerern und Tischlern Herabsetzung der Akkordpreise vorzunehmen. Sodann aber sind wir der Meinung, daß es Ihnen nach den bisher gemachten Erfahrungen doch wohl bekannt sein dürfte, was mit dem Ausdruck „Maßregelungen" gemeint ist. Wir müssen demnach die Befürchtung hegen, daß diejenigen Ihrer Arbeiter, die während der ganzen Dauer der Differenzen irgendwie hervorgetreten sind, von der Wiedereinstellung ausgeschlossen werden sollen. Es wird daher einer präziseren Fassung in bezug auf die Wiedereinstellung der streikenden und ausgesperrten Arbeiter bedürfen, ehe ein solches Angebot angenommen werden kann.

Alle diese Dinge hätten sich durch eine kurze Aussprache mit den Vertretern der Organisation regeln lassen, und bedauern wir, daß unser ernstes Angebot, den Frieden wiederherzustellen, an dem ungenügenden Entgegenkommen und, wie oben bemerkt, an der Ankündigung, Akkordpreise herabzusetzen, als vorläufig abgelehnt zu betrachten ist.

Mit der Erklärung, zu weiteren Verhandlungen jederzeit bereit zu sein, zeichnet

Hochachtungsvoll

Die Kommission.

Der Kampf geht also weiter, einzig durch die Schuld der Direktion der Werft. Die Situation ist im ganzen unverändert: Von den Schiffbauern ist bisher nicht ein einziger abtrünnig geworden, und auch noch kein einziger Arbeitswilliger von außerhalb zu verzeichnen. Zuzug, insbesondere von Schiffbauern, nach wie vor fernzuhalten, ist Ehrenpflicht!

Zur Lohnbewegung und Aussperrung in der Fabrik Reichstein in Brandenburg.

Die Arbeiter der Reichsteinschen Kinderwagen- und Fahrradfabrik (Brennabor-Werke) versuchten bereits vor 16 Jahren eine zehnstündige Arbeitszeit zu erringen, der Versuch schlug aber infolge der ungenügenden Organisationsverhältnisse fehl. Endlich — nach 15 langen Jahren — wurden im März 1905 die Korbmacher wegen dieser Forderung und einer Aufbesserung der Lohnverhältnisse ausständig. Nach fünftägigem Kampfe wurden die Forderungen bewilligt und auch die Zusicherung gegeben, am 1. Mai desselben Jahres die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Nachdem den Korbmachern die Forderungen zum Teil bewilligt waren, strebten naturgemäß auch die übrigen Arbeiter die Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden an, die Ende Mai 1905 gewährt wurde. Heute sind jedoch die Maschinenarbeiter der Stellmacherei noch genötigt, elf Stunden zu arbeiten. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit kam für die Arbeiter ein Lohnausfall von zehn Prozent. Während es nun den Akkordarbeitern möglich war, durch intensiveres Arbeiten den Lohnausfall weit zu machen, gingen die in Stundenlohn Arbeitenden leer aus. War bei dem Arbeitsverdienst von 66 Stunden die Woche schon Schmalhans Küchenmeister, so blieb den Lohnarbeitern bei dem verringerten Einkommen nichts weiter übrig, als den Schmachtriemen noch enger zu schnüren. Die Löhne bewegten sich für Arbeiter über 18 Jahre zwischen 19 und 41 Pf. die Stunde; höhere Lohnsätze erhielten nur wenige sogenannte bessere Arbeiter. Die Firma leistete einer Günstlingswirtschaft Vorschub, indem besonders hervorragenden Arbeitskräften Tantiemen gewährt wurde, um nicht über den Lohnsatz von 40 Pf. die Stunde hinausgehen zu müssen. Diese Extravergütung zum Stundenlohn gerechnet, wurden noch keine 45 Pf. die Stunde erzielt, während in gleichartigen hiesigen Betrieben die Stundenlöhne für derartige Arbeitskräfte zwischen 45 und 50 Pf. variierten. Bestand nun bei den Lohnarbeitern die Absicht, im Juni vorigen Jahres eine Forderung in Gestalt einer zehnprozentigen Lohnerhöhung einzureichen, so gebot die schlechte Geschäftslage während dieser Zeit, von der Forderung vorläufig Abstand zu nehmen. Man suchte durch Vorstelligwerden bei den Meistern etwas zu erzielen, doch was dabei herauskam, ist kaum der Erwähnung wert; mehr wie 1 Pf. die Stunde legt die Firma Gebrüder Reichstein überhaupt nicht zu und dieser Vergünstigung wurden auch nur wenige teilhaftig. Im Januar dieses Jahres forderten nun die Arbeiter den Arbeiterausschuß auf, bei der Firma angesichts der hohen Lebensmittelpreise rc. eine allgemeine Lohnaufbesserung in Höhe von zehn Prozent zu beantragen. Die Antwort war eine ablehnende. Mit leeren Worten suchte man die Arbeiter hinzuhalten. Doch die Langmut der Arbeiter hatte ein Ende. Die Organisationen, welche angesichts der jämmerlichen Lage der Arbeiter einen überaus starken Zuwachs erhalten, beauftragten ihre Leitungen, mal einmal deutlicher mit der Firma Gebrüder Reichstein zu reden und die berechtigten Forderungen mit Nachdruck zu vertreten. Eine am 9. Januar abgehaltene Versammlung beauftragte den Arbeiterausschuß, die zehnprozentige Lohnerhöhung der Firma als Forderung mündlich zu unterbreiten. Die Unterredung war resultatlos. Nun unternahmen die Organisationsleitungen einen weiteren Schritt. Sie richteten am 17. Januar ein Schreiben an die Firma, in dem sie die Forderung auf eine zehnprozentige Lohnerhöhung stellten und eingehend begründeten. Darauf ist am 24. Januar folgendes Antwortschreiben der Firma eingegangen:

An die Geschäftsstelle des Metallarbeiter-Verbandes
in Brandenburg.

Ihr gefl. Schreiben vom 17. d. Mts. beantwortend, teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir Ihr Gesuch, allen Lohnarbeitern eine zehnprozentige Zulage zu gewähren, ablehnen müssen. Wir haben uns inzwischen zu erkundigen gesucht, welche Stundenlöhne in anderen hiesigen Fabriken bezahlt werden, wonach wir zu der Überzeugung gekommen sind, daß wir nicht niedrigere Stundenlöhne zahlen wie andere Fabriken hier. Die verkürzte Arbeitszeit bezieht sich nur auf vier bis fünf Monate, indem wir in der übrigen Zeit des Jahres bereits die zehnstündige Arbeitszeit seit Jahren haben. Die niedrigen Preise unserer Fabrikate verbieten uns allgemein höhere Stundenlöhne zu zahlen, doch wollen wir auch ferner bemüht bleiben, fleißige Stundenarbeiter ihren Leistungen entsprechend zu bezahlen.

Hochachtend

Brennabor-Werke (Stempel)
Gebr. Reichstein.

Wie aus dieser Mitteilung ersichtlich, vermied es die Firma, irgend welche positive Zugeständnisse zu machen. Am 25. Januar fanden die Lohnarbeiter für folgende Resolution:

„Die am 25. Januar in der Bürgerhalle tagende Versammlung aller bei der Firma Gebrüder Reichstein beschäftigten Lohnarbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von der Antwort der Herren Gebrüder Reichstein. Da in dem Antwortschreiben keine positiven Zugeständnisse gemacht sind, erklären die Versammelten an ihren Forderungen festhalten zu müssen. Die Versammelten verpflichten sich, für die Durchsetzung dieser Forderung auch das letzte Mittel anwenden zu müssen. Die Behauptungen der Firma, daß die Stundenlöhne in den übrigen gleichartigen Betrieben in Brandenburg nicht höhere sind, erklärt die Versammlung als nicht den Tatsachen entsprechend."

Das Ergebnis dieser letzten Mahnung an die Firmeninhaber war wiederum ein negatives. Den Arbeitern blieb nun noch das letzte Mittel, der Kampf. Darüber sollten zwei Versammlungen am 28. Januar entscheiden. Vor Beginn dieser Versammlungen trafen die Leiter des Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Zernicke-Berlin und Brachwitz, noch eine Verständigung herbeiführen, indem sie sich zu dem Mitinhaber der Firma, Herrn Karl Reichstein, begaben und eine Unterredung nachsuchten, die ihnen auch bereitwilligst gewährt wurde. In zweistündiger Konferenz fand sich Herr Karl Reichstein zu folgender Erklärung bereit:

1. Die Firma gewährt zunächst allen Arbeitern über 18 Jahre einen Lohn von 25 Pf. pro Stunde.
2. Der Anfangslohn der Arbeiterinnen, welche eingestellt werden, beträgt für die Zukunft 15 Pf. pro Stunde, bisher wurden in verschiedenen Abteilungen die Mädchen mit 10, 11, 12, 13 Pf. rc. entlohnt.
3. Den Arbeiterinnen in der Vernickelei wird der Lohn soweit erhöht, daß derselbe 20 Pf. beträgt.
4. In betreff der übrigen Arbeiter, welche im Lohn beschäftigt sind, wurde von seiten der Organisation folgender Vorschlag gemacht, der auch von dem Herrn Karl Reichstein angenommen wurde: Es sollen zwischen der Firma einerseits, unter Hinzuziehung der Verhandlungskommission des Arbeiterausschusses und den Arbeitern Verhandlungen gepflogen werden, die zum Zweck haben, eine Neufestsetzung der Löhne zur beiderseitigen Zufriedenheit und zwar im Laufe dieser Woche herbeizuführen.

Auf Grund dieser Abmachungen empfahlen die Referenten den Versammlungen, von einer Arbeitsniederlegung vorläufig Abstand zu nehmen, um die Reformen, die zwischen Arbeiterausschuß und der Firma unter Zuziehung der in Betracht kommenden Arbeiter beraten werden sollten, abzuwarten. Der am 29. Januar vorstellig gewordenen Kommission wurde von der Firma erklärt, daß erst Vorbereitungen zu treffen seien, die bis zum Dienstag erledigt würden, wonach die Verhandlungen aufgenommen werden sollten. Am Dienstag wurde die Kommission abermals auf Mittwoch vertröstet. Am Mittwoch endlich war man bereit, Rücksprache zu nehmen. Was bei dieser Unterredung herauskam, war aber nicht das, was die Arbeiter erwartet hatten. Herr Reichstein stritt alle den Vertretern der Organisation, Zernicke und Brachwitz, gemachten Zugeständnisse rundweg ab und erklärte, daß das nicht so gemeint gewesen sei! — Charakteristisch für diesen Ausspruch ist eine weitere Behauptung der Firma. Sie gab folgende schriftliche Erklärung ab:

Von den Lohnarbeitern, die nur Stundenlohn und keine Nebenvergütigungen oder Tantieme haben, war der durchschnittliche Stundenlohn im Januar 1905 29 Pf., dahingegen im Januar 1906 32 Pf., mithin sind die Löhne um 9 Prozent gestiegen. Rechnen wir die Leute, welche neben dem Stundenlohn noch eine Extravergütigung oder Tantieme erhalten, mit zu den Stundenarbeitern, so ist der mehrverdiente Stundenlohn ein bedeutend höherer Prozentsatz.

Bei den Frauen beträgt die Lohnerhöhung 8 Prozent.

Brennabor-Werke
Gebr. Reichstein.

Dieses Rechenkunststück der Firma bezieht sich aber nur auf 194 Arbeiter, während 628 dabei in Frage kommen. Nach der Statistik, welche sich in Händen der Organisationsleitungen befindet, betrug der Lohn am 1. Februar d. J. nicht 32, sondern 27 Pf., es ist also bei genauer Prüfung keine Steigerung der Stundenlöhne zu verzeichnen, sondern ein Rückgang. Die Statistik der Organisationsleitung zeigt folgende Abteilungen, die an den festgelegten Terminen die angegebene Lohnsumme verdienten:

	erzielte Lohnsumme pro Stunde 1. Februar 1905	1. Februar 1906
1. Reparatur, 24 Arbeiter	721 Pf.	744 Pf.
2. Motorbau-Abteilung, 34 Arbeiter .	1123 „	1200 „
3. Lackiererei, 24 Arbeiter	628 „	640 „
4. Werkzeugbau, 65 Arbeiter	2170½ „	2329 „
5. Elektro-Abteilung, 26 Arbeiter . .	300 „	313 „
6. Vernickelung, 52 Arbeiter	813 „	869 „
225 Arbeiter	5755½ Pf.	6095 Pf.

Das Plus resultiert aus der Vermehrung des Personals der Elektroabteilung um 16 Personen gegen das Jahr 1905. — Die Firma baute vielleicht darauf, daß es den Arbeitern infolge ihrer ungenügenden Bildung nicht möglich sei, die horrende Lohnsteigerung, deren sich kein einziger Arbeiter erinnern konnte, einer Prüfung zu unterziehen. Darin hat sie sich gründlich getäuscht; auch die Arbeiter verstehen die Schachzüge berechnender Unternehmer ins rechte Licht zu stellen. Der Aufforderung, die Liste, in welche die 194 Arbeiter eingetragen sind, den Organisationsleitungen zur Prüfung zu überlassen, kam die Firma nicht nach. Befinden sich doch unter den 194 Mann 6 Arbeiter, die unter 25 Pf. Stundenlohn haben. Die Firma erklärte dem Arbeiterausschuß, daß sie bestimmte Zusagen überhaupt nicht machen könne, man wolle sehen, was sich tun ließe.

Am 1. Februar stellten darauf zirka 200 Arbeiter und Arbeiterinnen der Fahrradbranche die Arbeit ein. Ihnen folgten die Lackierer, Abzieher und Nebenarbeiter der Kinderwagenabteilung, zirka 300 Personen. Darauf erließ die Firma folgende

Bekanntmachung!

Infolge der Arbeitseinstellung verschiedener Abteilungen unserer Fabrik sehen wir uns leider gezwungen, den gesamten Betrieb von heute ab zu schließen.

Brandenburg a. H., den 5. Februar 1906.

Gebr. Reichstein.

Der Fabrikantenverein von Brandenburg glaubte nunmehr, diese Angelegenheit zu der seinigen machen zu müssen. Am 6. Februar, also noch keine 24 Stunden nach der Schließung des Betriebs, ging einzelnen Arbeitern ein Schreiben folgenden Inhaltes zu:

Fabrikantenverein Brandenburg a. H.

Zwecks Klärung des Sachverhaltes betreffend die Arbeitsniederlegung verschiedener Abteilungen bei der Firma Gebrüder Reichstein werden Sie gebeten, an der heute Dienstag, abends 6 Uhr, im Hotel „Schwarzer Bär" stattfindenden Vorstandssitzung unseres Vereins teilzunehmen.

Hochachtend

Der Vorstand:
(Unterschrift.)

Selbstverständlich ist von den Hinausgeworfenen — denn solche hatte man eingeladen — keiner zu dieser „höheren" Gerichtssitzung hingegangen. Zur „Klärung" der ganzen Angelegenheit war den Herren lange genug Gelegenheit gegeben. Herr Reichstein selbst erklärte doch am 3. Februar den Verbandsvertretern Zernicke und Brachwitz gegenüber: Er verhandle nur mit seinen Arbeitern. Wie nun der Fabrikantenverein dazu kommt, in zwölfter Stunde eingreifen zu wollen, bleibt ebenso unverständlich, wie das Verhalten der Firma selbst.

Am 10. Februar tagten vier große Versammlungen, in denen über die Ursachen dieses Konfliktes berichtet wurde. Waren doch durch einzelne bürgerliche Blätter die wundersamsten Gerüchte verbreitet worden. In der gesamten Bevölkerung Brandenburgs ist nur die eine Meinung vorhanden, daß die Firma bei einigem Entgegenkommen den Streik vermeiden konnte.

Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen ist fernzuhalten!

Von den Kaiserlichen Werften.

Wie das „Bittgesuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" an die Direktion der Kaiserlichen Werft zu Kiel ausgesehen hat.

Über die Bewegung der Arbeiter auf der Kaiserlichen Werft zu Kiel (siehe Nr. 5 der Metallarbeiter-Zeitung) liegen folgende neuere Mitteilungen vor: Nachdem Kollege Garbe, der Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Kiel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, den ihm in der Versammlung vom 23. Januar erteilten Auftrag erfüllt und die Petition, deren Annahme vom Oberwerftdirektor abgelehnt worden war, dem Reichs-Marine-Amt übermittelt hatte, erhielt er von diesem folgende Antwort:

Der Staatssekretär
des Reichs-Marine-Amts.
B VII. 646.

Berlin, den 2. Februar 1906.

Die mit dem am 30. Januar hier eingegangenen Schreiben ohne Datum übersandte Petition von Arbeitern der Kaiserlichen Werft Kiel sende ich Ihnen beifolgend zurück, weil diese Art der Vorlage

von Gesuchen der Arbeiter der Marineverwaltung den Vorschriften des § 8 der Arbeitsordnung — in diesem Falle kommt § 8 Ziffer 2 Absatz 2 in Betracht —, widerspricht. Wenn die Werftarbeiter ein solches Gesuch vorzulegen beabsichtigen, so haben sie dasselbe durch den Arbeiterausschuß dem Oberwerftdirektor einzureichen.

In Vertretung: v. Ahlefeld.

Es ist spaßig, zu sehen, wie ängstlich die Marineverwaltung bestrebt ist, die Sache so hinzustellen, als seien die Gewerkschaften gänzlich ohne jeden Einfluß auf ihre Entschließungen. Noch deutlicher kommt dies in folgendem Schreiben zum Ausdruck, das dem Kollegen Garbe als Antwort auf eine durch ihn an einen Ressortdirektor gerichtete Eingabe zugegangen ist:

Kiel, den 7. Februar 1906.

Herrn Garbe, Hier.

In der Anlage sende ich Ihnen die Petition der Arbeiter pp. mit dem Bemerken zurück, daß ich bei Entgegennahme von Wünschen der Arbeiter des mir unterstellten Ressorts Ihrer Vermittlung nicht bedarf.

Herrklotsch
Korvetten-Kapitän und Torpedo-Direktor.

In beiden Fällen wurden die Petitionen auch mit zurückgesandt. Das Verfahren der Arbeiter der Kaiserlichen Werften ist verschiedenartig beurteilt worden. Man hat in dem Einreichen der „Petitionen" und der Behandlung der Personen, die damit zu tun gehabt haben, eine besondere Demütigung der Arbeiter erblickt, man hat geglaubt, es sei eines Arbeiters unwürdig, in solcher Weise vorzugehen. Daß diese Ansicht falsch ist, können wir am besten dadurch nachweisen, daß wir den Wortlaut eines Flugblattes abdrucken, das vor der Versammlung am 29. Januar unter den Arbeitern der Kaiserlichen Werft zu Kiel verbreitet worden ist. Es lautet:

„An die Arbeiter der Kaiserlichen Werft zu Kiel!

Kollegen! In der letzten Versammlung habt ihr eine Petitionskommission gewählt. Dieser wurde der Auftrag erteilt, eine Petition auszuarbeiten, in welcher eure Wünsche betreffs Verkürzung der Arbeitszeit sowie Teuerungszulage zum Ausdruck gebracht werden sollten. Die Kommission hat diesen euren Wunsch erfüllt und folgende Petition ausgearbeitet:

Petition:

Im Auftrag der Arbeiter der Kaiserlichen Werft zu Kiel erlauben die Unterzeichneten sich, dem Herrn Oberwerftdirektor und dem Reichsmarineamt nachfolgende Wünsche zu unterbreiten.

Der Werftverwaltung und dem Reichsmarineamt wird es bekannt sein, daß die Arbeiter in Kiel, infolge der hohen Lebensmittelpreise wie auch durch die hohen Mieten, bedeutend höhere Ausgaben haben. Diese nicht zu bestreitende Teuerung wird sich im Laufe des Jahres noch steigern. Schon jetzt versuchen die Hausbesitzer, wiederum die Mieten aufzuschlagen. Auch das Inkrafttreten des neuen Zolltarifs wird eine Steigerung der Ausgaben für Lebensmittel mit sich bringen.

Infolge dieser Tatsache bitten die Arbeiter um eine allgemeine Teuerungszulage. Die Petenten hoffen auf eine Erfüllung dieser Bitte, da der Herr Oberwerftdirektor in seinem Tagesbefehl vor dem Neujahrstag in freundlichen Worten sein Wohlwollen für die Arbeiter zum Ausdruck gebracht hat. Die Arbeiter sprechen für dieses angekündigte Wohlwollen ihren Dank aus.

Bei Vorbringung obiger Wünsche, betreffs Teuerungszulage, erlauben sich die Arbeiter, zu gleicher Zeit um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu bitten.

Die Arbeiterwohnungen werden immer mehr nach der Peripherie der Stadt verlegt. Im Innern der Stadt sind die Mieten derartig, daß die Arbeiter sie nicht zahlen können.

Damit es der Werftverwaltung erleichtert wird, die Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen, erlauben die Arbeiter sich, folgenden Vorschlag zu machen:

Die Arbeitszeit beträgt vom 1. April 1906 ab 9½ Stunden, vom 1. Januar 1907 ab 9 Stunden. Hinweisen möchten wir noch darauf, daß verschiedene Eisenbahnverwaltungen ebenfalls den Neunstundentag eingeführt haben.

Auch die hiesigen Bauhandwerker erhalten in diesem Jahre die neunstündige Arbeitszeit. Da wir unter denselben örtlichen Verhältnissen leiden, wie die letzteren, so glauben wir, daß unsere Bitte berechtigt ist.

Des weiteren bitten die Arbeiter, die Ergänzungswahl für den Arbeiterausschuß in Bälde vornehmen zu lassen.

Auch sprechen die Arbeiter den Wunsch aus, daß der Herr Oberwerftdirektor dafür Sorge trägt, daß für die Zukunft nur Arbeiter in den Arbeiterausschuß delegiert werden dürfen.

Hochachtungsvoll
J. A.: Dreher Suling, Maler Evers, Schmied Cors.

Kollegen! Die Kommission hatte weiter den Auftrag erhalten, die Petition dem Herrn Oberwerftdirektor zu übergeben. Auch diesen euren Auftrag haben die Kommissionsmitglieder versucht auszuführen. Der Herr Oberwerftdirektor hat der Kommission eine Audienz gewährt. Er hat die Petition aber nicht angenommen. Die Kommissionsmitglieder haben, weil die Wünsche der Arbeiter in schriftlicher Form nicht angenommen wurden, mündlich die Forderungen der Arbeiter vorgetragen. Über diese mündliche Verhandlung, wie sie zwischen dem Herrn Oberwerftdirektor und den Kommissionsmitgliedern stattgefunden hat, sollen die Kollegen am Dienstag Abend 6¼ Uhr im Kaisersaal Bericht erstatten.

Kollegen! Ihr habt die Kommission gewählt. Ihr habt den Kollegen ein großes Vertrauen entgegengebracht. Ihr müßt am Dienstag euer Urteil darüber abgeben, ob eure Kollegen dem Vertrauen, was ihr ihnen entgegengebracht habt, auch gemäß eurer Ansicht Rechnung getragen haben.

Kollegen! Ihr habt weiter zu entscheiden darüber, ob ihr mit dem, was der Herr Oberwerftdirektor gesagt hat, zufrieden seid, oder ob ihr gewillt seid, eine andere Taktik einzuschlagen. Wer sich als freier Arbeiter fühlt, der komme in die Versammlung. Wer der Ansicht ist, daß die Arbeiter der Kaiserlichen Werft das Recht haben, zu fordern, was man ihnen bisher in Form der Bitte verweigert hat, der komme und gebe seine Stimme ab.

Über dem Oberwerftdirektor steht das Reichsmarineamt und über diesem der Deutsche Reichstag.

Kollegen! Es ist eure Pflicht, daß ihr in Massen erscheint. Es ist eure Pflicht, daß ihr, soweit ihr noch nicht organisiert seid, jetzt der Organisation beitretet. Selbstlos haben die Organisationen die Kosten dieser Bewegung übernommen. Sie haben nicht gefragt: „Erhalten wir die Gelder, die für diese Bewegung ausgegeben werden müssen, wieder?" Die Vertreter der Organisationen sagen auch jetzt nicht: „Ersetzt uns diese Unkosten", sondern sie sagen euch nur: „Organisiert euch in eurem eigenen Interesse!" Organisiert euch, weil es notwendig ist! Denn nur als organisierte Macht wird man eurem Willen Rechnung tragen. Unorganisiert seid ihr wie alle anderen nichtorganisierten Arbeiter eine willenlose Masse. Wollt ihr euer Recht als freie Arbeiter, dann müßt ihr organisiert sein. Wollt ihr, daß der Arbeiterausschuß für die Zukunft eure Rechte vertreten soll, dann müßt ihr organisiert sein. Als organisierte Masse müßt ihr hinter ihm stehen. Dann, aber auch nur dann, können die Arbeiter, die in dieser Körperschaft sind, eure Interessen wahren. Arbeiter der Kaiserlichen Werft beherzigt diesen Appell! Demonstriert in Massen. Am Dienstag werden sämtliche Tische und Stühle aus dem Kaisersaal entfernt sein. Von den sechstausend auf der Werft beschäftigten Arbeitern müssen fünftausend nach dem Kaisersaal strömen. Eine schwarze Kette muß sich bilden von der Werft bis zum Lokal. Her mit dem Neunstundentag! Her mit der Teuerungszulage! Das muß die Parole sein, die auf aller Lippen schwebt. Wie ein rollender Donner muß der Ruf erschallen: Höherer Lohn, verkürzte Arbeitszeit!

Hoch die Bewegung der Arbeiter der Kaiserlichen Werft!"

Dieses Flugblatt ist ein für die Geschichte der Arbeiterbewegung wichtiges Dokument. Wir sehen daraus gleichzeitig, daß die ominöse Petition" weiter nichts ist, als eine der vorbereitenden Handlungen, die jeder durch eine Gewerkschaft geleiteten Lohnbewegung oder sonstigen Bewegung — auch in Privatbetrieben — vorausgehen. Die darin enthaltenen Höflichkeitsbezeugungen weichen auch nicht um Haaresbreite von denen ab, die im Geschäftsverkehr oder sonstwo unter Leuten üblich sind, die sich einander vollständig gleichberechtigt fühlen.

Wie wir bereits in voriger Nummer (Seite 51) mitteilen konnten, ist die Bewegung der Arbeiter auf den Kaiserlichen Werften in Kiel und Wilhelmshaven trotz der offiziell so sorgfältig vorgeschützten Nichtanerkennung der Gewerkschaften doch nicht ohne Erfolg gewesen. Die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit am 1. April ist gesichert. Sogar auch auf die Kaiserliche Werft zu Danzig wird sich dieser Fortschritt erstrecken. Die Kollegen in Danzig werden also eines Vorteils teilhaftig werden, zu dessen Erringung sie keinen Finger krumm gemacht haben, den sie nur dem energischen Vorgehen ihrer Kollegen in Kiel und Wilhelmshaven verdanken.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir eines lehrreichen Vorkommnisses aus früherer Zeit gedenken. Im Anfang der neunziger Jahre tagte einmal eine Versammlung von Arbeitern der Kieler Werft im Saale des Hotel Wilhelminenhöhe zu Gaarden, die sich mit Übelständen auf der Kaiserlichen Werft beschäftigte. Die Folge der Versammlung war aber nicht die Abschaffung der Übelstände, sondern die Maßregelung der Kollegen, die das Bureau gebildet hatten. Das konnte damals noch geschehen, weil die Gewerkschaften noch so schwach waren. Heute denkt man weder in Kiel noch in Wilhelmshaven an solche brutalen Maßnahmen, weil man weiß, daß hinter den eventuell zu maßregelnden Arbeitern ihre gewerkschaftliche Organisation steht. Drastischer hat sich wohl niemals die Wahrheit des Wortes gezeigt:

Vereinzelt seid ihr nichts, vereinigt alles!

Das sollten sich die Kollegen auf der Kaiserlichen Werft zu Danzig nun endlich auch einmal gesagt sein lassen. Wie man dort noch mit den Arbeitern herumspringt, zeigt folgender Vorfall: Für den 10. Februar war eine Versammlung der Arbeiter der Kaiserlichen Werft im Speisesaal geplant, wo die Arbeiter sich über die Einteilung der neunstündigen Arbeitszeit schlüssig werden sollte. Einige Mitglieder des sogenannten Arbeiterausschusses hielten es nun noch für notwendig, sich am 9. Februar an den Vorsitzenden des Arbeiteramtes, Kapitän Simon, zu wenden und diesen um die Erlaubnis zur Versammlung zu ersuchen. Dieser untersagte aber die Versammlung, und als ihm deshalb Vorstellungen gemacht worden sind, soll er noch die klassische Bemerkung gemacht haben: „Solche Dummheiten gibt es nicht!" Wenn wir schadenfroh sein wollten, könnten wir sagen, daß den Arbeitern der Kaiserlichen Werft zu Danzig ganz recht geschieht, wenn sie so schäbig, so wegwerfend, so verächtlich behandelt werden. Weshalb wollen sie auch ihre Versammlungen in einem Lokal abhalten, zu dessen Benützung es erst der Erlaubnis des Herrn Kapitän Simon bedarf? Sie mögen doch endlich einmal erwachen und einsehen, daß ihnen nur dann geholfen wird, wenn sie sich soweit ermannen, daß sie „solche Dummheiten" machen, wie Herr Kapitän Simon so schön sagt und mögen ihre Versammlungen in Lokalen abhalten, wo Kapitän Simon nichts zu befehlen hat! Dort mögen sie sich zusammenfinden und ihr gesetzliches Recht ausüben, über ihre Interessen zu beraten und zu deren Wahrnehmung Beschlüsse zu fassen. Sie mögen endlich einmal einsehen, daß es ihnen nichts nützt, sich mit Fusel oder — was ebenso schlimm ist — mit Mordspatriotismus zu berauschen, sondern daß es notwendig ist, selbst ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und zu zeigen, daß sie nicht mehr unterwürfige Lohnsklaven, sondern freie Männer sein wollen. Wenn statt der wenigen Gewerkschaftsmitglieder auf der Kaiserlichen Werft erst auch nur tausend organisiert sein werden, wird der Direktion schon die Lust vergehen, die organisierten Arbeiter zu maßregeln. Darum kann für die Arbeiter der Kaiserlichen Werft zu Danzig zunächst nur die Losung gelten: Hinein in die freien Gewerkschaften!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt daß mit Sonntag dem 25. Februar der **9. Wochenbeitrag** für die Zeit vom **25. Februar bis 3. März** 1906 fällig ist.

* * *

Nicht wieder aufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Einzelmitglieder in **Mußbach:**

Der Metalldrücker Wilhelm Mahle, geb. am 22. Januar 1881 zu Göppingen, Buch-Nr. 696198, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Neckarsulm:**

Der Schlosser Viktor Keller, geb. am 24. Februar 1870 zu Mülhausen i. Els., wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Velbert:**

Der Schleifer Emil Kollenberg, geb. am 20. Juli 1873 zu Velbert, Buch-Nr. 338305;

der Schleifer Karl Köllmann, geb. am 21. März 1875 zu Wülfrath, Buch-Nr. 713293;

der Schleifer Friedrich Werth, geb. am 13. Juni 1870 zu Neviges, Buch-Nr. 442262;

der Schlosser Robert Will, geb. am 22. November 1876 zu Barmen, Buch-Nr. 268598, sämtlich wegen Streikbruch.

* * *

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Einzelmitglieder in **Meißen:**

Der Hobler Johann Mudra.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Rathenow:**

der optische Arbeiter Wilhelm Eichrodt;

der optische Arbeiter Paul Krenzlin.

* * *

Gerügt wird:

Auf Antrag der Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle in **Berlin:**

Die Mitglieder W. Danneberg, E. Schröder, F. Krüger, W. Grusdat, R. Hauser, O. Jüngling, H. Landes, H. Lenz, E. Moritz, H. Schilk, sämtliche wegen allgemeiner Schädigung der Verbandsinteressen und weil sie sich als Mitglieder der Agitationskommission der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend beharrlich geweigert haben, den statutarisch begründeten Anordnungen der Ortsverwaltung Folge zu leisten.

Die gegen den Schlosser und Gastwirt K. Wiesenthal gleichfalls beantragte Rüge erübrigte sich, da dieser wegen eines anderen Vergehens aus dem Verband ausgeschlossen wurde.

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Kolmar:**

Der Elektromonteur Georg August Zier, geb. am 1. September 1878 zu Straßburg, Buch-Nr. 884471, wegen Logisschwindelei.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Mülheim a. Ruhr:**

Der Schlosser Hans Friede, geb. am 18. Dezember 1884 zu Hamburg, Buch-Nr. 894977, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

* * *

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16b** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von **Drahtziehern** nach Sinn bei Wetzlar (Neuhoffnungshütte) D.;

von **Drehern** nach Düsseldorf (Rhein. Metall- und Maschinenfabrik Ehrhardt) R.;

von **Drehern, Drückern, Gießern, Gürtlern, Polierern, Monteuren, Schleifern** und **Ziseleuren** nach Erfurt-Ilversgehofen (Lampenfabrik Töbelmann & Grimm) M.; nach Turg-Vogelsang, Kanton Argau, Schweiz (Firma Egloff & Cie.) D.; nach Zürich und Hochdorf, Schweiz (Firma Stranich) M.;

von **Formern, Eisengießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Elbing (Firma Kumnick, Maschinenfabrik) L.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Bügeleisenfabrik Waldbauer) Mi.; nach Osnabrück (H. W. Ortmann); nach Ronsdorf bei Remscheid (Firma W. Thöing) St.; nach Stettin; nach Tangermünde (Hermann Bensing & Co.) St.;

von **Fräsern, Stanzern** und **Revolverbankarbeitern** nach Triberg im bad. Schwarzw. (Firma Bühlers Nachf., Inh. Furtwängler) D.;

von **Graveuren** nach Stuttgart (Vereinszeichen und Prägeanstalt Schwerdt, Inh. W. Volk) D.;

von **Gürtlern, Drückern, Schleifern** und **Stanzern** nach Erfurt-Ilversgehofen (Lampenfabrik Töbelmann & Grimm) Mi.;

von **Blechklempnern** nach Berlin (Pietschenmann & Seeger) D.;

von **Klempnern, Blechemballagearbeitern** und **-Arbeiterinnen** nach Breslau (Gasmesserfabrik Pintsch) D.; nach Öhringen bei Heilbronn (Hohenlohsche Blechemballagefabrik Schütz) M.; nach Stuttgart (Gasmesserfabrik Braun & Co.) St.;

von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Aachen (Firma Deutsche Elektrizitätswerke A.-G. Garbe & Lahmeyer) v. St.; nach Baden, Schweiz (Brown, Boveri & Co.); nach Bautzen (Firma Butter); nach Basel, Schweiz St.; nach Bielefeld (Buxbaum) A.; nach Brandenburg a. H. (Firma Reichstein) A.; nach Brugg, Kanton Aarau, Schweiz (Maschinenfabrik Müller & Co.); nach Darmstadt (Eckert & Haßlinger) M.; nach Eberswalde (Radiatorenwerke) St.; nach Frauenfeld, Schweiz (Automobilfabrik Martini & Co.); nach Genf (Firma Platz); nach Kassel (Evers & Pistor, chirurg. Instrumentenfabrik) Str.; nach Olten, Schweiz (Automobilfabrik Wyß) St.; nach Peitzwalk bei Neu-Ruppin (Maschinenfabrik Ewald) D.; nach Rellinghausen bei Essen (Firma R. W. Dinnendahl, Aktiengesellschaft) M.; nach Rostock (Neptunwerft); nach Schwenningen (Reinhard & Maier, Maschinenfabrik) D.; nach Solingen; nach St. Blaise, Schweiz, (Automobilfabrik A.-G. vormals Martini & Co.); nach Töß bei Winterthur (Maschinenfabrik Rieter & Co.); nach Werdau D.;

von **Schlägereiarbeitern** nach Solingen St.;

von **Schlossern** nach Zürich (Firmen Kassen-Bauer, Kassen-Schwyzer, Schäppi-Schweizer und Pünter & Cie., Ofenfabrik);

von **Silberarbeitern** und **Ziseleuren** nach Hanau-Kesselstadt (Firma K. Kurz).

von **Ziseleuren** nach Stuttgart (Hasis & Hahn) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Former.

Norden. Unseren Kollegen ist aus einem in Nr. 5 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Rundschreiben Nr. 2 des Vereins deutscher Arbeitgeber-Verbände bekannt, daß nach Meinung der Unternehmer in Ostfriesland dort Differenzen auszubrechen drohen. Dieses gänzlich unbegründete Gerücht muß den Herrn Direktor Kohlschütter, den Leiter der Norder Eisenhütte, ganz gewaltig nervös gemacht haben, denn er hatte nichts eiligeres zu tun, als drei Former zu maßregeln. Er beabsichtigte damit, den Arbeitern gleich von vornherein den Mut zu rauben, überhaupt irgend welche Wünsche nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erheben. Und wahrlich, Berechtigung, solche Forderungen zu erheben, hätten die Arbeiter des Norder Eisenwerkes mehr als genug. Der größte Teil der Arbeiter, unter anderen gelernte Former, verdient noch nicht 2 Mk., sage und schreibe 2 Mk. pro Tag! Nur einige wenige, lange dort beschäftigte Kollegen sind imstande, einen Lohn bis zu 3 Mk. zu erzielen! Und das hier an der nordischen Wasserkante, in einer der rauhesten Gegenden Deutschlands, wo schon allein das Klima den Arbeiter zwingt, sich besonders gut zu nähren! Ist es da ein Wunder, wenn sich auch in dem Arbeiter der Wunsch nach einer kleinen, bescheidenen Aufbesserung des Lohnes regte, den er durch so schwere Arbeit verdienen muß? Noch waren die Arbeiter gar nicht einmal dazu gekommen, der Direktion irgend welche Wünsche zu unterbreiten, da hielt Herr Direktor Kohlschütter es schon für notwendig, seinem Amte als Vorsitzenden des Bezirksverbandes der Eisengießereien und Oberscharfmacher insofern Ehre zu machen, daß er gleich drei Former, die tatsächlich zu den ruhigsten Arbeitern gehören, die es gibt, brutal auf das Pflaster warf. So etwas ist noch nicht dagewesen! Natürlich waren die Arbeiter nicht gesonnen, einen solchen hinterlistigen Überfall ohne jeden Muck hinzunehmen. Die in der Norder Eisenhütte beschäftigten Former wendeten sich an ihren selbsterwählten Sachwalter, den Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollegen Gotthusen. Dieser versuchte nun, durch Vermittlung des Arbeiterausschusses dem Herrn Direktor ein Schreiben zu überreichen, worin er die Hoffnung aussprach, daß sich noch alles in Güte ordnen lassen werde und deswegen um eine Unterredung nachsuchte. Vergebens, das Schreiben wurde nicht angenommen. Darauf sandte Gotthusen von Leer aus einen eingeschriebenen Brief an den Herrn Direktor. Wiederum vergebens, die Annahme des Briefes wurde verweigert. Um nichts unversucht zu lassen, wendete Gotthusen sich an Herrn Bürgermeister König in Norden mit dem Ersuchen, in dieser Angelegenheit vermittelnd einzugreifen und die gewünschte Unterredung herbeizuführen. Der Herr Bürgermeister sagte bereitwilligst zu. Aber auch er war nicht imstande, die Halsstarrigkeit des Herrn Direktors zu mildern; dieser änderte nur insofern seinen anfänglich eingenommenen Standpunkt, daß er verlangte, die Arbeiter sollten persönlich ihm ihre Wünsche und Beschwerden vortragen. Dies geschah denn auch. Sämtliche Wünsche der Arbeiter wurden von der Direktion aber schroff abgelehnt. Wie bescheiden diese Wünsche waren, werden wir gleich sehen. Obendrein wurde noch angekündigt, daß noch einige weitere „Hetzer" unter den Arbeitern gekündigt werden sollten. Man wollte ein brutales Exempel statuieren. „Einige Arbeiter aufs Pflaster geworfen — dann werden die übrigen schon

kuschen", dachte Herr Direktor Kohlschütter. Dieses saubere Plänchen haben aber die Arbeiter durchkreuzt, indem sie beschlossen, sämtlich zu kündigen und nur unter den folgenden Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen: „Wiedereinstellung der Gemaßregelten. Für Schlosser, Dreher, Former, Maschinenformer, Schleifer, Emaillierer, Schmiede und Kernmacher wird ein Einstellungslohn von 30 Pf. pro Stunde, für Gesellen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit ein Lohn von 25 Pf. pro Stunde gefordert. Die Arbeiter, die bei Abschluß dieses Vertrags den genannten Stundenlohn schon beziehen, erhalten 5 Pf. pro Stunde Zuschlag. Für angelernte Arbeiter und Hilfsarbeiter wird ein Stundenlohn von 27½ Pf. gefordert. Den angelernten Arbeitern und Hilfsarbeitern, die bei Abschluß dieses Vertrags diesen Lohn schon erhalten, wird ein Zuschlag von 5 Pf. gewährt. Für Überstunden wird 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit wird 50 Prozent Lohnzuschlag vergütet. Die Nachtarbeit beginnt 8 Uhr abends. Bei Akkordarbeiten wird der Stundenlohn garantiert. Bei doppelt geleisteter Arbeit an einem und demselben Gegenstand muß der Stundenlohn garantiert werden. (Bei den Schlossern, wenn beim Emaillieren der Öfen Nacharbeiten erforderlich sind. Bei den Schleifern, wenn die Öfen durch Lagern oder sonstige Zufälle, die nicht durch die Schuld der Schleifer entstanden sind, verrosten und dann vor der Absendung nochmals geschliffen werden müssen.) Ferner müssen mehr Hilfsarbeiter eingestellt werden, die den Akkordarbeitern stets zur Verfügung stehen müssen. Bei Ausgabe der Arbeiten muß auf dem Bestellzettel der Akkordpreis des Gegenstandes vermerkt sein. Bei Kesselreinigen und sonstigen Schmutzarbeiten wird ein Lohnzuschlag von 50 Prozent gefordert. Es wird dann noch gefordert: Bessere Ventilation, genießbares Trinkwasser, zugdichte Fenster, Verbesserung der Wascheinrichtungen und Heizung der Gießerei. Alle aus diesem Vertrag entstehenden Streitigkeiten werden durch Vertreter der Firma und den Arbeiterausschuß geschlichtet." Ist es nicht eine Schande, daß erst eine solche Bewegung notwendig ist, um so bescheidene Forderungen durchzusetzen? 98 Kollegen haben ordnungsgemäß gekündigt und nach Ablauf der Kündigungszeit ihre Entlassung genommen. Herr Direktor Kohlschütter hat den Kampf gewollt, er hat sich jeder vernünftigen, humanen Regung unzugänglich erwiesen, also hat niemand Ursache, sich über das Vorgehen der Arbeiter zu entrüsten. Die Kollegen der Norder Eisenhütte werden den Kampf so lange führen, wie er notwendig erscheint.

Pinneberg. Zwischen der Firma Brinkmann & Quasdorff und ihren Formern ist folgender Tarifvertrag abgeschlossen worden: § 1. Die Arbeitszeit (10 Stunden) wird laut Arbeitsordnung innegehalten. Überstunden, Sonntagsarbeiten sowie Nachtarbeit sind möglichst zu vermeiden; müssen dieselben aber geleistet werden, so sind die Überstunden mit 25 Prozent, die Sonntags- sowie Nachtarbeit mit 50 Prozent Lohnzuschlag zu vergüten. Die Former haben danach zu streben, daß Überstunden nicht erforderlich werden. § 2. Der Mindestlohn für Former beträgt 40 Pf. pro Stunde. Gesellen im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit erhalten 35 Pf. pro Stunde. § 3. Bei Akkordarbeiten wird der mit den betreffenden Formern vereinbarte Lohn garantiert, dergestalt, daß nach Prüfung des Arbeiterausschusses bei den erhaltenen Arbeiten der vorhin gesagte Lohn verdient werden kann. § 4. Der Preis der Akkordarbeiten wird vor Beginn (Inangriffnahme) der Arbeit dem betreffenden Former mitgeteilt und ihm ein Akkordzettel darüber ausgehändigt. Die Akkordsätze der gangbarsten Gußstücke werden in der Gießerei ausgehängt. Gußstücke, deren Beschaffenheit eine Kalkulation vorher unmöglich machen, werden, nach Vereinbarung zwischen der Gießereileitung und dem Former, das erstemal in Lohn hergestellt. § 5. Abzüge für Ausschuß sind nur zulässig, wenn derselbe durch grobes Selbstverschulden des betreffenden Formers (oberflächliche Herstellung der Form, Einlegen des Kerns, mangelhafte Luftabführung der Kerne, mangelhaftes Verschmieren der Formkästen, insbesondere zwischen den Lappen hinter den Stiften, durch nicht ausreichende Beschwerung u. s. w.) entstanden ist. Die Beschwerung wird durch Anschlag bekannt gemacht. Es wird dem Former sofort nach Feststellung des Fehlers Kenntnis und Gelegenheit gegeben, denselben zu besichtigen. Bei Meinungsverschiedenheit zwischen der Gießereileitung und dem Former über Ausschußstücke entscheidet eine Kommission, welche aus Vertretern der Firma und Vertretern der Former zusammengesetzt wird. Es können auch besondere Gutachter hinzugezogen werden. Jeder Former ist verpflichtet, den Anordnungen der Gießereileitung Folge zu leisten, und wenn er über eine Arbeit im Unklaren ist, sich von derselben Rat zu holen. § 6. Material und Hilfswerkzeuge werden genügend zur Verfügung gestellt, und sind etwaige Beschwerden sofort durch den Arbeiterausschuß der Firma vorzutragen. Die Former verpflichten sich, ihren Platz und ihre Werkzeuge in bester Ordnung zu halten sowie täglich die Bierflaschen von ihren Plätzen zu entfernen, damit bei etwaigem Zerschlagen durch die Splitter derselben keine Unfälle passieren können. Wo es nicht geschieht, läßt die Gießereileitung das Versäumte auf Kosten des Betreffenden von einem Dritten nachholen. § 7. Trinkwasser wird in reichlicher, der Gesundheit entsprechender Weise zur Verfügung gestellt. § 8. Die hygienischen Verhältnisse werden derartig geregelt, daß sie die sanitären Ansprüche der Former befriedigen. § 9. Das Arbeitsverhältnis zwischen der Firma und den Formern kann gegenseitig nur nach dem Ausleeren direkt gelöst werden. Beim Abgang ist jeder Former verpflichtet, sein ihm überliefertes Werkzeug in gutem und reinlichem Zustand abzuliefern, fehlendes oder durch Schuld des Betreffenden verdorbenes Werkzeug ist zu ersetzen. § 10. Dieser Tarif tritt am 15. Februar 1906 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 15. Februar 1907. Die Kündigungsfrist beträgt beiderseits drei Monate, erfolgt keine Kündigung, so läuft derselbe um ein Jahr weiter. Anmerkung: Der Absatz 2 des § 3 der Arbeitsordnung wird für die Former außer Kraft gesetzt.

Ronsdorf. Seit 27. Januar befinden sich die Former der Firma Thöing im Streik. Die Ursachen sind folgende: Bei der Firma bestand überhaupt keine geregelte Arbeitszeit, Mittagspausen waren sehr selten. An den Gießtagen war vor 9 Uhr kein Feierabend; oft wurde sogar bis 10 und 11 Uhr gegossen. Zu diesem Überstundenwesen nahmen wir im Juni vorigen Jahres schon Stellung. Einer Kommission erklärte Thöing, die Überstunden nach Möglichkeit einzuschränken, wenn jedoch welche gemacht würden, auch diese ohne jeden Zuschlag zu bezahlen. Die Kollegen gaben sich damit vorläufig zufrieden, zumal die Organisation in dem Betrieb noch jung war. Nach Verlauf eines Monats sahen wir uns genötigt, wegen Überhandnahme der Überstunden wieder vorstellig zu werden. Als gar keine Abhilfe geschaffen wurde und Herr Thöing sogar das Waschen verbieten wollte, faßten die Kollegen in einer Sektionsbesprechung am 10. Januar in Gegenwart des Geschäftsführers den Beschluß, am 15. Januar vorstellig zu werden und für die Überstunden 25 Prozent Zuschlag zu fordern. In dieser Besprechung war auch ein schon in Kündigung stehender Kollege anwesend, der alles der Firma hinterbrachte. Die Folge war, daß am 15. Januar, bevor die Kommission vorstellig wurde, zwei Mann „wegen Arbeitsmangel" die Kündigung erhielten. Einem dritten (Kommissionsmitglied) wurde von der Frau Thöing, die hauptsächlich die Buchführung besorgt, erklärt, daß sie sich in ihm schwer getäuscht habe, sie hätte ihn immer für einen christlichen Mann angesehen. Des weiteren wurde noch mit dem Staatsanwalt gedroht, wenn sie wüßte, daß er (der Kernmacher) schuld daran wäre, daß der Former Hünting (Liebling der Firma) ein Stück [illegible] als Schrot gegossen hätte. Kurz darauf bekam auch der Kernmacher die Kündigung. Die Kollegen sahen dies als Maßregelung an und reichten, nachdem alle Verhandlungen nichts nützten, mit Ausnahme des Formers Hünting die Kündigung ein. Dieser Hünting, der jeden Tag bisher zwei Überstunden macht wie eine, wird den Kollegen aus dem Wuppertal bekannt sein. Alle angebahnten Einigungsverhandlungen sind bis jetzt gescheitert. Vor dem Gewerbegericht, das die Streikenden als Einigungsamt angerufen hatten, erklärte Herr Thöing, keinen der Gemaßregelten wieder einzustellen und die 25 Prozent für Überstunden vorläufig noch nicht zu bezahlen. Im Betrieb arbeiten zurzeit noch ein Former und vier Hilfsarbeiter, außerdem wird an Gießtagen ein Monteur unseres Engels zur Aushilfe hinzugezogen. Wir ersuchen deshalb die Kollegen allerorts, den Zuzug nach Ronsdorf fernzuhalten, dann wird Herr Thöing auch nicht umhin können, die bescheidenen Forderungen zu bewilligen.

Metallarbeiter.

Augsburg. An alle Metallarbeiter Deutschlands. Es ist überall bekannt, daß die hiesige große Maschinenfabrik einen Arbeitswilligenverein gegründet hat, um die Arbeiterorganisation zu vernichten. Diese Liga setzt nun auch ihr ganzes Wissen ein, um in möglichst unschöner Weise zu operieren. Die Maschinenfabrik Augsburg hat aber einen sehr ausgedehnten Kundenkreis und Arbeiter dieser Firma sind fast überall anzutreffen. Um nun den Kollegen allerorts den Umgang mit solchen Elementen zu erleichtern, geben wir bekannt, daß unsere Mitglieder, die auswärts arbeiten müssen, **Kontrollkarten führen.** Den Mitgliedern der Liga fehlt selbstverständlich jeder derartige Ausweis. Es dürfte sonach bei Zusammentreffen mit Augsburger Metallarbeitern nicht schwer sein, den Mann richtig zu erkennen und ihm die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Unsern Kollegen wird somit über viele unliebe Dinge hinweggeholfen werden.

Dresden. Achtung, Metalldreher und Kesselschmiede! Die Eisenbahnwerkstätten Dresden-Friedrichstadt suchen Metalldreher und Kesselschmiede. Es finden hier fortgesetzt Lohnverschlechterungen statt. Da die Betroffenen sich dies nicht ruhig gefallen lassen und sich zur Wehr setzen, versucht die Werkstättenverwaltung durch Einschaltung neuer Arbeitskräfte ihr Ziel zu erreichen. Deshalb, Metalldreher und Kesselschmiede, Vorsicht bei Annahme von Arbeit daselbst.

Erbach. In Michelstadt sind bei der Firma Gebrüder Reuboldt (Drahtzieherei und Eisengießerei) drei Former, die unserem Verband angehören, wegen Lohndifferenzen ausgesperrt worden. Es ist ein neuer Techniker eingetreten, der auch etwas leisten will, deshalb hat er eine neue Akkordliste eingeführt, auf die die Kollegen nicht eingehen konnten, da man danach bei der größten Anstrengung nur einen niedrigen Verdienst erreichen kann. Da man unsere Organisation im Keim ersticken will, so ist Zuzug strengstens fernzuhalten.

Gevelsberg. Eintausend Mitglieder hat die hiesige Verwaltungsstelle im Laufe des Januar erreicht. Es ist dies eine große Zahl, wenn man um einige Jahre zurückdenkt, wo kaum hundert Metallarbeiter dem Verband angehörten, aber eine noch kleine Zahl, wenn man sich vergegenwärtigt, daß zum Bezirk der Verwaltungsstelle gegen siebentausend Metallarbeiter gehören. Stolz können alle Kollegen sein, die mitgeholfen haben, das erste Tausend zu erreichen, aber es ist keine Zeit da, sich auszuruhen, wie schon einige denken, denn noch sind gegen sechstausend Metallarbeiter zu organisieren. Viele, sehr viele unserer Kollegen können nicht von sich sagen, sie hätten mitgeholfen, das erste Tausend zu erreichen. Sie haben abseits von der Arbeit gestanden und haben zugesehen, wie andere Kollegen sich aufopferten für die Organisation. Für diese Kollegen ist es nun bald Zeit, aus ihrer Defensive hervorzutreten und mitzuarbeiten, damit das zweite Tausend recht bald erreicht wird. In einer Organisation darf es keinen Stillstand geben, denn Stillstand bedeutet Rückschritt. Kollegen, es ist noch viel Arbeit zu tun, um unsere Organisation auf die Höhe zu bringen, auf der sie stehen müßte. Was uns die Zukunft bringt, wissen wir nicht. Allem Anschein nach bringt sie uns Kämpfe, wie sie im Ennepetale noch nicht gesehen worden sind. Die hiesigen Unternehmer sind nicht anders wie die Unternehmer in anderen Orten; sie geben nichts freiwillig, der Arbeiter ist gezwungen, sich alles zu erkämpfen. Die minimalsten Forderungen lehnt man ab mit der Begründung, man könnte nicht konkurrieren, und dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß die hiesigen Arbeiter zum übergroßen Teil billiger arbeiten als die Arbeiter in anderen Industriestädten. Wie die Unternehmer es verstehen, höhere Preise zu bekommen, mag als Beispiel die Firma Kreft beweisen. Anfangs Januar sandte sie ein Zirkular an ihre Verkäufer, in welchem sie darauf aufmerksam machte, daß alle Preise auf Öfen und Gasherde um fünf Prozent erhöht wären wegen der fortwährend steigenden Preise auf die Rohmaterialien. Acht Tage später kam schon wieder ein Zirkular, worin mitgeteilt wurde, daß auch die Preise für gewöhnliche Herde um fünf Prozent erhöht wären aus denselben Gründen. Arbeiter, merkt ihr, mit welcher geringer Mühe der Unternehmer eine fünfprozentige Preiserhöhung durchdrückt, und wie ist es bei euch? Sind nicht sämtliche Lebensmittel, alle Wohnungen in letzter Zeit bedeutend im Preise gestiegen, habt auch ihr nicht gerne eine fünfprozentige Lohnerhöhung. Versucht es auch einmal mittels eines solchen Zirkulars. Die Antwort wird sein: „Die Verkaufspreise sind durch die starke Konkurrenz derartig gefallen, daß wir uns sogar mit dem Gedanken tragen, noch etwas abzuziehen." Habt ihr nicht in hundert Fällen schon eine ähnliche Antwort bekommen? Überall, wo wir jetzt fast hinsehen, da verlangen die Arbeiter durch die furchtbar im Preise gestiegenen Lebensmittel Lohnzulagen, nur hier hört man von derartigem nichts und dieses deshalb, weil uns noch eine zu große Zahl unorganisierter Arbeiter gegenüberstehen. Kollegen, schon bilden wir eine Macht, aber diese Macht reicht noch lange nicht aus, um die Verhältnisse so zu gestalten, wie sie eigentlich sein sollten. An euch liegt es nun, diese Macht zu erringen. Es bedarf einer energischen, unermüdeten Agitation, um dieses Werk zu vollführen. Nicht die Agitation einzelner, sondern die Agitation aller muß da einsetzen, denn einzeln sind wir nichts, aber vereint alles! Dieses Wort trifft auch in erhöhtem Maße auf die Agitation zu: wenn alle Kräfte zusammengezogen werden, so arbeitet es sich noch einmal so leicht. Es sei hier an dieser Stelle auch darauf aufmerksam gemacht, daß ein Teil unserer Kollegen glaubt, jetzt, da sie schon eine ziemliche Stärke in mancher Bude repräsentieren, könnten sie machen, was sie wollten: sie könnten vorgehen, ohne die Organisation gefragt zu haben! Es ist dieses in letzter Zeit schon einige Male vorgekommen und haben die Kollegen der Organisation dadurch mehr geschadet als genützt. Dieses sogenannte wilde Vorgehen mißkreditiert eine Organisation sehr stark und es wäre zu wünschen, wenn unsere Kollegen in Zukunft bei ähnlichen Fällen sich das Statut einmal etwas näher ansehen würden. In einer Arbeiterorganisation muß Disziplin herrschen, und je größer sie wird, desto mehr Disziplin! — Unsere Mitglieder setzen sich folgendermaßen zusammen: 460 Former und Gießereiarbeiter, 128 Schlosser, 15 Dreher, 40 Schmiede, 96 Schleifer, 24 Packer, 9 Feilenhauer, 4 Klempner, 3 Heizer, 220 sonstige Metallarbeiter und 5 gewesene Metallarbeiter. Von diesen gehörten schon vor dem Jahre 1898 dem Verband an 9, seit dem Jahre 1899 5, 1900 24, 1901 80, 1902 61, 1903 116, 1904 225, 1905 420 und 1906 66 Kollegen. Diese Statistik beweist, daß in den letzten Jahren die Organisation bedeutend an Mitglieder zugenommen hat und bei tüchtigen Arbeiten kann sie in der Zukunft noch viel größere Fortschritte machen. Deshalb, Kollegen von Gevelsberg und Umgegend, angesichts dieser Zahlen muß euer Schlachtruf sein, alle Mann auf die Schanzen! Ein Feigling, wer noch länger mit verschränkten Armen beiseite steht! Es gilt großes zu vollbringen, euch zum Nutzen und den Gegnern zum Trutze!

Mannheim. Wie in der Anilinfabrik in Ludwigshafen, so hatte es bis vor kurzem auch den Anschein in der Zellstoffabrik Waldhof, daß an eine Lohnbewegung der Arbeiter dort niemals zu denken sei. Nun sind auch die Proletarier dieses mit so gewaltigen Dividenden und so schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen wirtschaftenden Großbetriebs aufgewacht. Die Not der Zeit, die tagtäglich sich steigenden Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse, lehrten die Arbeiter zwar nicht beten, aber denken. Sie sahen ein, daß es auch für sie nur ein Mittel gibt, das traurige Los des Proletariats zu verbessern, den Eintritt in die Organisation, in die freien Gewerkschaften. Fieberhaft wurde deshalb schon seit Wochen agitiert; Versammlungen der einzelnen Abteilungen wurden abgehalten, in denen über die an die Direktion einzureichenden Forderungen beraten wurde. Die Metallarbeiter der Zentralwerkstätte übersandten am 14. Februar der Direktion nachfolgendes Schreiben: „Mehrere Versammlungen der Arbeiterschaft der Zentralwerkstätte des obigen Werkes beschäftigten sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Da die zurzeit bestehenden Löhne den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechen, wurden nachstehende Forderungen aufgestellt und eine Kommission gewählt, um mit der Direktion über dieselben in Verhandlung zu treten. Unsere Forderungen lauten: 1. Eine Lohnerhöhung von 20 Prozent. Als Grundlage zur Berechnung ist der Verdienst des Monats Januar zu nehmen. 2. Unter 32 Pf. pro Stunde dürfen in der Zentralwerkstätte zukünftig keine Arbeiter mehr entlohnt werden. 3. Überstunden sollen mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag entschädigt werden. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr. 4. Für das Arbeiten an Festtagen, wie Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten sind 100 Prozent Zuschlag zu zahlen. 5. Für Reparaturarbeiten im Chlorhaus, Laugenhaus, Sulfit, Zellstoff- und Papiermaschinen ist außerdem eine Erhöhung von 25 Prozent zu gewähren. 6. Zur Sonntagsarbeit sollen die Arbeiter zukünftig nur noch einen über den andern Sonntag herangezogen werden. 7. Einsetzung eines ständigen Arbeiterausschusses. 8. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung dürfen nicht stattfinden. Vorstehende Forderungen dürften als vollauf gerechtfertigt erscheinen. Die verehrliche Direktion wird deshalb ersucht, für die Verhandlungen einen Zeitpunkt festzusetzen." — Diese Bewegung hatte von Anfang an gleich einen beträchtlichen Erfolg. Am 7. Februar wurde in der Fabrik angeschlagen, daß von jetzt an eine allgemeine Lohnaufbesserung von 10 Prozent eintrete. Durch diesen Beschwichtigungsversuch ließen sich die Arbeiter jedoch nicht einlullen, sondern werden ihre jetzt eingereichten Forderungen mit allem Nachdruck vertreten.

Mühlhausen i. Th. In der hiesigen Fahrrad-, Strick- und Nähmaschinenfabrik von Claes & Flentje werden fortwährend Abzüge am Taglohn und an den Akkordpreisen gemacht. Wenn sich ein Arbeiter beschwert, dann setzt Herr Claes die freundlichste Miene auf und spricht: „Ja, Sie müssen doch bedenken, daß bei der jetzigen Geschäftskonjunktur, dem fortwährenden Steigen der Rohprodukte und der sich immer mehr aufdrängenden Konkurrenz tatsächlich kein Pfennig für mich übrig bleibt und es kaum möglich ist, den Betrieb aufrecht zu erhalten." Herr Claes kann mit solchen Redensarten nur unwissende Arbeiter ködern, wir aber wissen, daß die Sache anders liegt. Denn der Betrieb hat sich in 37 Jahren so entwickelt, daß die Zahl der Beschäftigten von zwei Gesellen auf zirka 800 Arbeiter gestiegen ist. Die Firma besitzt auch ein kolossales Vermögen, das doch in der Hauptsache dem Fleiße der Arbeiter zu verdanken ist. Herr Claes glaubt, wenn er einem Arbeiter, der 25 Jahre bei ihm arbeitet, beglückwünscht und ihm einige Goldstücke in die Hand drückt, wunder was getan zu haben. Aber an die Beseitigung der Mißstände in seinem Betrieb denkt er nicht. Die Schleiferei ist ohne Ventilation, Schmutz und Staub gibt es mehr als genug, weil kein Abzug vorhanden ist. Die Schleifsteine werden sogar während der Arbeitszeit abgedreht. Die Heizung ist ungenügend, erst gegen Mittag fängt es an, etwas warm zu werden. Die Folgen dieser Mißstände sind Erkältungen und Lungenkrankheiten. Mußten doch im vorigen Jahre 13 Kollegen auf Anordnung des Arztes der Lungenheilanstalt überwiesen werden. Herr Claes ist auch im Vorstand des Vereins zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht. Möge er damit zunächst bei seinem eigenen Betrieb anfangen! Die Gewerbeinspektion sollte aber auch nach dem Rechten sehen und nicht dulden, daß der alte Schlendrian fortbestehen kann. Herr Claes glänzt doch sonst überall. Kaum hat er 10000 Mk. für die Kochschule gegeben, gibt er schon wieder für etwas, für die Kirche oder für „patriotische" Zwecke. Er ist auch Stadtverordneter. Da passierte es ihm einmal, als er für eine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter eintrat, daß ihn ein sozialdemokratischer Kollege auch ermahnte, die Löhne seiner eigenen Arbeiter zu erhöhen, da diese teilweise niedriger seien als die der städtischen Arbeiter. Herr Claes erwiderte darauf nur, daß „seine" Arbeiter mit ihren Löhnen zufrieden seien. — Im Betrieb gibt es auch traurige Subjekte von Arbeitern, die der Akkordpreisreduktion Vorschub leisten. Dann gibt es eine Handvoll „Christlicher" mit ihrem Oberhäuptling Höppenstein. Wes Geistes Kind dieser „Christliche" ist, dafür ist folgender Vorfall Beweis: Ein Fräser brachte irrtümlicherweise das Fundament einer Nähmaschine im Gewicht von 16 Pfund an den Platz des Höppenstein. Als der Irrtum sich herausstellte, wollte der Vorarbeiter Heinemann das Stück durch einen Lehrling holen lassen. Statt es aber auszuhändigen, maulschellierte Höppenstein den Lehrling. Und als dann der Vorarbeiter das Stück selbst holen wollte, schlug er ihn so auf den vor den Kopf gehaltenen Arm, daß dieser brach. Es gehen Wochen hin, bis Heinemann wieder arbeitsfähig ist. Diese Angelegenheit wurde vom Kontor aus untersucht und Höppenstein entlassen. Das war am Sonnabend. Höppenstein begab sich zum Gewerbeinspektor und zum Diakonus Palme, und als der Gewerbeinspektor mit ihm wieder im Kontor gewesen war, wurde Höppenstein wieder eingestellt! Stellt man dieser Tatsache die Maßregelung einiger unserer Kollegen gegenüber, so kann man sich das Urteil bilden. — Kollegen in Mühlhausen, angesichts dieser Zustände appellieren wir an euch: Agitiert ohne Unterlaß für unsere Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Nur durch ihn ist es möglich, zu besseren Arbeitsverhältnissen zu gelangen.

Solingen. Die Aussperrung der Schlägereiarbeiter im Kreise Solingen dauert fort. 22 Wochen liegen die Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband auf dem Pflaster, ohne daß sie gewillt sind, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten. Die Unternehmer haben alles versucht, den Kampf zum Scheitern zu bringen. Bisher vergeblich. Inzwischen ist in der weiteren Verarbeitung der Solinger Stahlwaren ebenfalls ein Stillstand eingetreten, so daß die davon betroffenen Arbeiter schwer darunter zu leiden haben. Diesen Umstand, der die Arbeiter um so schärfer trifft, als sie in ihrer lokalen Organisationsform auf längere Arbeitslosigkeit nicht gerechnet haben, hat das Unternehmertum ausgeschlachtet und versucht, die lokalen Vereine gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband auszuspielen. Eine Organisation ist infolge der Kurzsichtigkeit ihrer Führer leider darauf eingegangen. Eine von den Unternehmern tendenziös zugespitzte Statistik wurde durch den Vorstand des Messerschleifervereins der bürgerlichen Presse zur Veröffentlichung übergeben und darin die Schläger aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen, da, wie die Zahlen der Arbeitswilligen nachwiesen, der Kampf nur noch ein Verzweiflungskampf sei und ein Erfolg nicht mehr herbeigeführt werden könne. In zwei großen Volksversammlungen nahmen die Metallarbeiter dazu Stellung und erklärten in einer Resolution: „Die heutige öffentliche Volksversammlung erklärt nach Kenntnisnahme von der Mitarbeit des Vorstandes des Messerschleifervereins an den bürgerlichen Blättern, diese Handlungsweise als so schofel und für die organisierten Arbeiter so unwürdig, daß der gesamten organisierten Arbeiterschaft des In- und Auslandes mitgeteilt werden soll, welche Rolle die Führer der Messerschleifer in Solingen spielen. Die Versammlung erklärt, unberührt von diesen Machinationen im Kampfe auszuharren, bis eine vernünftige Verständigung mit den Unternehmern herbeigeführt wird." Im Anschluß hieran ist noch ein neues Ereignis an den Haaren herbeigezogen worden. Ebenfalls in einem in bürgerlichen Blättern veröffentlichten Inserat ist derselbe Vorstand dazu übergegangen, ein Schreiben des Gießereibesitzers Nippes zu veröffentlichen, wonach der Geschäftsleiter am Platze, Sendler, Provision verlangt haben soll für seine Vermittlung von Arbeit nach Velbert während des dortigen Kampfes. Unter Zeugen ist indessen festgestellt, daß in keiner Art und Weise etwas Unehrenhaftes von Sendlers zutage getreten ist. **Sendler hat weder Provision genommen, noch im Ernst gefordert.** Die Arbeit für Velbert war für Firmen bestimmt, die sich an der Aussperrung dort nicht beteiligt hatten und durch den Mangel an Guß fast gezwungen waren, ebenfalls Arbeiter zu entlassen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch bei Nippes angefragt, der jedoch die Lieferung nicht übernahm. Wenn Nippes behauptet, Sendler habe ihm den Preis drücken wollen, so steht dem entgegen, daß die Velberter Firmen nicht nur die Preise angaben, sondern daß die Firma Darmann in Wald zur selben Zeit für Velbert lieferte und auch pro Kilo nicht mehr als 45 Pf. forderte, trotzdem bis dahin die Arbeiter bei Darmann mehr verdienten als bei der vielberühmten Firma Nippes, die zu gewissen Zeiten überhaupt von den Arbeitern gemieden wird. Da die Gewerkschaftsgegner sich der Sache bereits bemächtigt haben, um Kapital daraus zu schlagen, so werden die organisierten Arbeiter ersucht, hiervon Notiz zu nehmen. Im übrigen wird ersucht, jedem Arbeitsgesuch nach Solingen entgegen zu wirken.

Die Gauleitung des 7. Bezirkes:
Karl Spiegel. Rudolf Walbrecht.

Mechaniker.

Rathenow. Die Firma E. Busch sucht gegenwärtig tüchtige Feinmechaniker, die in der Justierung von Prismenfernrohren geübt sind. Etwaige Reflektanten werden gebeten, sich bei solchen Angeboten erst bei der Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu erkundigen. Die betreffende Abteilung ist besetzt und es sind darin im November vorigen Jahres und im vorigen Monat kleinere Abzüge erfolgt. Die Arbeiter sind gut organisiert und man plant wahrscheinlich denen den Stuhl vor die Türe zu setzen, die sich weitere Abzüge nicht gefallen lassen wollen. Durch den Hinweis auf die vielen Offerten wird dann der Arbeiter zum willenlosen Ausbeutungsobjekt zu machen gesucht. Sonst wurden die Arbeiter von den Meistern bis zur äußersten Anstrengung angespornt, es fielen die Worte, daß Mechaniker einen Mindestverdienst von 36 Mk. haben müßten. Nun, wo die Konjunktur abzuflauen beginnt, sich auf dem Lager Vorrat anhäuft, werden in gewissen Zeiträumen kleinere Abzüge gemacht. Bei den Justierern ist ein solcher von 30 Pf. pro Stück erfolgt, letzthin wieder 20 Pf.; bei den Rohmontierern wurden 5 Pf. abgezogen, was durchwegs einen Verdienstausfall von 4 Mk. die Woche ausmacht. Beträgt der Verdienst in einzelnen Kategorien auch die Woche bis zu 50 Mk. und darüber, so muß doch der größere Teil der Arbeiter mit weit geringerem Verdienst fürlieb nehmen. Es werden auch Verdienste erzielt, die der Firma keine Ehre machen. Ein Mechaniker, der seine Arbeit nicht sauber genug ausführte und sie nacharbeiten mußte, bekam am Lohntag ganze 14 Pf. ausbezahlt. Ein anderer erzielte auf einem alten Akkord bei größter Anstrengung einen Wochenverdienst von 9 Mk., ein verheirateter Mechaniker 8,50 Mk., auf seine Reklamation hin sagte der Meister: „Es tut mir leid, helfe er sich, kleine Maus.“ Ein Graveur verdiente in dreieinhalb Tagen 4,25 Mk. Hilfsarbeiter verdienen 12, 13, höchstens 17 Mk. die Woche. Auf Vorstelligwerden eines Arbeiters erhielt derselbe die Antwort: „Sie sind doch nicht hierhergekommen, um goldene Berge zu holen!“ Hofarbeiter haben es nach jahrelanger Tätigkeit nicht über 15 Mk. Wochenlohn gebracht. Geklagt wird auch über rigorose Verhängung von Strafen. Ein Mechaniker zerbrach eine Stellschraube, wofür er mit 1 Mk. Strafe bedacht wurde. Auf Reklamation bei dem Direktor erhielt er zur Antwort, es sei keine Strafe, sondern nur eine Verwarnung für das nächste Mal. Ein anderer bekam wegen Bruches einer Balance 1 Mk. Strafe, trotzdem die Stelle porös war und einen alten Bruch hatte. Diese Liste kann verlängert werden. Auch die Umgangsformen der Meister mit den Arbeitern lassen zu wünschen übrig. Bei Arbeitsmangel wird den Arbeitern empfohlen: „Sie können jetzt mal vierzehn Tage verreisen.“ Einem invaliden Arbeiter wurde mit Entlassung bedroht, falls er fernerhin dem Verband angehört. Auf die Mahnung bezüglich Anbringung eines Ventilators in der Beizerei, um den gesundheitsschädlichen Dämpfen Abzug zu gewähren, bekam ein Arbeiter die klassische Antwort: „Sie wollen doch wohl nicht 200 Jahre alt werden.“ Von den Optikern werden auch Klagen laut. Bei den Fernrohrlinsenzentrierern ist letzthin ein Abzug erfolgt. Der Meister dieser Abteilung, dem sonst nichts nachgesagt werden konnte, scheint seinen Kollegen der mechanischen Werkstätten nachahmen zu wollen. Einen beschwerdeführenden Optiker bedrohte er mit Versetzung in die zweite Reihe, auf den Aussterbeetat bei dem Bruch. — Diese Zeilen mögen vorerst genügen. Die Arbeiter der Firma Busch täten gut, sich etwas mehr um ihre Organisation zu kümmern, dann wird ihnen so etwas auch nicht geboten werden.

Schlosser.

Kiel. Die Lohnbewegung der Bauschlosser hat mit dem Abschluß des folgenden kollektiven Arbeitsvertrags geendet: § 1. Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden. Sie beginnt um 6½ Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends mit halbstündiger Frühstücks- und anderthalbstündiger Mittagspause. Vom 1. Januar 1907 an beträgt die Arbeitszeit 9 Stunden und beginnt um 7 Uhr morgens. Ein Lohnausfall findet nicht statt. § 2. An den Vorabenden der drei hohen Feste ist um 4 Uhr Feierabend, darüber hinaus geleistete Arbeitszeit wird als Überstunden bezahlt. § 3. Der Normallohn beträgt für Gesellen, die selbständig arbeiten können, vom 1. April 1906 ab 48 Pf., für das erste Jahr nach beendeter Lehrzeit werden 38 Pf., alsdann 40 Pf. bezahlt. § 4. Für Überstunden werden 25 Prozent Aufschlag bezahlt, für Überstunden nach 9 Uhr abends muß ein Aufschlag von 50 Prozent bezahlt werden. Das letztere gilt auch für Sonntagsarbeit. § 5. Die Lohnzahlung muß mit Schluß der Arbeitszeit beendet sein. § 6. Bei auswärtiger Arbeit wird das Fahrgeld vergütet. Die Fahrzeit wird als Arbeitszeit berechnet, außerdem wird eine Entschädigung von Fall zu Fall mit dem Arbeitgeber vereinbart. Bei Arbeiten außerhalb der Stadt, wo des Abends die Wohnung zu erreichen ist, erfolgt eine Lohnzulage von 1 Mk. pro Tag. Unkosten, die den Gesellen auf Bauten oder bei sonstiger Montagearbeit, auch innerhalb der Stadt, entstehen, werden bei der darauffolgenden Lohnzahlung zurückerstattet. § 7. Eventuelle Streitigkeiten werden vom Innungsvorstand und dem Gesellenausschuß (nach § 45 des Innungsstatuts) sowie unter Hinzuziehung eines Vertreters des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geschlichtet. § 8. Eine gegenseitige Kündigung des Arbeitsverhältnisses findet nicht statt, soweit nichts anderes vereinbart ist. § 9. Der Tarif tritt mit dem 1. April 1906 in Kraft und ist gültig bis zum 31. März 1908. Die Kündigung ist beiderseits vierteljährlich, erfolgt keine Kündigung, so hat der Tarif ein weiteres Jahr seine Gültigkeit. — Seit dem Jahre 1868 hat hier keine Lohnbewegung der Bauschlosser stattgefunden. Damals war Kiel noch eine Kleinstadt. Schon daraus geht hervor, daß es dringend notwendig war, die Arbeitsbedingungen der Bauschlosser einer Revision zu unterziehen. Es ist erfreulich, daß auch die Schlosserinnung dies sofort anerkannt hat, so daß es dadurch möglich wurde, die Sache in Güte zu erledigen.

Rundschau.

Reichstag.

(11. bis 17. Februar). Im Mittelpunkt der Reichstagsdebatten der abgelaufenen Woche stand eine Rede Bebels über das Wahlrecht. Mit größter Entschiedenheit und Wärme vertrat er die alte sozialdemokratische Forderung der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für Männer und Frauen vom zwanzigsten Jahre ab in allen deutschen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen. Nur eine so beschaffene Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens garantiert, wie Bebel mit Recht bemerkte, eine friedliche und gedeihliche Weiterentwicklung des Staatswesens, bietet allein die Gewähr, daß wir vor schweren und blutigen Erschütterungen bewahrt bleiben. Klar und überzeugend legte er den Charakter der sozialdemokratischen Partei als einer Partei der Entwicklung dar, indem er die heuchlerischen und boshaften Angriffe der Scharfmacher abwies. Aus dem freudigen Echo, das diese große Rede in der gesamten Parteipresse fand, muß jeder ehrliche Gegner des Proletariats die Tatsache erkennen, daß die Anschuldigung unwahr ist, die Sozialdemokratie erstrebe den gewaltsamen Umsturz des Bestehenden und plane eine blutige Revolution. Bei der „Begründung“ dieses Verleumdungstricks pflegten sich skrupellose Hetzer in der letzten Zeit häufig auf den Sprachgebrauch einiger sozialdemokratischer Zeitungen zu berufen, in denen das Recht der Arbeiterklasse mit manchmal etwas heftigen und derben Redefloskeln verteidigt wurde. Aber auch diese „Begründung“ ist in ihrer vollkommenen Nichtigkeit durch den letzten Prozeß gegen die Leipziger Volkszeitung aufgedeckt worden. Bekanntlich hat eine Leipziger Strafkammer in einem wahrhaft ungeheuerlichen Urteil den Genossen Heinig, verantwortlichen Redakteur des Leipziger Blattes, wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttaten zu der barbarischen Strafe von 21 Monaten Gefängnis verurteilt. Und das, obschon der Angeklagte und seine tüchtigen Verteidiger nicht nur selbst rund und nett erklärten, es handle sich nicht um Aufreizungen, sondern auch das Gutachten unbefangener, ja entschieden sozialistenfeindlicher, Gelehrter darüber anboten, daß die Propaganda für gewaltsamen Umsturz nicht dem sozialdemokratischen Programm entspreche. Im Reichstag bemühte sich Bebel in längeren geschichtsphilosophischen Betrachtungen, bei denen er auf die russische Revolution interessante Schlaglichte fallen ließ, um den gleichen Nachweis. Ob dies freilich etwas helfen wird, ist nach unseren langjährigen Erfahrungen nicht nur zweifelhaft, sondern direkt unwahrscheinlich. Es ist für unsere Gegner ein gar zu bequemes Agitationsmittel, der urteilslosen Masse der Spießer den roten Wauwau vorzuführen! Von ihrem Standpunkt aus ist es immer noch vorteilhafter, an die Sorge für den Geldschrank als an den Patriotismus oder andere mehr oder weniger schöne Gefühle zu appellieren. — Bei dieser Gelegenheit mag uns im übrigen die Bemerkung gestattet sein, daß der furchtbare Leipziger Prozeß nicht ohne Folgen für das innere Leben der sozialdemokratischen Partei sein sollte. Nicht um sich vor den Richtern als harmlos hinzustellen, sondern durchaus der Wahrheit entsprechend, hat Genosse Heinig die Behauptung zurückgewiesen, daß das von ihm vertretene Blatt jemals Aufreizung zur Gewalttat betrieben habe. Mit anderen Worten: In Leipzig denkt man, wie das ganz selbstverständlich ist, über die Mittel des proletarischen Emanzipationskampfes im Grunde genau so wie anderswo. Da wäre es aber doch sehr zu wünschen, daß die dortigen Redakteure, die nicht ohne den Gebrauch stärkster Worte auskommen zu können wähnen, nicht jeden für einen halben Verräter an der Sache des arbeitenden Volkes hinstellen, der eine weniger heftige Sprache führt. Der „Glaube an das Wort“, die Meinung, daß man durch rasselnde Phrasen und durch gehäuften Gebrauch der Vokabel: Revolution das Rad der Entwicklung in lebhafteren Schwung zu bringen vermöge, ist so kindlich, daß er keinerlei ernstaste Kritik verträgt.

Es bedarf nicht erst der Erwähnung, daß keine einzige bürgerliche Partei den Mut aufbrachte, sich rückhaltslos auf den Boden des sozialdemokratischen Wahlrechtsantrags zu stellen. Die Abstrafung der Nationalliberalen durch Bebel rief den alten Büsing aus Mecklenburg auf den Plan, einen Veteranen des deutschen Reichstags, der eine Kriegervereinsrede auf den „Idealismus“ des deutschen Bürgertums hielt und damit lebhaften Beifall bei seinen erstaunten Klassengenossen erntete, die im Drange der Geschäfte schon ganz vergessen hatten, daß sie auch „Ideale“ haben. In einem Teile der sozialdemokratischen Presse preist man Herrn Büsing bei aller Gegnerschaft wenigstens als ehrlichen Illusionisten; er ist aber nichts anderes als ein alter Komödiant.

Im Fortgang der Debatte über den Etat des Reichsamtes des Innern wurde zwei Tage lang über das Weingesetz und seine Anwendung respektive Nichtanwendung debattiert. Der Oberpantscher Sartorius rief die helle Entrüstung aller Weinfachverständigen heraus: hoffentlich ist unter ihnen kein — zweiter Sartorius!

Am letzten Tage der Woche brachte beim Kapitel: Reichsversicherungsamt der Abgeordnete Körsten schwerwiegende Anklagen gegen das Verfahren der berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte vor, die die Unfallverletzten zum Teil unter allen Ludern behandeln. Das Zentrum bekam dabei auch seine Lektion; hat doch im preußischen Junkerparlament der Abgeordnete Schmedding frisch und fromm angeregt, Unfallrenten bis zu 25 Prozent einfach ganz zu streichen! Offenbar eine Seele von einem Menschen!

Gewerbegerichtliches.

Wenn jemand keine Arbeit annimmt. Von dem Wirt B. verlangt der Kupferputzer A. einen Schaden von 46,40 Mk. wegen kündigungsloser Entlassung. Der Beklagte behauptet, der Kläger sei wiederholt und trotz mehrfacher Verwarnung ausgegangen und zuletzt sei er nachts um 11 Uhr nach Hause gekommen und habe seine Zimmertür eingebrochen. Auf Befragen des Vorsitzenden, ob der Kläger schon andere Arbeit habe, erklärte dieser, er habe sich noch nicht nach anderer Arbeit umgesehen, und nehme auch keine Arbeit an, ehe die 14 Tage um seien. Nach Anhörung eines Zeugen wird die Klage abgewiesen. Er hat die Arbeit unbefugt verlassen und sich Sachbeschädigung vorsätzlich zum Nachteil seines Arbeitgebers zu schulden kommen lassen. Außerdem steht ihm gemäß § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein Anspruch auf Ersatz des Schadens nicht zu, da er es böswillig unterlassen hat, Arbeit anzunehmen.

Mechaniker oder Techniker? Auf Grund des § 133a der Gewerbeordnung fordert der Mechaniker B. von der Elektrizitätsgesellschaft L. & Co. wegen Nichtbeachtung der vorgesehenen Kündigungsfrist von sechs Wochen vor Ablauf des Kalendervierteljahres eine Entschädigung von 315 Mk. und Ausstellung eines Zeugnisses als Techniker. Die Beklagte wendet ein, dem Kläger mangele die im § 133a vorgesehene Qualität und es stehe ihm als Werkstattarbeiter beziehungsweise Schreiber lediglich die in ihrem Betrieb für Fabrikarbeiter eingeführte achttägige Kündigungsfrist zu. Er habe infolgedessen auch keinen Anspruch auf Ausstellung des verlangten Zeugnisses. Der Kläger wird mit der erhobenen Klage abgewiesen. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß der Kläger zunächst gegen einen Wochenlohn von 30 Mk. als Schlosser und Mechaniker und darauf mit der Ausschreibung von Reparaturzetteln beschäftigt war und er besitzt somit nicht die Qualität der im § 133a der Gewerbeordnung aufgezählten Personen. Es steht ihm somit auch kein Zeugnis als Techniker zu. (Gewerbegericht Frankfurt a. M. Nach der Frankfurter Volksstimme.)

Kann der Arbeitgeber den Akkordüberschuß zurückhalten, weil der Arbeiter ihm aus einem anderen Akkord schadenersatzpflichtig ist? (Bürgerliches Gesetzbuch § 273. — Urteil des Gewerbegerichtes Hamburg vom 23. Oktober 1905, eingesandt vom Vorsitzenden Amtsrichter Boysen.)

Kläger hat von der Beklagten aus dem Akkord Nr. 473 Akkordüberschuß mit 19,19 Mk. gefordert. Beklagte hat die Forderung an sich als berechtigt anerkannt, aber ein Zurückbehaltungsrecht an dem eingeklagten Betrag geltend gemacht wegen einer Gegenforderung in Höhe von einigen hundert Mark, welche ihr gegen den Kläger aus dem Akkord Nr. 5038 zustehe. Beklagte hat sich bezüglich ihrer Gegenforderung auf das Urteil dieses Gerichtes in Sachen B. und H. gegen Beklagte vom 15. August 1905 (2162) berufen. Kläger hat erwidert, daß er den Schaden, welcher der Beklagten beim Akkord Nr. 5038 erwachsen sei, nicht verschuldet habe; die Gegenforderung der Beklagten sei unbegründet.

Beklagte ist verurteilt.

Aus den Gründen: Das Gericht tritt der im Urteil vom 15. August in Sachen B. und H. gegen Beklagte zum Ausdruck gebrachten Rechtsauffassung bei, daß beim Akkord Nr. 5038 die beiden Akkordteilnehmer solidarisch für den entstandenen Schaden hafteten, erkennt also an, daß der Beklagten aus dem bezeichneten Akkord eine Schadenersatzforderung gegen Kläger zusteht. Aber ein Recht der Beklagten, wegen solcher Gegenforderung dem Kläger den von ihm im Akkord Nr. 473 verdienten Akkordüberschuß zurückzuhalten, kann nicht anerkannt werden. Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist davon abhängig, daß Forderung und Gegenforderung auf demselben rechtlichen Verhältnis beruhen. Zwischen den Parteien bestand nun zwar zunächst allgemein das gewerbliche Arbeitsverhältnis, das heißt ein besonders gearteter Dienstvertrag mit Stundenlohn, welcher (nach § 3 der beklagtischen Arbeitsordnung) nur am Schluß jedes Arbeitstags gelöst werden konnte. Innerhalb dieses rechtlichen Verhältnisses wurden aber weitere Verträge geschlossen, nämlich Akkorde, das heißt Dienstverträge mit Stücklohn und mit anderweitigen Bedingungen, welche ein dem Werkvertrag ähnliches Rechtsverhältnis zwischen den Parteien herstellten. Es fragt sich daher, ob die Forderung des Klägers und die Gegenforderung der Beklagten als auf dem allgemeinen Arbeitsverhältnis beruhend, oder ob dieselben als je auf dem betreffenden Akkordverhältnis beruhend anzusehen waren. Für die Beantwortung der Frage im letzteren Sinne war entscheidend, daß bei Beginn eines Akkordverhältnisses die rechtlichen Beziehungen zwischen der Beklagten und ihren Arbeitern wesentlich andere werden, als sie es vorher während des Arbeitens im Stundenlohn gewesen sind, und daß auch die rechtlichen Verhältnisse bei den einzelnen Akkorden verschiedene sind. Namentlich der Umstand, daß bei den Gruppenakkorden bald eine solidarische Verantwortlichkeit der Akkordteilnehmer für die ordnungsmäßige Ausführung der Arbeit und solidarische Haftung für entstehende Schäden eintritt, bald die ganze Verantwortung für eine Akkordarbeit nur einem bestimmten Akkordteilnehmer gegen Bewilligung erhöhten Lohnes übertragen wird, daß ferner die Zusammensetzung der einzelnen Akkordgruppen wechselt, und daß schließlich beim Arbeiten in Stundenlohn wiederum jeder Arbeiter immer nur für sich selbst verantwortlich ist, läßt die einzelnen Akkorde als verschiedene rechtliche Verhältnisse und die Akkordlohn- und Akkordschadenersatzansprüche als speziell auf diesen einzelnen Akkorden beruhend erscheinen. Man kann eben bei dem Wechsel, dem die Rechtsbeziehungen zwischen der Beklagten und ihren Arbeitern während des allgemeinen Arbeitsverhältnisses unterworfen sind, nicht sagen, daß die Lohnforderung eines Arbeiters aus einem Akkord und der Schadenersatzanspruch des Arbeitgebers aus dem anderen Akkord aus „einem innerlich zusammengehörigen einheitlichen Lebensverhältnis entsprungen sei und ein hierdurch bewirkter natürlicher Zusammenhang der beiderseitigen Ansprüche vorliege“ (vergleiche Entscheidung des Reichsgerichtes, Band 57 Nr. 1). Auch die Entstehung des heutigen Zurückbehaltungsrechtes aus dem römischrechtlichen Retentionsrecht als einer exceptio doli spricht dafür, im vorliegenden Falle die Zurückbehaltung des klägerischen Lohnes nicht als begründet anzuerkennen. Denn es verstößt keineswegs gegen Treu und Glauben, wenn Kläger trotz seiner Ersatzpflicht gegenüber der Beklagten aus dem Akkord Nr. 5038 zunächst seinen verdienten Lohn aus dem Akkord Nr. 473 bar ausbezahlt verlangt, zumal der Ersatzanspruch beklagtischerseits nicht auf ein persönliches Verschulden, sondern auf die solidarische Haftung des Klägers gestützt wird. Bei der Tendenz der Gesetzgebung, dem Arbeiter seinen verdienten Lohn nach Möglichkeit zu sichern, erscheint es gewiß angebracht, die Grenze für Anwendung des Zurückbehaltungsrechtes am Arbeitslohn möglichst eng zu ziehen. (Aus dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht.)

Streikprozeß in Nürnberg.

Wie Verurteilungen streikender Arbeiter zustande kommen können, zeigt folgender drastische Fall, den das Nürnberger Landgericht „erledigt“ hat. Der Dreher Heinrich Daut soll bei dem im Oktober vorigen Jahres durch eine Maßregelung entstandenen Streik bei der Bronzewarenfabrik Feldmann in der Nohlebererstraße in Gemeinschaft mit anderen am 23. Oktober die hochgeehrten Herren Arbeitswilligen Johann Nürnberger, Sigmund Ziegler, Hermann Ziegler und Meißner beleidigt haben. Die erste Aktion der Klassengesetzgebung war ein Strafbefehl, lautend auf drei Tage Gefängnis. Im Gefühl der Unschuld hatte der Beschuldigte hiergegen Beschwerde erhoben; er wurde am 2. Januar 1906 vom Schöffengericht Nürnberg freigesprochen mit der Begründung, daß eine Schuld des Angeklagten nicht in dem Maße bewiesen worden sei, daß eine Verurteilung erfolgen konnte. Der Amtsanwalt war anderer Ansicht; er legte gegen das freisprechende Urteil Berufung zum Landgericht ein. Die Berufungsverhandlung gestaltete sich höchst interessant. Die Arbeitswilligen, die den Daut vorher nicht kannten, sagten unter Eid ganz bestimmt aus, daß Daut unter den vielen Menschen, die damals vor dem Fabriktor standen, derjenige gewesen sei, der sie Streikbrecher, Schufte u. s. w. genannt habe. Auch erklärten sie ganz bestimmt unter Eid, daß Daut an dem Tage eine graue Lodenjoppe und einen Lodenhut getragen habe. Unter Eid bezeichnete auch der Schutzmann Joh. Dirrbeck den Daut als den Beleidiger. Ebensoviel andere Zeugen aber behaupten ebenfalls ganz bestimmt unter Eid, daß Daut — wie dieser selbst auch behauptet — weder an diesem Tage noch sonst überhaupt eine Lodenjoppe und Lodenhut getragen habe, er besitze solche Kleidung überhaupt nicht, sondern sei dunkel gekleidet gewesen. Ferner habe er sich nur allein mit dem Arbeitswilligen Meißner beschäftigt und an diesen nur die Worte gerichtet: „Nun, ihr alten Kerle, schämt ihr euch denn nicht, Arbeitswillige zu machen?“ Die Arbeitswilligen beschimpft zu haben, dazu sei er viel zu vorsichtig und in dieser Angelegenheit viel zu erfahren. Ein weiterer Zeuge sagte aus, daß er beim Bekanntwerden des gegen Daut eingeleiteten Strafverfahrens sich sofort gesagt habe, daß er wisse, daß Daut da ganz unschuldig gefaßt worden sei; dieser habe bei dem damaligen Vorfall ja gar nichts gemacht. Auf die Frage des Gerichtes, ob er (der Zeuge) derjenige gewesen sei, der Schuft und dergleichen gerufen habe, erklärt der Zeuge, daß er auf diese Frage die Antwort verweigere; Daut jedoch — behauptet dieser Zeuge weiter — habe sich am Schimpfen nicht beteiligt. Das Ergebnis der Beweisaufnahme ist danach folgendes: Die Arbeitswilligen sagen, obwohl sie den Daut vorher nicht kannten, es sei ein Irrtum oder eine Verwechslung mit einem anderen der Umstehenden nicht möglich. Er habe eine graue Lodenjoppe und einen Lodenhut getragen; ein anderer behauptet, er habe einen Lodenhut mit weißer Feder getragen; ein weiterer Zeuge will bestimmt wissen, daß Daut überhaupt keine Kopfbedeckung gehabt habe, er habe sie in der Wirtschaft hängen lassen. Andere Zeugen behaupten, Daut habe sich nicht da befunden, wo geschimpft wurde; er sei nur mit Meißner in Fühlung getreten, er habe auch keine graue Joppe, sondern eine fast schwarze und einen schwarzen Hut getragen. Daut selber erklärt, weder geschimpft zu haben, noch die Kleidung zu besitzen, in der ihn die Arbeitswilligen gesehen haben wollen. Ferner wird bestätigt, daß Beteiligte graue Joppen getragen haben, nicht aber der Daut.

Der Staatsanwalt beantragte Aufhebung des freisprechenden Urteils und Verurteilung zu fünf Tagen Gefängnis. Das Urteil lautete auf drei Tage Gefängnis. In der Begründung des Urteils heißt es: Die Aussagen der Arbeitswilligen haben die Täterschaft des Daut festgestellt. Wenn auch angenommen werden könne, daß sich die Arbeitswilligen nur durch Gefühle haben leiten lassen und sich irren, so komme doch die Aussage des Schutzmanns in Betracht. (!!!) Es sei aber auch ein Geständnis des Angeklagten vorhanden darin, daß er zugab, zu Meißner gesagt zu haben: „Ihr alten Kerle, seid ihr nicht gescheiter . . .“ Weil er dieses gesagt habe, sei auch anzunehmen, daß er auch die anderen Äußerungen gemacht habe. (!!!) Bei der Kleidung des Angeklagten habe das Gericht angenommen, daß sich die Arbeitswilligen in dieser Hinsicht geirrt haben, wenn sie darüber auch ganz bestimmte Aussagen gemacht haben.

Dieses Urteil verstehe, wer will — wir nicht! Die Arbeiterschaft wird nie lernen, ein solches Urteil zu verstehen.

Gewerkschaften als Steuerzahler?

Der Dalles macht erfinderisch. Der sächsische Staat hat viele Schulden. Er hat zwar auch eine Vermögenssteuer; die hat aber die für die Reichen sehr angenehme Eigenschaft, daß sie die großen Vermögen zu sehr schont. Dafür erinnerte man sich aber, daß man hier und da von Lokalfonds u. s. w. von Gewerkschaften gelesen hat und zog daraus die Nutzanwendung, daß da noch etwas zu holen sei. In diesem Jahre wurden denn auch fast sämtliche Ortsverwaltungen der Gewerkschaften mit der Aufforderung bedacht, über das vorhandene Vermögen zu deklarieren. Der Steuerfiskus will Vermögenssteuer davon erheben, um der sächsischen chronischen Finanzmisere zu steuern. Natürlich ist ohne weiteres klar, daß das ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt bleiben muß. Die Kassenbestände der Lokalverwaltungen sind kein Vermögen, außerdem gehören sie den Zentralverbänden und können morgen schon nicht mehr vorhanden sein. Selbstverständlich werden die Gewerkschaften sich dieser „Liebe“ des Steuerfiskus zu ihren Mitteln zu erwehren suchen und die höheren Instanzen darüber intervellieren, ob ein solches Verfahren, das immerhin den Reiz der Neuheit haben dürfte, zulässig ist. Was wird man in Sachsen, dem Lande der nach dieser Richtung hin unbegrenzten Möglichkeiten, nicht noch alles versuchen, um den Gewerkschaften das Leben sauer zu machen? Vor längerer Zeit wollte man in Dresden den Gewerkschaften, die Vorträge halten ließen, „Lustbarkeitsabgaben“ auferlegen. Man mußte diesen Versuch aber bald wieder aufgeben.

„Bessere" Metallarbeiter.

Die Dortmunder Arbeiterzeitung berichtet: „Im Lokal Zum Goldenen Löwen, 1. Kampstraße, tagte eine Versammlung der Herren Vorzeichner. In dieser Versammlung sollte Stellung genommen werden zur Gründung eines Vereins. Als Referent war ein Herr Schlüter aus Essen erschienen. Der Verein soll sich an den in Essen schon jetzt bestehenden Verein anschließen und soll neben einer kleinen Unterstützungskasse den Zweck haben, die Herren Vorzeichner vor der unlauteren Konkurrenz zu bewahren und sie von dem Drucke der Meister befreien. Vorstehende Forderungen wurden folgendermaßen begründet: Wir, die Vorzeichner, die wir infolge unserer Intelligenz und unserer Bildung 10 Stufen höher stehen als die Metallarbeiter überhaupt, wollen und können es nicht länger mehr dulden, daß ein jeder Ingenieur Leute zum Vorzeichner heranbilden kann (und zwar innerhalb 4 Wochen). — Es tut auch uns leid, daß den Herren Vorzeichnern trotz ihrer Bildung und ihrer Intelligenz nicht die nötige Ehre entgegengebracht wird. Aber es scheint, daß die Herren Meister, die früher schon mal die Karre geschoben haben, wie in der Versammlung die Herren Vorzeichner sagten, nicht einsehen wollen, daß ein großer Teil der Vorzeichner, die früher schon einmal Nietenwärmer, Zuschläger u. s. w. waren und sich durch einen vier- oder achtwöchigen Abendkursus zum Vorzeichner ausgebildet haben, keine 10 Stufen höher stehen als die übrigen Metallarbeiter. Nun, wir können konstatieren, daß diese Leute wirklich intelligent und gebildet sind. Wir wollen dies an einem Beispiel demonstrieren. Als sich nämlich in der erwähnten Versammlung zwei Metallarbeiter, die nicht Vorzeichner waren, an der Diskussion beteiligen wollten, wurde ihnen von seiten des Vorsitzenden eröffnet, daß nur Vorzeichner an dieser Versammlung teilnehmen könnten und die beiden Metallarbeiter möchten das Lokal verlassen. Die Intelligenz und die Bildung machten sich darauf Luft in Rufen: „Rrraus! Schmeißt sie raus!" u. s. w. Die vulgären Metallarbeiter haben seitdem wirklich Respekt vor der Intelligenz und der Bildung der Herren Vorzeichner."

Ein „gewarnter" Verband.

Der schon längere Zeit bestehende und gegenwärtig rund 26000 Mitglieder zählende Verband deutscher Post- und Telegraphenassistenten machte vor Jahren ernsthafte Versuche, die Interessen seiner Mitglieder gegenüber den Behörden zu vertreten. Die Folge war die Maßregelung der „Hetzer". Darauf kroch der Verband regelrecht zu Kreuze, so daß ihm gnädigst die Weiterexistenz erlaubt wurde. Nachdem nun wieder das Verbandsorgan, die Deutsche Postzeitung, sich erlaubt hatte, Maßnahmen der Postverwaltung zu kritisieren, und ein Mitglied des Verbandes sogar die riesige Frechheit gehabt hatte, eine „Agitationsreise" für den Verband zu unternehmen, hat der Verband sich aufs neue den Unwillen der „Herren Vorgesetzten" zugezogen. Die beiden Vorsitzenden und der unglückliche „Agitationsreisende" wurden am 18. Januar ins Reichspostamt beschieden, wo ihnen ein Ministerialdirektor „im Auftrag des Herrn Staatssekretärs" eine lange Strafpredigt mit „ernstlicher Warnung" hielt. Dies Verfahren kennzeichnet so recht den preußisch-deutschen Polizeigeist, der in der Postverwaltung herrscht. Existieren darf zwar der Verband, aber für seine Mitglieder eintreten darf er nicht. Dies wird solange dauern, bis die überwiegend große Mehrzahl der Post- und Telegraphenbeamten eingesehen hat, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Dann wird im Ressort des Herrn Kraetke der Wind auch aus einem anderen Loche pfeifen.

Ehrlose Gesinnung!

Die deutsche Justiz hat abermals ein Urteil gefällt, das der klassenbewußte Arbeiter nur mit Ingrimm vernehmen kann. Arbeiter, die sich angeblich zu Tätlichkeiten gegen Arbeitswillige haben hinreißen lassen, sind für ehrlos erklärt worden! Die Kürschner von Markranstädt fochten einen Abwehrstreik aus. Sie wehrten sich gegen eine ihnen angesonnene Lohnreduktion. Sie verteidigten ihren Lohntarif. Nun mußten sie sehen, wie ihnen allerlei hergelaufenes Menschenmaterial, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — der Abfall anderer Berufe — in den Rücken fällt und sie gar vor die Aussicht stellt, ihren Wohnort ganz verlassen zu müssen. Vergeblich ist das öftere Bemühen gewesen, die Leute über das Unehrenhafte, das Unmoralische ihres Tuns aufzuklären und zum Einstellen ihres verräterischen Beginnens zu bewegen. Die Situation wird immer trüber, die Niederlage steht vor Augen und das Erbitternde ist, daß die Streikenden weniger der Macht des Kapitals als dem Verrat der eigenen Klassengenossen unterliegen. Da ist denn schließlich in einzelnen der Ingrimm übergeschäumt, da ist es zum Krawall gekommen, da sind verschiedene Arbeitswillige beschimpft, gestoßen, geschlagen worden. Allzuschlimm können die Tätlichkeiten nicht gewesen sein, denn keiner der Betroffenen, selbst die nicht, die am meisten abbekommen haben, mußte auch nur einen Tag die Arbeit aussetzen. Es ist keinerlei dauernder Schaden entstanden. So ist der Tatbestand und daraus schließen die Leipziger Richter auf ehrlose Gesinnung. Und sie sprechen denen von den Angeklagten, die sie kraft des Wahrspruchs der Geschworenen erlangen konnten, die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre ab, obgleich die Geschworenen ihnen mildernde Umstände zugebilligt hatten! Und sie verurteilten die Schuldiggesprochenen zu einer Strafe, die weit vom Mindestmaß entfernt ist. Der § 125 des Strafgesetzbuchs über den schweren Landfriedensbruch sagt, daß die Rädelsführer bei Annahme mildernder Umstände mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten zu bestrafen seien. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis gegen die drei Verurteilten und rechnete ihnen die Untersuchungshaft nur teilweise an. Es war ein gewerkschaftlicher Kampf, ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der zu dem Zusammenstoß geführt hat. Der Klassenkampf warf seinen Schatten in den Gerichtssaal, und das erklärt das Urteil. Die von bürgerlichen Instinkten befangenen Leipziger Richter hätten, selbst wenn es ihre Absicht gewesen wäre, nicht deutlicher zeigen können, daß die Arbeiterehre mit den sogenannten bürgerlichen Ehrenrechten gar nichts gemein hat. Gewalttaten sind auch von unserem Standpunkt aus unter keinen Umständen zu billigen. Die Unglücklichen aber, die ihre unbedachte Tat so schwer büßen müssen, werden nach überstandener Leidenszeit von ihren Leidensgenossen mit großer Ehre aufgenommen werden, unbekümmert darum, daß ihnen „kraft Gerichtsbeschlusses" die „bürgerlichen Ehrenrechte" aberkannt sind. Solche Urteile haben nur den Erfolg, den vagen Begriff „bürgerliche Ehre" bei der Arbeiterschaft immer mehr in Mißkredit zu bringen.

In der Höhle des Oberscharfmachers.

Unter dieser Überschrift berichtet das Hamburger Echo: „Ein Maschinenbauer hat das zweifelhafte Vergnügen, von dem berüchtigten Maßregelungsbureau am Kraienkamp einen Arbeitsschein für die Fabrik von Menck & Hambrock, Ottensen, ausgestellt zu erhalten. Da der Mann Ausländer ist, glaubte Herr Tgahrt wahrscheinlich, in ihm einen dem Aussperrungsdirektor Menck genehmen Sklaven gefunden zu haben. Also der Mann wird nach Vorstellung für würdig befunden und an seine Arbeit gewiesen. Aber zuvor unter [illegible] abgetreten, hat der unverschämte Geselle noch eine Frage an den Werkmeister. „Was, den Lohn wollen Sie auch noch wissen?" Das war zu viel für eine Scharfmacherseele. „Portier, nehmen Sie den Mann gleich wieder ab!" So geschieht's und der Ausländer, der sich erdreistet, nach dem Preise seiner Arbeitskraft zu fragen, erhält den Schein, mit einer großen roten „33" gestempelt, wieder zurück. Schleunigst schüttelt er den Menschen Staub von seinen Pantoffeln."

Pech mit ihren Arbeitswilligen

haben die Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken in Nürnberg. Nachdem erst kürzlich zwei dieser ordnungsliebenden Elemente, die beim letzten Streik in dem genannten Etablissement den Kampf ihrer organisierten Kollegen illusorisch machten, wegen Raubmordes in Untersuchung genommen worden sind, wurde jetzt wieder einer aus der edlen Unternehmerschutztruppe vom Staatsanwalt hinter Schloß und Riegel gesetzt. Aus Anlaß des erwähnten Raubmordes suchte die Polizei bei den Arbeitern und im Leihhaus nach geraubten Preziosen, wobei sie eine Menge neuer Schuhwaren mit dem Fabrikzeichen der Fränkischen Schuhfabriken fand. Da dies auffallend war, wurden Nachforschungen vorgenommen, und dabei stellte sich heraus, daß der Arbeitswillige Keil die Stiefel gleich zu Hunderten aus dem Betrieb gestohlen und verkauft oder versetzt hatte. Die Fabrikleitung wird sich wohl jetzt sagen müssen, daß sie das Interesse der Aktionäre besser wahrgenommen hätte, wenn sie sich mit ihren Arbeitern verständigt und nicht zu sehr den Herrenstandpunkt hervorgekehrt hätte.

Zur Frage der Heimarbeit

hat der nationalliberale Abgeordnete Reinhart in der Zweiten hessischen Kammer den Antrag eingebracht: „Die deutsche Heimarbeiterausstellung in Berlin hat zweifellos so reiches, aber trübes Material über die in der Heimarbeit herrschenden traurigen Zustände zutage gefördert, daß eine reichsgesetzliche Regelung dieser Frage von allen Seiten unterstützt werden müsse. Wenn auch in Hessen die Heimarbeit nicht die Ausdehnung gewonnen hat, wie in anderen Teilen des Reiches, so können doch in einzelnen Zweigen des gewerblichen Lebens bei uns in der Heimarbeit Zustände herrschen, die einer Besserung fähig sind." Reinhart beantragt daher, die Kammer möge die Regierung ersuchen, daß durch die Gewerbeinspektionen des Landes alsbald Erhebungen in die Wege geleitet und deren Ergebnis dem Landtag mitgeteilt werde über die Zahl und das Alter der in der Heimarbeit beschäftigten erwachsenen und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, ferner über deren Arbeitszeit, deren Löhne und Arbeitsbedingungen, Wohnungsverhältnisse und Arbeitsräume.

Rückgang des Fleischkonsums.

Der von den Münchener Metzgerinnungen herausgegebene Jahresbericht für 1905 beweist schlagend, daß in München trotz der fortgesetzt in aufsteigender Linie begriffenen Bevölkerungsziffer der Fleischkonsum fortgesetzt, und zwar rapid, im Rückgang ist. Der Gesamtzutrieb auf dem Viehmarkt war gegen das Vorjahr um 58250 Stück zurückgegangen. Die Gesamtzahl der geschlachteten Tiere betrug 513563 Stück, das ist gegen das Vorjahr eine Minderung von 33720 Stück. Ochsen wurden gegenüber dem Vorjahr um 1878 Stück weniger geschlachtet, dagegen um 2674 Stück Kühe mehr. Die Pferdeschlachtungen stiegen im Jahre 1905 auf 2592, um 306 Stück mehr als im vorhergehenden Jahre. Die Zahl der geschlachteten Hunde stieg von 99 im Jahre 1904 auf 110 im Jahre 1905. Dabei ist sicher nur der geringste Teil der Hundeschlachtungen in der Hundeschlächterei des Schlacht- und Viehhofes vor sich gegangen.

Vom Ausland.

Österreich.

Die Skodawerke (Fabriken für Schnellfeuergeschütze) in Pilsen haben, da die Verwaltung sich nicht mit den streikenden Modelltischlern einigen konnte, am 13. Februar sämtliche 4000 Arbeiter, soweit sie nicht Kessel oder Öfen bedienen, ausgesperrt und die den Modelltischlern in Aussicht gestellten Zugeständnisse wieder zurückgezogen. Die Arbeiter machen nunmehr die Wiederaufnahme der Tätigkeit von der Nichtentlassung der Modelltischler und von der Erfüllung ihrer Forderungen abhängig.

England.

Nr. 45 des Labour Leader enthält folgende interessante Notiz: „Der folgende Brief von dem Right Honorable John Burns, M. P., war in Dewsburg während des Wahlkampfes in Plakatform an die Mauern geklebt. Mr. Runciman, der liberale Kandidat, ist, wie unsere Leser sich erinnern werden, ein Mitglied des kapitalistischen Rings im Parlament (Runciman ist Schiffsreeder. Redaktion). Mr. Ben Turner, der Arbeiterkandidat, ist ein Sozialist, der zwanzig Jahre der Partei angehört, ein Gewerkschaftsbeamter und -organisator. Der Brief lautet folgendermaßen:

Lavender Hill, Battersea, 10. Januar 1906.

Lieber Runciman! Es freut mich, zu hören, daß die Zahl Ihrer Anhänger in Ihrem Wahlkreis zunimmt und daß Sie zu Ihrem höheren Wirkungskreis mit einer größeren Majorität als früher zurückkehren werden. Die Gründe, die den Premierminister veranlaßt haben, Ihnen das wichtige Amt zu übertragen, das Sie jetzt inne haben, bergen in sich selbst reichliche Berechtigung für ihre siegreiche Wiederwahl. Außerdem würde es mich freuen, von Ihrer Rückkehr zu dem Amte mit einem noch größeren und noch besseren Beweis von dem Vertrauen Ihrer Wähler zu hören.

Ihnen Erfolg wünschend,

Ihr aufrichtiger

John Burns."

Ein ähnlicher Fall liegt in Monmouth vor, wo der Bergarbeiter Winstone gegen den Fabrikanten Haslam kandidierte. Burns trat für Haslam ein. Dasselbe tat er in Leeds, wo der Eisenbahner Fox gegen den liberalen Rechtsanwalt Walton zu kämpfen hatte, so daß der Verband der Maschinenbauer, dessen Mitglied Burns ist und ihm ein Ehrengehalt von 2000 Mk. jährlich zahlt, an die Arbeiter nach Leeds telegraphierte, keine Notiz von Burns zu nehmen!

In der Hirsch-Dunckerschen Presse herrschte bei der Ernennung von John Burns bekanntlich große Freude. Man sieht, sie hatten Ursache dazu. John Burns versteht es ebensogut, die Interessen der Arbeiter zu verraten, wie es die Hirsch-Dunckerschen so oft gemacht haben.

Frankreich.

Die Pariser Syndikate tragen sich mit der Absicht, sich auf eigene Füße zu stellen, das heißt ein eigenes Gewerkschaftshaus zu gründen. Die Schikanen und Belästigungen, denen die in der „Bourse de Travail" untergebrachten Arbeiterorganisationen von Magistrat, Polizei und Regierung fortwährend ausgesetzt sind, bilden die Veranlassung zu diesem Entschluß. Bekanntlich haben zurzeit eine Reihe Gewerkschaften die „Bourse de Travail", zu deren Unterhalt Subventionen aus öffentlichen Mitteln hergegeben werden und in deren Verwaltung deswegen die Behörden auch Einmischungsrechte haben, wegen Streitigkeiten mit den letzteren bereits verlassen.

Literarisches.

Dr. med. G. Zepler, Radikalismus und Taktik. Ein Nachwort zum Vorwärts-Konflikt als Mahnwort an die Genossen. München, Kommissionsverlag G. Birk & Co. 28 Seiten. Preis 20 Pf. Diese Schrift eines an dem Konflikt persönlich Unbeteiligten enthält manche treffende Bemerkung nicht nur über den Konflikt, sondern auch über die sozialdemokratische Partei. Ohne daß wir uns veranlaßt sehen, sämtlichen Ausführungen des Verfassers beizupflichten, müssen wir hervorheben, daß sie sowohl den Befürwortern als auch den Verteidigern der Neubesetzung der Vorwärtsredaktion viele Anregungen zu geben imstande ist. Jedem Parteigenossen, dem das Wohl der Partei am Herzen liegt, bietet diese Broschüre Stoff zum Nachdenken.

Von der Internationalen Metallarbeiter-Rundschau, dem offiziellen Organ des Internationalen Metallarbeiter-Bundes (Redaktion: Alexander Schlicke, Stuttgart), ist am 15. Februar die Nummer 2 erschienen. Sie enthält: Die Taktik der Arbeitgeber-Verbände in Deutschland. Staatliche und kommunale Arbeitslosenfürsorge. Das Kongreßjahr 1905 (Fortsetzung). Berichte.

Mitteilung der Expedition.

Das immerwährend verspätete Eintreffen der Zeitungsbestellungen veranlaßt uns, wiederholt darauf hinzuweisen, daß Bestellungen auf Zeitungen spätestens am Montag mittag in unseren Händen sein müssen. Später eintreffende Bestellungen können für die betreffende Woche nicht mehr berücksichtigt werden. Abgesehen von dem durch Nachlieferungen entstehenden Mehrporto muß doch auch die nötige Anzahl der Exemplare rechtzeitig bei der Druckerei bestellt werden können.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Samstag, 24. Februar:

Baden-Baden. Bratwurstglöckle, 9.
Emmendingen. Fuchs, halb 9 Uhr.
Essen. Borussia, 8 Uhr.
Gnoien i. M. Sonne, 8 Uhr.
Hall, Schwäb. Germania, 8 Uhr.
Heidenheim. Krone, 8 Uhr.
Krefeld. Pastern, Peterstraßenecke, 9.
Markranstädt. Thüringer Hof, 8 Uhr.
Metzingen. Brüstl, halb 9 Uhr.
Offenburg. Zum Schützen, 8 Uhr.
Triberg. Im Bad, 8 Uhr.

Sonntag, 25. Februar:

Essen-Rüttenscheid. Maring, a. 5.
Hannover-Ld. Elektrom. Böttcher, 10.
Hannov.-Ld. Heizgsm. Langestr. 2, 10.
Ratingen. Kaiser, abends 6 Uhr.
Stendal. Wendt.
Tangerhütte. Zimmer u. Werner.
Walterh.-Friedrichroda. Löwen, Walterh., nachm. 3 Uhr.
Warstein. Böckeler, nachm. 4 Uhr.

Montag, 26. Februar:

Hanau (Schlosser 2c.). Saalbau, 8.
Hanau-Großauheim. Mainlust, 6.
Offenbach a. M. Gewerkschaftsh., ½9.
Stendal. Wendt.
Tangerhütte. Zimmer u. Werner.

Mittwoch, 28. Februar:

Iserlohn-Letmathe. Schmale, 7.
Lübeck. Vereinshaus, halb 9 Uhr.
Wismar. Arbeiterheim, 8 Uhr.

Donnerstag, 1. März.

Blankenburg. Vereinskasino, halb 9.

Freitag, 2. März:

Differdingen. Theis-Rollinger, ½9.
Hanau Gold- u. Silberarb. Saalbau, 9.

Samstag, 3. März:

Aachen. St. Martin, 9 Uhr.
Altwasser. Eisernes Kreuz, 8 Uhr.
Aschaffenburg. Bayr. Hof, halb 9.
Aschersleben. Wilcke, halb 9 Uhr.
Aue-Lößnitz. Epperleins Rest., 9 Uhr.
Augsburg. Drei König, 8 Uhr.
Bamberg. Blaue Glocke, 8 Uhr.
Bayreuth. Höhl, Kreuz 13, 8 Uhr.
Bonn a. Rh. Faßbender, 9 Uhr.
Bunzlau. Drei Kronen, halb 9 Uhr.
Celle. Knoop, Fritzenwiese, halb 9.
Colmar i. E. Goldener Adler, halb 9.
Crimmitschau. Zentralherberge, 8.
Darmstadt. Cramers Bierhalle, ½9.
Delmenhorst. Waschkau, halb 9 Uhr.
Dessau. Burgkeller, Amalienstr., ½9.
Dortmund. Steinmann, halb 9 Uhr.
Einbeck. Gewerkschaftshaus, halb 9.
Elsterwerda. Kronprinz, halb 9 Uhr.
Emden. Bellevue, halb 9 Uhr.
Essen (Heizungsm.). Stemmerich, 8.
Euskirchen. Steingaß, 9 Uhr.
Finsterwalde. Naundorf, halb 9 Uhr.
Freiburg i. B. Stadt B lfort, halb 9.
Furtwangen. Enzmann, 8 Uhr.
Gevelsb.-Vogelsang. Heuleroth, ½9.
Graudenz. Gewerbehaus, halb 9.
Guben. Friedensallee, halb 9 Uhr.
Güstrow. Wiese, halb 9 Uhr.
Haan. Ramus, halb 9 Uhr.
Hattingen. Siegert, Germaniasaal, 8.
Haynau. Rest. Heinrich, halb 9 Uhr.
Heidelberg. Goldener Römer, halb 9.
Itzehoe. Zentralherberge, 8 Uhr.
Kaiserslautern. Zur Burg, halb 9.
Karlsruhe (Blechner). Salmen, ½9.
Kirchheim u. Teck. Schützen, 8 Uhr.
Leer in Ostfriesland. Fischer, halb 9.
Leipzig Feilena. Metallarbeiterkasino.
Ludwigshafen. Neue Post, halb 9.
Lüdenscheid. Rüggeberg, halb 9 Uhr.
Magdeburg Elektrom. Burghalle, ½9.
Metz. Uhlemann, Karlstraße, 8 Uhr.
Minden. Zentralhalle, 8 Uhr.
Mühlhausen i. Th. Gewerkschh., ½9.
Neckargartach. Richter, halb 9 Uhr.
Neustadt a. d. H. B. Krug, halb 9.
Nordhausen. Hirsch, halb 9 Uhr.
Oberursel. Kühler Grund, 9 Uhr.
Oelsnitz i. B. Bergschlößchen, 9 Uhr.
Oggersheim. Zur Pfalz, halb 9.
Rendsburg. Apollo-Saal, halb 9.
Reutlingen. Link, Rathausstr., 8 Uhr.
Ronneburg. Fürstenkeller, halb 9.
Rostock. Warnowhalle, halb 9 Uhr.
Schmiedeberg. Waldesruh, halb 9.
Singen a. H. Germania, 8 Uhr.
Stettin II. Thierolf, Rölitzerst., 8 Uhr.
Straubing. Brauerei Weidemann, 8.
Suhl-Zella. Weißes Roß, halb 9.
Zeitz. Kämpfe, Schützenstr. 8, halb 9.

Sonntag, 4. März:

Amberg. Auf der Alm, vorm. ½10.
Bochum-Linden. Moll, vorm. 10 Uhr.
Coburg. Himmelsleiter, vorm. halb 10.
Dortmund (Kesselschm.) Martin, v. 11.
Dülken. Fr. Seidel, vorm. halb 11.
Iserlohn (Schleifer). Lange, vorm. 11.
Karlsruhe (Modelltischler). Salmen, Ludwigsplatz, vorm. 10 Uhr.
Kattowitz. Hechts Gasthaus.
Koblenz. Goldener Ring, vorm. 10.
Merseburg. Funkenburg, vorm. 10.
Mülhausen i. E. Sonne, vorm. 9.
Mülh. a. Ruhr-Oberh. Hermanns 11.
Mülh. a. R.-Styrum. Antrop, n. ½3.
Neuwied. Lindenhof, Heddersd., n. 3.
Quedlinb.-Gernrode. Gute Quelle, 8.
Rastenburg. Schulstr. 39, nachm. 3.
Suhl-Heinrichs. Grüne Aue, nachm. 3.
Wetzlar. Glocke, nachm. ¼4 Uhr.
Wolfenbüttel. Blauer Engel, 11 Uhr.

Montag, 5. März:

Landsberg. Rothenburg, halb 9.

Dienstag, 6. März:

Solingen Messerschlg. Gewerkschftsh.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Bonn. Der Former Wilhelm Kahl aus Hattingen hat in Oberdürkheim das Werkzeug des Formers Joh. Görtz entwendet. Es wird ersucht, die Adresse des Kahl dem Unterzeichneten mitzuteilen. W. Werner, Clemens-Auguststr. 90.

Brandenburg. Der Dreher Ernst Niedergesäß aus Magdeburg wird gebeten, seine Adresse sofort der Verwaltung Brandenburg a. H. mitzuteilen.

Düsseldorf. Der Arbeiter Ewald Schulte aus Rönsahl, Kreis Arnsberg, wird ersucht, uns seine Adresse mitzuteilen. Dieselbe Bitte ergeht an die Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist.

Gießen. Durch die Post wurde uns am 14. Februar das in Bingen gefundene Mitgliedsbuch des Schlossers Wilhelm Weber, geb. 27. Nov. 1880, eingetr. 27. Jan. 1906 in Gießen, Haupt-Nr. 912018, zugestellt. Wir ersuchen um Angabe der Adresse des Inhabers, damit wir ihm das Buch zusenden können.

Greiz. Der Former Gustav Gollmann, geb. zu Zscheppeschin bei Eilenburg, wird gebeten, seine Adresse an den Bevollmächtigten Max Queck, Pohlitzerstr. 54, zu senden.

Hamm. Der Schlosser Adolf Pabst, Haupt-Nr. 816132, wird ersucht, seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Die Verwaltungsstellen und Kollegen, denen der Aufenthalt des Kollegen bekannt ist, werden um Mitteilung gebeten. Karl Plesser, Steinstr. 18.

München (Feilenhauer). Der Arbeitsnachweis ist bei Engelbert Fra, **Rotherstr. 3,1** (nicht Stockherstraße, wie in Nr. 1 und 3 irrtümlich angegeben). Mittags von 12 bis 1 Uhr und abends von 6 bis 7 Uhr. Umschauen ist strengstens verboten.

Der Zentralarbeitsnachweis für Bandagisten

befindet sich bei **Joseph Meißner, Berlin N. 37,** Straßburgerstr. 15.

Der Zentralarbeitsnachweis für Stahlinstrumentenmacher und Messerschmiede

befindet sich bei **Karl Stephan, Berlin W. 35,** Steglitzerstr. 73.

Gestorben.

Chemnitz. Paul Gerhard Lämmler, Fräser, 32 Jahre.
Leipzig. Georg Kores, Bauschlosser, 31 Jahre, Schwindsucht.
Mannheim. Joh. Hornung, 29 Jahre.
Vegesack. Johann Otto, Schlosser, 19 Jahre, Proletarierkrankheit.

Privat-Anzeigen.

Tüchtige, jedoch nur selbständige Monteure für Bergwerks- und Hüttenmaschinen (Großgasmaschinen), ebenso tüchtige **Bohrer,** für dauernde Beschäftigung gesucht von der [570
Friedrich-Wilhelms-Hütte Mülheim a. Ruhr.

Gesucht sof. tücht. **Feilenhauer** auf kleine Bastard- und Schlichtfeilen oder als Meißelschleifer bei den Hanmaschinen. **Jul. Buchholz, Kiel.**

Gesucht für Belgien ein mit der Schleiferei von Armaturen aller Art durchaus vertrauter [569
Vorarbeiter,
der möglichst französisch spricht. Off. unt. L. C. 569 an den Verlag ds. Bl.

Tüchtigen Feilenhauer sucht [575
Ww. Birnbaum, Grimma i. S.

Tüchtiger
junger Chemiker, mit der Stahl- u. Werkzeugstahl-Erzeugung durchaus vertraut, von spanischem Gussstahlwerk für sofort gesucht. [574
Off. Schlesinger, Hirsch & Cie.
22 rue le Pelletier, Paris.

Metallarbeiter, welche an ihrem Wohnort Beschäftigung übernehmen, gesucht. Auskunft kostenlos. [566
H. Wolf, Zwickau i. S., Elsäßerstr. 40.

Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma
Alexander Schlicke & Co.
Stuttgart, Rötestrasse 16 B
empfiehlt sich den verehrlichen Gewerkschaftsvorständen, Mitgliedern und Gesellschaften zur Herstellung aller **Arbeiten in Buchdruck** bei sorgfältiger und gediegener Ausführung sowie solider Berechnung.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötestraße 16 B.